ZAK I Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale
Centre for Cultural and General Studies

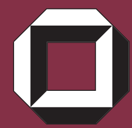
Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft

10

Konflikt Trauma Neubeginn



Franz Ansprenger
Klaus Borchert
Enisa Ceric
Angela Genger
Hermann Glaser
Christian Hacke
Anneliese Knoop-Graf
Anita Lasker-Wallfisch
Heidi Meier-Menzel
Gregor Paul
Caroline Y. Robertson-von Trotha
Fosieh Schamsawari
Peter Steinbach
Patrick W. Syring
Hans Vorländer
Jürgen Wilhelm



universitätsverlag karlsruhe

Konflikt - Trauma - Neubeginn

Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft

Heft 10

ZAK | Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale

Centre for Cultural and General Studies

Universität Karlsruhe (TH)

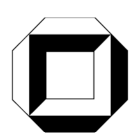
Herausgeberin der Reihe: Caroline Y. Robertson-von Trotha

Bezug früherer Hefte: über obige Adresse

Einbandgestaltung unter Verwendung eines Holzschnitts von Frans Masereel aus dem Zyklus "Destins 1939-1940-1941-1942 (1943)".

Konflikt - Trauma - Neubeginn

Franz Ansprenger
Klaus Borchert
Enisa Ceric
Angela Genger
Hermann Glaser
Christian Hacke
Anneliese Knoop-Graf
Anita Lasker-Wallfisch
Heidi Meier-Menzel
Gregor Paul
Caroline Y. Robertson-von Trotha
Fosieh Schamsawari
Peter Steinbach
Patrick W. Syring
Hans Vorländer
Jürgen Wilhelm



universitätsverlag karlsruhe

Herausgeberin Heft 10: Caroline Y. Robertson-von Trotha

Redaktion: Christine Mielke und Jana Lange

Layout und Einbandgestaltung: Aleksandar Opatic und Jan Parchmann

Impressum

Universitätsverlag Karlsruhe
c/o Universitätsbibliothek
Straße am Forum 2
D-76131 Karlsruhe

www.uvka.de

Print on Demand

ISBN 3-937300-37-6

Inhalt

Neubeginn

Zeitzeugen berichten

Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft

Vorwort zur Heftreihe

Die "Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft" sind ein etwas anderes Periodikum – anders im Sinne einer Konzeption, die verschiedene Öffentlichkeiten ansprechen möchte, wissenschaftliche wie allgemein interessierte. "Public understandig of Sciene" wird dieser Anspruch genannt, der sich aus dem Wunsch nach einer Vermittlung zwischen den traditionell oft unverbundenen Sphären der akademischen Forschung und den Diskursen und Kommunikationsformen der außeruniversitären Gesellschaft entwickelte.
Das Konzept dieser "Öffentlichen Wissenschaft" wird von der Vorstellung getragen, dass auch interessierte Laien und nicht nur ein Fachpublikum an akademischer Forschung partizipieren können sollten und dass die gesellschaftliche Relevanz von Forschungsinhalten und -ergebnissen nachvollziehbar aufbereitet sowie kritisch zur Diskussion gestellt wird.
Konkret umgesetzt wird dieser Anspruch zunächst durch aktuelle Fragestellungen oder übergreifende Themenzusammenhänge, die durch eine facettenreiche Darstellung auf wissenschaftlicher, alltagspraktischer und – als wichtiger Bestandteil – auch künstlerisch-ästhetischer Ebene neue Zugangsmöglichkeiten erfahren. Mit diesem Konzept führt das Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft (ZAK) der Universität Karlsruhe seit über einem Jahrzehnt erfolgreich Veranstaltungen auf inner- wie außeruniversitären Plattformen durch; besonders die alljährlichen "Karlsruher Gespräche" – mit initiiert von Professor Her-

mann Glaser, dem das ZAK viel an kreativen Ideen verdankt – sind eine der Veranstaltungssäulen und Verbindungsglieder von Universität und Öffentlichkeit. Die vorliegende Heftreihe hat daher auch die Aufgabe diese 'Live-Erlebnisse' zu dokumentieren und komplettieren. Aus diesem Grund wurden die 'Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft' 1996 ins Leben gerufen und stellen als Heftreihe eine breites Themenspektrum im Kontext kultureller Fragestellungen in Theorie und Praxis vor. In diesem Rahmen werden über die Dokumentation der 'Karlsruher Gespräche' hinaus auch weitere Veranstaltungsergebnisse und Themen des ZAK aufgegriffen und – der bewährten Methodik der Heftreihe verpflichtet – publiziert.
Zusammen mit Hermann Glaser haben wir zum einen diese besondere Form der Veranstaltungen und zum anderen, darauf aufbauend, diese Art der Publikationsweise entwickelt. Hierbei geht es uns um drei Zielsetzungen:

- Mit unserem Bemühen um eine öffentliche Wissenschaft wollen wir über komplexe Zusammenhänge informieren und die Öffentlichkeit für wissenschaftliche Fragestellungen gewinnen. Wir wollen zum Verständnis beitragen, aber auch zum Dialog zwischen Universität und Gesellschaft.

- Durch die interdisziplinäre, meist auch interkulturelle Zusammensetzung der Teilnehmer unserer Publikationen hoffen wir neue Perspektiven innerhalb der Wissenschaften anzustoßen.

- Mit der Einbeziehung von Expertinnen und Experten aus der Praxis wollen wir den Austausch zwischen Theorie und Praxis verstärken.

Dadurch wird auch ein weiterer Anspruch umgesetzt, den sich das ZAK seit seiner Gründung 1989 als Arbeitsstelle, später als 'Institut für Angewandte Kulturwissenschaft' auf die Fahne geschrieben hat: ein konstruktiv und produktiv gewendeter Umgang mit dem – wie noch 1996 kritisiert wurde – "Zauber der Unschärfe" (Die ZEIT, Nr. 48), der der jungen Disziplin anhaftet. Denn was unter Kulturwissenschaft genau zu verstehen ist, wie sie sich gegenüber anderen Disziplinen abgrenzt, was ihre ureigensten Inhalte und Aufgaben sind, wird am ZAK als fortdauernde Motivation und Chance begriffen. Mit der Methode eines interdisziplinären, sich nicht in Fachgrenzen pressenden Forschens und Lehrens, eines Arbeitens, das in aller erster Linie problemorientiert ist, werden theoretische Ansätze wie praktische Anwendungen verschiedenster Wissenschaftsdisziplinen und Gesellschaftsbereiche mit einbezogen. In Verbindung mit dem bis heute entwickelten kulturwissenschaftlichen Handwerkszeug entsteht eine Angewandte Kulturwissenschaft mit Raum für neue Erkenntnisse und Lösungen. Kulturwissenschaft als ein Ganzes, das in der Summe seiner Teile – Perspektiven, Ansichten, Traditionen – fruchtbar wird und Erkenntnisforschritte birgt – dafür soll die vorliegende Heftreihe "Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft" Zeugnis und Quelle sein.

Caroline Y. Robertson-von Trotha

Konflikt – Trauma – Neubeginn. Eine Einführung

Caroline Y. Robertson-von Trotha

Als im Sommer 2001 die Konzeption für die 6. Karlsruher Gespräche feste Formen anzunehmen begann, war die gewählte Thematik von bedauerlicher und schrecklicher Kontinuität – so zum Beispiel für die Opfer zahlreicher Kriege alleine im 20. Jahrhundert. Angesichts der Terrorangriffe auf das World Trade Center und das Pentagon hat das Thema jedoch weit über die ursprüngliche Konzeption hinaus an Bedeutung und Brisanz gewonnen. Der selbstmörderische Angriff auf das symbolische 'Herz der Weltfinanz' am 11. September 2001 hat eine neue erschreckende Dimension in die Diskussion um Konflikte, ihre verborgenen oder verdrängten Ursachen, ihre Vermeidung und ihre Aufarbeitung gebracht.

An vielen Orten der Welt schwelen Konflikte, die erst dann wahrgenommen werden, wenn es zu spät ist. Gesellschaftlicher Zusammenhalt steht allzu oft auf gefährlich dünnem Eis, dass jederzeit einzubrechen droht. Bei unseren Überlegungen wollen wir Konflikt, Krieg und Völkermord in ihrer historischen Dimension als bedeutende Faktoren für Entwicklungen in der Gegenwart herausarbeiten.

In seinem Buch *Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten* schrieb Jean Amery:

> "Niemand kann aus der Geschichte seines Volkes austreten... man soll und darf die Vergangenheit nicht auf sich beruhen lassen, weil sie sonst aufstehen und zu neuer Gegenwärtigkeit werden könnte..."

Die Schwierigkeiten, die hiermit verbunden sind, hat der Historikerstreit in Deutschland deutlich gemacht. Wie ist es möglich die Einmaligkeit des Holocausts in einer Kultur des Erinnerns lebendig zu halten, ohne das Spannungsverhältnis zwischen Vergangenheit und Gegenwart unzulässig zu relativieren? Und dennoch ist es geradezu notwendig nach generalisierbaren Grundmustern zu fragen, welche die Entstehung von Konflikten begünstigen, die sich immer wieder zu Exzessen der Barbarei entwickeln können.

Die Ereignisse am 11. September werden vielerorts als Epochenwende gedeutet, die eine neue Qualität von Gewaltbereitschaft eingeleitet haben:

> "Die abscheulichen Bilder des Todes, der Zerstörung und der Anmaßung, die am Dienstag den 11. September 2001 in unsere Häuser eindrangen, haben keinen Zweifel daran gelassen, dass diese unvorstellbaren Szenen zu einer moralischen Welt gehören, die nicht die unsere ist, dass diese Taten von Leuten begangen wurden, die jeder Faser unseres Daseins fremd sind",

so Homi Bhaba.[1] Er warnt davor die Ereignisse in voreilige Deutungsmustern von "denen", den Unzivilisierten und "uns" den Zivilisierten zu polarisieren. "Wenn wir Terrorismus als eine organisierte politische Aktion begreifen statt als Ausdruck kultureller oder zivilisatorischer 'Differenz', dann können wir den Terrorismus bekämpfen und zugleich in die Zukunft denken."[2]

Eine konfliktfreie Weltgemeinschaft bleibt vorerst eine Utopie, an die es sich aber anzunähern gilt. Die Schwerpunkte unseres Symposiums richten sich daher an drei Hauptfragenkomplexe,

---

1. Homi K. Bhaba: Plattform 1 Documenta 11 Democracy Unrealized. Hrsg. vom Haus der Kulturen der Welt, Berlin 2001, S. 16.
2. Ebd., S. 17.

die miteinander verzahnt sind:

Konflikte

- Wie können Konfliktpotenziale rechtzeitig erkannt und in gewaltfreier Form ausgetragen werden? Welche Mittel kann die internationale Staatengemeinschaft einsetzen, um abschreckend oder schlichtend zu wirken? Welche strukturellen Faktoren erhöhen oder reduzieren die Wahrscheinlichkeit der gewalttätigen Konfliktaustragung?

Trauma

- Welche Erfahrungen machen Gesellschaften mit der Entstehung und Bewältigung von Traumata? Stehen Gesellschaften traumatisierten Personen ausreichend bei und sind sie für die kollektiven Folgen von traumatisierenden Geschehnissen sensibilisiert? Wie kann eine Kultur des Erinnerns dazu beitragen, dass Versöhnung möglich wird?

Neubeginn

- Welche Prozesse der kritischen Selbstreflexion sind für einen nachhaltigen Weltfrieden notwendig? Welche ordnungspolitischen Ansätze können dazu beitragen, dass die Menschenrechte eingehalten werden? Wie muss eine zukünftige Entwicklungshilfe aussehen, damit ökonomische und politische Verteilungsfragen nicht zum Krieg führen? Welche konkreten Friedensprojekte bieten Ansätze für eine erfolgreiche Konfliktbewältigung?

Durch die interdisziplinäre und interkulturelle Zusammensetzung der Teilnehmer unserer Tagung hoffen wir für diese Thematik neue Perspektiven innerhalb der Wissenschaften

anzustoßen. Mit der Einbeziehung von Expertinnen und Experten aus der Praxis wollen wir den Austausch zwischen Theorie und Praxis verstärken und schließlich durch die Einbeziehung der Künste wollen wir einerseits ein Publikum erreichen, das ansonsten eher unzugänglich für wissenschaftliche Betrachtungen ist; und andererseits durch die Medien des Films, der Literatur und der Musik die Botschaften und Argumentationsweisen der Wissenschaft ergänzen und erweitern.

Diese Methode hat sich in den letzten fünf Jahren bewährt. Ausgehend von einem interdisziplinären Ansatz, den wir auch sonst unserer Zentrumsarbeit zu Grunde legen, werden daher auch in diesem Jahr Fachleute die Grundprobleme des Themas darstellen und analysieren – diesmal aus der Geschichte, Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft, Soziologie, Erziehungswissenschaft, Kulturwissenschaft und Ökonomie.

Nach einem einleitenden Vortrag zur Charakteristik dieses von Konflikten, Traumata und Neubeginnen so markant gezeichneten 20. Jahrhunderts aus der historischen Perspektive von Peter Steinbach wurde speziell zum 11. September 2001 die Angemessenheit der politischen und militärischen Reaktionen der US-Regierung und der Zusammenhang von Terrorismus und Menschenrechten diskutiert (Christian Hacke, Gregor Paul). Auch in der Thematik der Traumatisierung war das Thema präsent – durch den Vortrag eines in Deutschland arbeitenden US-amerikanischen Konsulatsangehörigen (Patrick W. Syring) und durch Überlegungen zum Kampf der Kulturen unter der Perspektive des 11. September (Hans Vorländer).

Die Aktualität dieser Ereignisse sollte jedoch keineswegs die schwierige historische Kontinuität von gesellschaftlich kriegerischen Konflikten und deren Auswirkungen auf die Betroffenen

speziell und das weltpolitische Gefüge in den Hintergrund treten lassen. So kamen die lebenslangen Schuldkomplexe und Angstzustände von Holocaust-Überlebenden (Angela Genger) ebenso zu Wort wie die von psychologischer Feinfühligkeit und praktischen Hilfeleistungen geprägte Arbeit mit Flüchtlingen des Bosnienkrieges (Heidi Meier-Menzel).

Die Schwierigkeiten und Chancen des Neubeginns thematisierte Hermann Glaser kulturphilosophisch orientiert. Dabei wird einerseits die Beständigkeit von gesellschaftlichen Konflikten konsterniert und andererseits die Hoffnung auf die Möglichkeiten einer 'Erziehung des Menschengeschlechts' dargestellt. Die Praxis des Neubeginns wurde mit der Diskussion der Blauhelmoperationen der UNO (Franz Ansprenger) und der Darstellung der Arbeit des deutschen Entwicklungsdienstes (Jürgen Wilhelm) eingebracht.

Ganz besonders danken möchte ich den Referentinnen und Referenten der letzten Gruppe, den Zeitzeugen. Dafür, dass Sie dem Publikum – und nun auch den Leserinnen und Lesern – Einblick in ihre Erlebnisse gegeben haben. Die oft sehr persönlichen und ergreifenden Erzählungen von traumatisierenden Erlebnissen, den Auswirkungen auf die Biografie und den Umgang damit ermöglichen einen ganz anderen, sehr direkten und emphatischen Zugang zu den kollektiven Traumata des 20. und des gerade begonnen 21. Jahrhunderts. Geschildert wurde der Überlebenskampf in Auschwitz von Anita Lasker-Wallfisch, der Blick der Schwester auf den Widerstandskämpfer Willi Graf von Anneliese Knoop-Graf, der Neubeginn einer Iranerin in Deutschland von Fosieh Schamsawari, die alptraumhaften Erlebnisse und der Schock des Völkermords in Bosnien von Enisa Ceric und das Weiterleben nach dem Entkommen aus dem 102. Stockwerk des World-Trade-Centers am Morgen des 11. Septembers von

Klaus Borchert.
Gerade in der Publikation wird die Bandbreite deutlich, in der sich Krieg, Völkermord und Terrorismus auf die Staatengemeinschaften und auf einzelne Menschen persönlich auswirken, wie schwer neben den körperlichen Verletzungen vor allem die psychologischen wiegen. Verbunden damit ist auch die Hoffnung, dass eine stete Auseinandersetzung die Thematik im Bewusstsein hält und wenn nicht zukünftige Verhinderung, so doch zumindest Mitgefühl mit den Opfern und Aufmerksamkeit für Präventionen bewirkt.

Die Veranstaltung und die vorliegende Publikation wären nicht zustande gekommen ohne die Unterstützung und die verlässlichen Kooperationen, für die ich an dieser Stelle danken möchte: Allen voran zunächst den Künsten, die seit Beginn der 'Karlsruher Gespräche' eine wichtige Säule unseres Veranstaltungskonzepts darstellen und die durch das Badische Staatstheater und die Karlsruher Kinoakademie bluebox e.v. vertreten waren. Neu hinzugekommen sind die Staatliche Hochschule für Musik und das Viktor-Ullmann-Quartett, das uns ein geglücktes und würdiges Eröffnungskonzert beschert hat, sowie der Jazzclub Karlsruhe e.V. Allen Mitveranstaltern, die mit so viel Engagement dabei waren, gilt mein herzlicher Dank. Dies gilt auch für den "Schlossherrn", den Direktor des Badischen Landesmuseums, der uns wieder freundlicherweise den Gartensaal zur Verfügung stellte.
Ohne unseren treuen Sponsor, die L-Bank, hätten wir diese und andere Veranstaltungen nicht durchführen können. Erstmals habe ich mich auch bei der Stadt Karlsruhe für ihre Unterstützung zu bedanken. Ich hoffe sehr, dass wir auch zukünftig gemeinsam dafür Sorge tragen werden, die Karlsruher Gespräche

jährlich stattfinden zu lassen. Und schließlich möchte ich mich bei dem äußerst engagiertem ZAK-Team bedanken, stellvertretend für alle bei Chris Gerbing, die die Hauptlast der Organisation getragen hat. Für die Arbeit an der vorliegenden Publikation bedanke ich mich ganz herzlich bei Christine Mielke und Jana Lange für die sorgfältige Redigierung der Texte und die Betreuung dieses Bandes.

Karlsruhe, im November 2004
Caroline Y. Robertson-von Trotha

Binnennationalismus. Herausforderung des 20. Jahrhunderts

Peter Steinbach

Seitdem ich mich mit der Vergangenheit beschäftige, habe ich ein kaum auflösbares Problem. Ich habe von den Philosophen gelernt, dass der Mensch auf die Gemeinschaft angewiesen ist, um als Mensch zu leben, um sich als Mensch zu verwirklichen, um sein Recht und seine Möglichkeit als Mensch zu entfalten. In diesem Sinne ist er ein gemeinschaftsbildendes Wesen, denn isoliert kann er sein Ziel, Mensch zu sein, nicht erreichen – er braucht dazu Mitmenschen. Tatsächlich und historisch ganz offensichtlich geht aber gerade aus dem Zusammenleben des Menschen mit anderen eine außerordentliche Gefährdung des Individuums hervor. Der Mensch wird durch seine Mitmenschen bedroht. Diese erklären ihn zum "Andern", zum "Fremden", zum "Gegner", schließlich zum "Feind". Sie bestreiten seine Würde, seinen Lebenswert, sein Existenzrecht. Aus diesem Spannungsverhältnis von Norm und Wirklichkeit erwächst nicht nur ein Erkenntnisproblem, sondern konkretes Leid, das sich in der Realität des Zusammenlebens erweist. Der Zugang zur Geschichte ist dabei nicht von vornherein aufklärend, denn niemals geht es bei der Erkenntnis der Vergangenheit um individuelles Wohlergehen, sondern um kollektive Befindlichkeiten und Rechtfertigungsmuster. Kollektive Denkmuster richten sich gegen andere kollektive Muster. Die Geschichte bietet keinen Trost, es sei denn, man beschwört den Mythos, die Geschichte, die Legende.

Unbestreitbar böte die Geschichte des Menschen und der Menschheit viele Möglichkeiten für eine erhebende und die Her-

zen bewegende Betrachtung der Vergangenheit, Geschichten der Selbstbehauptung, der Selbstfindung, der Bewährung, also der Geschichte, die sogar als Geschichten in ihrer Vielheit in einem ganz spezifischen Maße Sinn ergeben. Und zugleich ist sie angefüllt mit Geschichten des individuellen, des kollektiven, des unbelehrbaren Versagens. Dies gilt nicht zuletzt für das 20. Jahrhundert, das wir 1989 als angeblich kurzes Jahrhundert proklamierten und unter dem Eindruck des Anschlags vom 11. September 2001 verlängerten.

Was ist aber das Spezifische dieses Jahrhunderts? Es ist sicherlich nicht mehr charakterisierbar durch die Überzeugung und den Wunsch des antiken Philosophen, die Fragen politischer Existenz in der Situation des Menschen aufzuspüren. Und es ist ebenso wenig charakterisierbar durch die Überzeugung, in der Befindlichkeit des Menschen die Grundfrage des Politischen aufzuzeigen. Wir wissen, dass die Einheit zwischen Polis und Mensch, zwischen der politischen Ordnung und dem Individuum und dem politischen System, nicht mehr vorausgesetzt werden kann, weil sich vielfältigste Entdifferenzierungen ergeben haben. Mensch und Kirche, Mensch und Gesellschaft, Mensch und Staat – Kirche und Gesellschaft, Kirche und Staat, Staat und Gesellschaft – dies alles in einer sich rasch erweiternden Welt des 17., 18. und 19. Jahrhunderts, dies auch in einer dann zusammenwachsenden Welt mit Blöcken, Gemeinschaft und Bündnissen und dennoch lässt uns die Antike nicht los, die Vorstellung, dass wir als Menschen nur eine Chance haben, zum Menschen zu werden, uns als Menschen zu verwirklichen, wenn wir mit anderen menschlichen Wesen zusammenleben. Außerhalb der Gemeinschaft haben wir weder nach Platon noch nach Aristoteles eine Chance, uns als Individuen in unserer ganz spezifischen Würde, in unserer Men-

schenwürde zu entfalten.
Mir geht es beim Nachdenken über die Geschichte des Menschen um seine Möglichkeiten – Möglichkeiten, die in der Regel nicht realisiert werden, die dadurch zum fernen Ziel, zum Traum, zum Bezugspunkt eines Besserungswillens werden, der geradezu ritualisiert wird im beschwörenden Bekenntnis des "Nie wieder"! Und es geht um eine Vergangenheit, die uns angeht, weil wir uns ihr gegenüber gefeit glauben. Gerade darum ist es ja nicht angängig, die eigene Vergangenheit als etwas Fremdes zu deuten. Deshalb fasziniert mich der Satz von Uwe Johnson so, denn er enthält vieles von dem, um was es gehen muss, wenn man sich mit der Geschichte beschäftigt: "(...) eine Vorführung von Möglichkeiten, gegen die (man) (...) sich gefeit glaubt (...)."[1] Wir reden uns ein, wir seien gefeit, aber wir wissen, dass wir es niemals sind. Wie soll man, noch einmal gefragt, das vergangene Jahrhundert, auf das sich unsere Erfahrungen beziehen und dass noch einige Jahrzehnte das entscheidende Jahrhundert der Lebenden bleibt, auf den Begriff bringen? Weltkriege, Revolutionen, Krisen, gelungene Versuche politischer Neuorientierung stellen nur einen Bereich, politische Erfolgsgeschichte einen anderen dar. Widersprüchlichste und verworrenste Lebensgeschichten müssen gleichzeitig betrachtet, gewürdigt, verstanden und gedeutet werden: Man wird sich gewiss an die Entrechtung der Juden, an ihre Enteignung und Deportation und an den Völkermord an den Juden erinnern, wenn man zurückschaut; man wird sich aber auch in das Gedächtnis rufen, was gleichzeitig für die ganze Unüberschaubarkeit dieses Jahrhunderts steht: Terror und Verfolgung, daneben Flucht und Vertreibung, langjährige Kriegsgefangenschaft, Verschleppung und Benachteiligung. Und ganz sicher wird

---

1. Johnson, Uwe: Jahrestage. Bd. 1, Frankfurt/M. 1993, S. 144.

dabei nicht allein der Blick auf die deutsche Geschichte fallen, die allerdings einen tiefen Zivilisationsbruch verkörpert, sondern es werden auch die Leidens- und Entrechtungsgeschichten anderer Völker und Staaten ins Bewusstsein rücken. Und gleichzeitig werden diese die Geschichte deutscher Leidensempfindungen respektieren, ohne ihnen gegenüber gleichgültig zu sein, weil Deutsche Unglück über ihr Land, ihre Familien und ihr ganz individuelles Schicksal gebracht haben.
"Man will von der Vergangenheit loskommen", wer hätte diese Regung nicht schon einmal in sich gespürt? In der Tat: Man will sich von der Geschichte lösen. Selbst der Philosoph und Soziologe Theodor Adorno bestritt das Recht zu dieser Regung nicht, "weil unter ihrem Schatten gar nicht sich leben lässt, und weil des Schreckens kein Ende ist, wenn immer nur wieder Schuld und Gewalt mit Schuld und Gewalt bezahlt werden soll."[2] Und zugleich wird deutlich, dass die deutsche Gesellschaft nicht von ihrer Vergangenheit freikommt. Dies zeigen die Debatten, die eine unvergängliche Vergangenheit betrafen und in den vergangenen Jahren unter ganz unterschiedlichem Namen – als Historikerstreit, als Berliner Denkmalsstreit, als Goldhagen-Debatte oder Walser-Kontroverse – geführt worden sind. So unterschiedlich die Anlässe dieser Kontroversen waren, so spezifisch sie jeweils verlaufen sind, so deutlich machen sie, dass wir mit einer geschichtlichen Tatsache nicht fertig werden können. Sie hat viele Namen – Holocaust, Shoah, "Endlösung" – und bezeichnet doch nur eines: den Völkermord, der an den europäischen Juden und an den Sinti und Roma verübt wurde und in engem Zusammen-

---

2. Adorno, Theodor W. : Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: ders.: Eingriffe: Neun kritische Modelle, Frankfurt/M. 1968, S. 125.

hang mit anderen rassenpolitisch motivierten Verbrechen steht: der Ermordung von weit über drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, von vielen zehntausend Geisteskranken, von ungezählten so genannten "slawischen Untermenschen", die im Zusammenhang mit Besatzungsverbrechen zu Tode gekommen oder ermordet wurden. Diese Verbrechen wurden von der NS-Führung intendiert, und unter den Bedingungen eines Rassen- und Weltanschauungskrieges realisiert, in der zweiten Hälfte des Krieges als zentrales und vielleicht als das eigentliche Kriegsziel der deutschen Führung zu einem Ende geführt, dem wir uns heute oftmals noch verweigern. Denn ist der Streit um eine unbestreitbare Wirklichkeit, die industriemäßig Massenmord in Vernichtungslagern betrieb, die nur einen Zweck hatten: Menschen zu töten und Leichname zu vernichten – nicht ein Symptom? Hannah Arendt hatte es unmittelbar nach dem Krieg als "Entwirklichung" – als "Derealisierung"[3] – bezeichnet, als Auflösung der Wirklichkeit in die Meinung.

Damals war diese Tendenz der Flucht vor der Vergangenheit in die Beliebigkeit von Meinung und Gegenmeinung noch nicht der Ausdruck einer Denkform, an die wir uns im Zeitalter der Talkshow gewöhnt haben, mit ihren Prozeduren eines "Geredezeigs", wie der Berliner Publizist Friedrich Dieckmann einmal treffend übersetzte. Es war vielmehr die Auflösung der Realität in eine lebensgeschichtlich tief beeinflusste Deutung, die die Vergangenheit für den überlebenden Verantwortlichen, für den Zeitgenossen, Mitläufer erträglicher machen sollte. Denn jener musste angesichts einer unbestreitbaren Realität, der im Schatten des Krieges vorgenommenen Verbrechen des Völkermords, mit einer Fülle von Fragen zurechtkommen. Da war die Frage

3. Arendt, Hannah: Zur Zeit. Politische Essays, Berlin 1986, S. 44 ff.

nach der eigenen Verantwortung und Schuld – Voraussetzung jeder Reflexion über Scham und Umkehr, um den Begriff der Buße zu vermeiden. Und mancher spürte, was Dietrich Bonhoeffer, nun wirklich einer der Gerechten unseres Jahrhunderts, ausgedrückt hatte, als er feststellte: "Nichts von dem, was wir im anderen verachten, ist uns selbst ganz fremd." Das historische Versagen lud auch persönliche Verantwortung auf, vielleicht nicht für jeden Toten, für jeden Ermordeten dieser Zeit, aber für den Zivilisationsbruch, der uns seitdem nicht loslässt. Wie war es, wie ist es denn nach dem Aufbruch der Aufklärung, den Höhenflügen des Konstitutionalismus, der Universalisierung der Menschenrechte, der Durchsetzung der Gewaltenteilung, des Rechtsstaates, nach Pazifismus und Humanismus möglich, dass neben der Emanzipation des Menschen zugleich die Maximierung einer Gefährdung des Mitmenschen in Staat und Gesellschaft zu denken ist?
Auch der Zivilisationsbruch war das Problem und hatte einen Namen: nationalsozialistisches Gewaltverbrechen. Dieser Begriff war erst im Zuge von Strafverfahren gebräuchlich geworden; lange Zeit hatte man den Begriff des "Kriegsverbrechens" verwandt, gewiss, weil man nicht erkennen wollte oder konnte, worum es ging: Um die mit dem Krieg eng verbundenen Verbrechen, die nur verbrämt werden sollten, indem man sie in den Zusammenhang mit Kriegshandlungen rückte. Lange sprach man von Partisanenkrieg (weniger von "Bandenbekämpfung"), wenn man Geiselerschießungen oder das Wüten der Einsatzgruppen vor Augen hatte. Diese Verbrechen erklären sich aus einem rassenideologischen Prinzip und rechtfertigten sich aus der politisch erzeugten Furcht vor der Zukunft. Sie werde durch eine Vorherrschaft der Minderwertigen geprägt, behaupteten die

Ideologen des Nationalsozialismus, wenn man nicht eingreife und Eugenik betreibe, "positive und negative Eugenik", angebliche Arbeit an der so genannten "Volksgesundheit" mit einem keineswegs fließenden, sondern gewollten Übergang zu Verbrechen.
Mensch sei nicht gleich Mensch, Recht sei nicht gleich Recht, so verkündeten die Nationalsozialisten fast widerspruchslos. Es bedurfte schon der Wachheit eines Publizisten wie Theodor Wolf, um sich vorstellen zu können, was NS-Herrschaft bedeutete: Eine Legalisierung der Rache. Aber selbst er griff zunächst viel zu kurz. Den meisten Zeitgenossen fehlte die Phantasie, sich vorstellen zu können, was die Nationalsozialisten meinten, wenn sie sich über die Stellung der Juden im neuen Staat äußerten, ganz konkret erstmals übrigens im Sommer 1930 in den "Nationalsozialistischen Monatsheften".
Die Sinne aller NS-Gegner waren 1933 durch die eigene politische Verfolgung angespannt, der sie ausgesetzt waren. Sie wurden verfolgt, misshandelt, vertrieben und auf diese Weise zu den ersten Opfern nationalsozialistischer Gewaltverbrechen. Im Juli 1933 proklamierte die NS-Führung bereits Grundsätze der Rassenpflege und erließ ein "Gesetz zur Verhütung des erbkranken Nachwuchses". Zwei Jahre später wurden mit den Nürnberger Gesetzen die Juden ihrer Staatsbürgerrechte beraubt. Die Nationalsozialisten präparierten die Opfer, nicht nur, indem sie diese "definierten", sondern indem sie Fraglosigkeit bei jenen erzeugten, die Augenzeugen der weiteren Übergriffe wurden. Angesichts brennender Synagogen und durch die Straßen geprügelter Juden regte sich noch das Gewissen, nicht selten aber weniger durch Empörung über die Übergriffe als durch die angebliche "Vergeudung des Volksvermögens" angestachelt. Als Hitler wenige Wochen später den Juden in einer Reichstagsrede den Untergang im Falle eines Krieges prophezeite, gab es kein

Aufbäumen, obwohl Kernzitate dieser Rede sogar als Schmuckblätter verteilt wurden. Dass Krieg und Verbrechen für die Nationalsozialisten zusammengehörten, wollen viele bis heute nicht anerkennen. Sie verweisen auf ihre Stimmungen, Ängste, vielleicht auch Verblendungen. Und Sie weichen auf diese Weise der Wirklichkeit aus, mit der sie nach dem 1. September 1939 konfrontiert waren. Hitler selbst stellte den Zusammenhang zwischen Krieg und Verbrechen her, als er die Ermordung von Kindern anordnete, deren Lebenswert er nicht akzeptieren konnte, er so wenig wie andere, die in Schwachen nur "unnütze Esser", "Ballastexistenzen" oder gar "Defektmenschen" sahen. Erst spät machte sich, wie es in einem Brief an Heinrich Himmler hieß, "Empörung auf der Alb" breit, schritten Eltern, auch Schwestern und sogar ein zum Amtsrichter degradierter ehemaliger Landrichter in Brandenburg, ein. Sie konnten die Kindermordaktion nicht stoppen, aber zumindest verlangsamen. Allerdings gingen andere Mordaktionen weiter.

Diese Maßnahmen richteten sich gegen die Einwohner in den besetzten Gebieten, keineswegs nur Gegner, sondern Menschen, denen wiederum der Lebenswert und die Gleichwertigkeit allen Lebens abgesprochen wurde. Bereits in Polen waren Einheiten zusammengestellt worden, die im Rücken der Front wüteten, "Einsatzkommandos" und "Einsatzgruppen" nannte man sie später. Sie erregten Aufsehen, auch Widerspruch – teilweise kam er aus der Wehrmacht. Aber dieser Widerspruch rechtfertigte die Wehrmacht so wenig wie der Jesuitenpater Alfred Delp die katholische und der evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer die evangelische Kirche rechtfertigen können. Jeder Widerspruch vergrößert das Gewicht der deutschen Geschichte, macht sie schwerer, reinigt also keineswegs die deutsche Zeitgeschichte,

sondern macht als Last sichtbar, dass es Alternativen zur Anpassung und Folgebereitschaft gab.
Krieg und Verbrechen – dies bedeutet zum einen Kriegsverbrechen im Rahmen von Kampfhandlungen, dies heißt Besatzungsverbrechen, konkreter Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen. Dies bedeutet auch Völkermord an den Roma und Sinti, dies heißt "Völkermord an den Juden" im Zuge der "Endlösung der Judenfrage". Wir kennen diese Verbrechen gut. Wir wissen viel über die Täter, viel weniger über die Opfer, erstaunlich viel über die Rahmenbedingungen, etwa den Kommissarbefehl und den Gerichtsbarkeitserlass, über die Statistik der Taten, die nicht alle als Untaten erkannten. Wir wissen eine Menge über Ghettos und Einsatzgruppen, über Deportationen und Vernichtungslager, über Todesmärsche und auch über so genannte "Wehrmachtsverbrechen". Und weil wir heute vergleichsweise viel wissen, überrascht uns immer wieder der Verlauf öffentlicher Debatten. Sie zeichnen sich in der Regel durch eine Vermengung der Argumentationsebenen aus. Wenn man sagt, Verbrechen und Krieg gingen für die Nationalsozialisten eine Verbindung ein, dann wird durch den Hinweis auf die eigenen Erfahrungen reagiert. Dabei ist nicht selten ganz offensichtlich, wie im Laufe von Jahrzehnten die Vergangenheit in der Erinnerung vergeht, so wie auch die Erinnerung im Gedenken untergehen kann. Wir lesen und deuten, wie sehen Spielfilme und Dokumentationen, wir verwandeln unsere wirkliche Geschichte oft in ein Bild, das wir uns von der Vergangenheit machen. Anders könnten wir sie nicht aushalten.
Andererseits sind wir verpflichtet, genau hinzuschauen. Dabei lassen wir uns helfen. Zuweilen brauchen wir dabei Psychoanalytiker, bisweilen hilft der Schriftsteller, der Journalist, der Dokumentarfilmer oder auch der Spielfilm. Häufig braucht man den

Staatsanwalt, den Ermittlungsbeamten oder das Gericht. Es gibt auch Fälle, da hilft der Historiker, ich gebe zu: nicht immer. Wir brauchen offensichtlich Helfer bei dem Versuch, unser Schweigen, unsere Verdrängungen, unsere Flucht vor uns selbst in unsere ganz individuelle, private Erinnerung zu unterbrechen. Denn der innere Konflikt zielt auf Vergessen und Verdrängen. "Du warst es", sagt das Gewissen. "Das kann nicht sein", sage ich. Und irgendwann, Nietzsche bemerkte es, gibt das Gewissen nach.
Die Geschichte unseres Jahrhunderts lässt sich letztlich als die Konsequenz des Versuches deuten, mit diktatorischen Mitteln und inneren Feindschaftserklärungen neue Gesellschaften zu schaffen. Und zugleich stellt sie den Versuch dar, sich ganz individuell den Veränderungen, die durch einen diktatorisch durchgesetzten Wandel bewirkt werden sollten, entgegenzustellen. Veränderungsvorstellungen, die in Freiheit und Unabhängigkeit entwickelt worden waren, und diktatorische Umbruchvisionen konnten sich überlagern. Sie waren aufeinander bezogen und erklärten so, weshalb die "Maskerade des Bösen" überhaupt möglich werden konnte. Denn die Gefährdung von Maßstäben resultierte aus der Überlagerung ganz unterschiedlicher Ziele und Werte. Die entscheidende Frage wurde vor diesem Hintergrund, wie sich das Individuum in die Lage versetzen konnte, Wandlungen zu begleiten, auch zu vollziehen oder sogar zu erleiden, ohne dadurch seine Individualität und Würde zu verlieren.
Der Wunsch, das Überkommene zu überwinden und das Neue sogar mit angeblich demokratischen Mitteln durchzusetzen, ist ein Grundzug des 20. Jahrhunderts, von der Jugendbewegung, dem Jugendstil und der neuen Sachlichkeit über die Revolutionen, die mit ganz unterschiedlicher Stoßrichtung proklamiert wurden, bis hin zu den Proklamationen eines "neuen Menschen",

einer "neuen Gesellschaft", eines "neuen Staates". Ausdruck einer scheinbar demokratisch legitimierten politischen Absicht, die überkommenen Verhältnisse in fast jeder Hinsicht zu ändern, ist die moderne Diktatur, die "Massendiktatur". Kennzeichen dieser Diktaturen ist nicht allein der totale Herrschaftsanspruch der Regierenden, sondern auch die weitgehende Folgebereitschaft derjenigen, die dieser Herrschaft unterworfen werden. Immer wieder haben deshalb die Überlegungen in postdiktatorischen Zeiten der Frage nach den Voraussetzungen und Begleitumständen der Folgebereitschaft gegolten. Gegen diese Tendenzen konnte sich nur stellen, wer seine ganz persönliche Autonomie zu schätzen und zu verteidigen wusste und sich dabei auf Traditionen besann, die Diktatoren mit ihren Bewegungen nicht zerstören konnten.

Eine der wichtigsten Fragen unseres Jahrhunderts resultiert deswegen aus der Erfahrung des Individuums mit den Diktaturen unserer Zeit: den diktatorischen Systemen des 20. Jahrhunderts. Sie zu bezeichnen fällt bis heute schwer, weil sie sich ganz unterschiedlich rechtfertigten. In jedem Fall verkörperten sie den Bruch mit fundamentalen Prinzipien des politischen Zusammenlebens. Sie repräsentieren den viel zitierten und fast sprichwörtlichen "Zivilisationsbruch". Die Reaktionen der Individuuen auf die Zumutungen diktatorischer Herrschaft markieren Grenzen der Macht. Deshalb sind vielfältige Blicke auf das Jahrhundert der Diktaturen möglich und nötig. Sie reflektieren immer die Ausgangslage des politischen, ethischen und moralischen Urteils.

Kennzeichen der modernen Diktaturen ist ihre historizistische Selbstlegitimation, ihre hermetische Führungsrekrutierung, ihre antiliberale Stoßrichtung. Das Individuum hat nur eine Chance, wenn es sich auf seine Traditionen, Ziele und Konstituanten seiner eigenen Menschlichkeit besinnt. Dies bedeutet, dass die Auf-

hebung von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, von Minderheitenschutz und Grundrechten, von Normen des Völkerrechts und den Traditionen eines Menschenbildes, das im Anderen weniger den Gegen- als den Mitmenschen suchte und von der Universalität der Menschenwürde zumindest als Handlungsauftrag ausging, das Wesen einer Diktatur nur zum Teil charakterisiert. Denn zu ihrem Wesen gehört auch die Freisetzung von Energien der Selbstbehauptung und des Widerstands.

Es hat sich fast eingebürgert, dass die Historiker diese nahezu völlig oder weitgehend "entregelten" politischen Systeme als "moderne Diktaturen" bezeichnen. Damit wollen sie diktatorisch verfasste Regime nicht aufwerten oder gar ihrem Selbstbild folgen und schon gar nicht deren totalitären Charakter bestreiten. Vielmehr deutet das Attribut den grundlegenden Unterschied zwischen den antiken Diktaturen und denen "unserer Zeit" an. In der Antike handelte es sich um eine streng reglementierte Zuteilung weitgehender Macht. Beschnitten wurde sie durch ihre Befristung und den Auftrag, alles Notwendige zur Sicherung eines bedrohten Verfassungszustandes zu tun. Die Diktatur war das letzte Auskunftsmittel zur Verteidigung der res publica – ihre Zielrichtung war konservierend. Moderne Diktaturen hingegen legitimieren sich aus dem Gedanken des Fortschritts. Sie verschreiben sich einer Zukunftsvorstellung, einer Vision, die Utopie zu nennen ohne Zweifel unangemessen wäre. Denn Utopien orientieren sich neben der Kritik des Bestehenden an einem emanzipatorischen Grundgedanken. Utopien wenden sich keineswegs gegen Traditionen und proklamieren auch nicht immer das Neue: einen neuen Staat, eine neue Gesellschaft und einen neuen Menschen. Insofern unterscheidet sich utopisches Denken von den Begründungsmustern, die Vertreter des

Konzepts der modernen Diktaturen entwickeln. Sie setzen sich von Traditionen ab und diffamieren das Hergebrachte, indem sie eine neue Welt versprechen: mit neuen sozialen Strukturen, neuen politischen Beziehungen, neuen kulturellen Werten.
In überkommene Sozial- und Wertstrukturen greifen Vertreter der modernen Diktaturen zielvoll ein, um sie zu verändern. Und mit den Strukturen verändern sie nicht selten die Voraussetzungen für Traditionen. Mehr noch: Um Strukturen mit revolutionärem Anspruch "umwälzen" zu können, werden Traditionen und ihre Träger – Institutionen oder Milieus – in gleicher Weise bekämpft. Dies bedeutet in der Regel: Politische Gegner werden als Repräsentanten dieser Traditionen ausgegrenzt, verfolgt, terrorisiert, kriminalisiert, inhaftiert. Die Folge dieser Vorgehensweise ist die Verletzung von Grund- und Menschenrechten, der Bruch der liberalen Verfassungsordnung. Diese Verletzungen haben viele Augenzeugen, aber auch zahlreiche Ursachen. Sie verweisen auf die Täter. Aber sie lenken den Blick auch auf andere Täter, die sich im Widerstand finden und sich wehren würden, als Opfer und Ausgelieferte bezeichnet zu werden. Jede Zeile der Betrachtung von Dietrich Bonhoeffer spiegelt dieses unglaubliche, eigentlich kaum vorstellbare Selbstbewusstsein in der völligen Auslieferung an die Mächtigen und ihre Schergen.
Erst nach dem Ende der Diktaturen rückten die Verfolgten, die Unterlegenen und Diffamierten, die Leidenden wieder neu in den Blick und dienen nicht selten der Bildung neuer Traditionen. Dabei knüpfen die Menschen in postdiktatorischen Zeiten meist an die Erfahrungen an, die auf die Lebensverhältnisse in diktatorischen Systemen und die Selbstbehauptung in ihren sozialen und traditionalen Umbrüchen verweisen. In aller Regel bestimmen die Überlebenden die Deutungen. Denn die Leidenden sind "unter die Räder" geraten, um so mehr und um so leichter, als es so

wenige gab, die auch nur willens und bereit waren, dem "Rad in die Speichen" zu greifen. Diejenigen, die gelitten haben, werden oftmals sogar verkürzt als Opfer bezeichnet. Regimegegner empfanden sich keineswegs so. Diese selbstbewusste Grundhaltung prägte so eindrucksvolle Persönlichkeiten wie Dietrich Bonhoeffer. Er bekannte sich zu seiner Verantwortung, zur Freiheit seiner Tat, und er beklagte sich nicht. Hinterlassen hat er uns Reflexionen, die deutlich machen, wie es gelingen konnte, sich den Zeitströmungen zu entziehen, ohne sich in die Nische zu flüchten. Der Begriff der "Opfer des Nationalsozialismus" hingegen ist vielschichtig und auch in ihm spiegeln sich vielfältige Realitäten der Verfolgung, die angesprochen werden wollen, will man nicht der individuellen Relativierung in der Erinnerung jener Vorschub leisten, die sich ebenfalls als Opfer des Krieges und der NS-Zeit fühlen, weil sie an Leib, Leben und Besitz die Folgen verbrecherischer Politik zu tragen hatten.
Unbestreitbar ist: Die menschliche Erinnerung muss wohl immer und ganz unausweichlich Gleichzeitiges bewältigen. In ihr verbindet sich zunehmend, was unmittelbar nach dem Kriege nachwachsende Generationen oftmals getrennt haben oder partiell sogar verdrängen wollten, um sich nicht dem Vorwurf der Aufrechnung auszusetzen. Die Folgen einer Parzellierung kollektivgeschichtlich wichtiger Ereignisse werden allerdings immer wieder sichtbar, jüngst etwa in der politisch brisanten Debatte über das Verhältnis von Schuld und Verantwortung, Vergehen und Verbrechen, Ursache und Folge in der deutsch-tschechischen Beziehungsgeschichte, Antisemitismus und die Funktion des Historikers in der Erinnerungskultur.
Über Kollektivschicksale zu sprechen, fällt vielen Zeitgenossen augenscheinlich bis heute schwer, und noch schwerer ist es, un-

terschiedliche Leidensgeschichten zusammenzuführen, obwohl doch mit der bewussten Trennung von Lebens- und Regimegeschichte ein Ausweg offen steht, individuelles Leid nicht in kollektive Entlastung münden zu lassen. Gegenseitiges Verständnis oder nur Respekt für ganz unterschiedliche Leidenserfahrungen zu fordern, bedeutet oft, eine Debatte zu provozieren, die an das Verfolgungsgeschehen zu erinnern hätte, das mehrere Seiten betraf. Ein Beispiel: Wer bisher die Erinnerung an die Vertreibung von Deutschen aus Ost- und Ostmitteleuropa im Zusammenhang mit dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus zu wecken versuchte, setzte sich der Kritik derjenigen aus, für die Vertreibungsopfer nicht NS-Opfer, sondern nur ein Teil der für die NS-Verbrechen verantwortlichen Täter waren. So rückte bisher aber niemals die dramatische und bewegende Leidensgeschichte auch dieser Menschen, die Unrecht erlitten hatten, in das öffentliche Bewusstsein. Wer daran erinnerte, handelte sich den – unangemessenen – Vorwurf der Relativierung ein, obwohl ersichtlich war, dass er an Phasen deutscher Geschichte erinnerte, die sein Leben beschwerten.
So gesehen könnte der seit einigen Jahren begangene Gedenktag des 27. Januar als umfassender Gedenktag eine ungeheure Herausforderung für das Erinnerungsvermögen, die Erinnerungskraft und auch den Erinnerungswillen der Deutschen darstellen. Denn der Wille zum umfassenden Rückblick, zur Vergegenwärtigung des Vergangenen, zur Würdigung des Zurückgelassenen entspricht einem menschlichen Grundgefühl, wird zugleich aber durch gruppenspezifische Verengungen und Reduzierungen des Mitgefühls geprägt. Insofern könnte dieser umfassend ausgreifende Gedenktag das Gedenken auf eine neue Grundlage stellen. Er könnte integral orientiert sein und die Summe vieler Leiden, die historisch miteinander verbunden waren, lebensgeschichtlich

aber viel stärker isoliert sind, ins Blickfeld der Nachlebenden rücken. Dies wäre eine wichtige Voraussetzung für die Vergegenwärtigung eines Schmerzes, der viele Komponenten und Ursachen hat und gerade darauf drängen könnte, in seiner Komplexität wahrgenommen zu werden: Politisch Verfolgte, aus kulturellen Gründen Vertriebene, aus rassenpolitischen Gründen Entrechtete, Deportierte, Vertriebene, Verschleppte, KZ-Häftlinge, politische Häftlinge, Kriegsgefangene – sie alle verkörpern auf ihre Weise einen Aspekt der Leidensgeschichte im 20. Jahrhundert.

Mag es in der individuellen Leidensgeschichte auch vorrangig um die eigene Person, die eigene Gruppe und um das eigene Deutungsmuster gehen, so ist doch von allen durch Unrecht Bedrängten die Fähigkeit zur Empathie, zur Wahrnehmung eines Ereignisses mit den Augen eines anderen zu verlangen. Wer sich nicht vorstellen kann, was ein Häftling in einem Vernichtungslager durchleiden musste, weil sein Schmerz durch die Erfahrung eines Flächenbombardements geprägt ist, kann nicht erwarten, dass der rassisch Verfolgte die Angst des Bombenopfers begreift, umso weniger, als sich das Leben des Einzelnen an der doppelten Front von Bomben und Gestapo überlappen kann. Wer sich ganz auf seine Erinnerung an Vertreibung und Verschleppung konzentriert, ohne Mitgefühl für diejenigen aufzubringen, die als Gegner des NS-Staates Deutschland verlassen mussten, wird kaum die Möglichkeit haben, glaubhaft zu machen, dass es ihm auch wichtig ist, seine eigene Lebensgeschichte in den Rahmen europäischer Vertreibungen einzuordnen. Wer sich dem Erinnerungsschmerz an seine eigene Kriegsgefangenschaft hingibt und das Mitgefühl für die sowjetischen Kriegsgefangenen, die millionenfach dem Tod preisgegeben wurden, vermissen lässt, wird nicht davon aus-

gehen können, dass Zeitgenossen den Respekt derjenigen, die Mitleid mit ihm empfinden *können*, dieses Gefühl auch zeigen *wollen*.

Parzellierung der Leidenserfahrungen führt so zur nicht selten gewollten, sogar demonstrierten mentalen Blockade des Mitgefühls. Die Kehrseite dieser Blockade, die einer Verweigerung des erinnernden Mitempfindens gleichkommt, ist eine ganz bewusst vorgenommene Verengung des Gedenkens, die nicht mehr tröstet, sondern verletzt und oftmals als eine Form "fanatischen Gedenkens" wahrgenommen wird. Allgemein scheint so zu gelten, dass die Empathie des Mitleidens – der Wille zum Mitleidenwollen und -können, vergleichsweise schwach ausgebildet ist. Dennoch muss man akzeptieren, dass sich im Gedenken auch Vielfältigkeiten der Erfahrungen zu spiegeln haben. Deshalb kann Gedenken wohl niemals einmütig und auch nicht einhellig sein. Dies zeigen immer wieder erinnerungspolitische Auseinandersetzungen. Und deshalb haben wir uns mit Individualschicksalen zu konfrontieren.

Im Gedenken und in der aktiven Erinnerung werden vielfach Parzellierungen aufgehoben, zugleich aber wird individuelles Leid in einen Gesamtzusammenhang gerückt. In seltenen Fällen können menschliche Erfahrungen dann einen Zusammenhang herstellen, der die gemeinsamen Grundlagen politischen Zusammenlebens berührt. Dabei kommt Gedenktagen eine wichtige Bedeutung zu. In den vergangenen Jahrzehnten schien es, als werde in Deutschland die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Geschichte nicht zuletzt durch die runden Gedenktage angetrieben. Dies verstärkte sich vor allem seit den achtziger Jahren, gewiss nicht allein, weil nun diese deutschen Gedenktage allein im Zeitablauf durch ihre Rundung häufiger wurden. Mancher Forscher und mancher pädagogische Mitarbeiter engagierte sich sehr im Vor-

feld der großen Erinnerungsanlässe, rieb sich aber nicht selten schon einen Tag nach dem lange vorbereiteten Ereignis die Augen oder kniff sich in den eigenen Arm. War denn nicht mehr zurückgeblieben als der Zeitungsbericht über eine Politikerrede, einen Zapfenstreich, eine Begegnung von Staatsmännern, die sich die Hände reichten, gleich, ob in der Normandie, in Bitburg, in Bergen-Belsen oder in Auschwitz?
Theodor Heuss hatte früh darauf hingewiesen, dass ein bewusstes Gedenken die Lösung von den Zwängen seines Alltags, durch eine Besinnung auf das Prinzipielle, erleichtere, das sich in der Vergangenheit eines Menschen, seiner Gesellschaft und der Menschheit spiegeln kann. Dieses Prinzipielle ist auf wohl unübertreffliche Weise im ersten Absatz des ersten Artikels des Grundgesetzes angelegt:

> "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."

Sicher gelingt es keineswegs überall und immer dieses hohe Verfassungsziel zu erfüllen, zumal nicht außerhalb des eigenen Staatsgebietes. Aber ist dieser Artikel nicht ein Bekenntnis und ein Appell, in dem sich wie in kaum einer anderen Formulierung eine Auseinandersetzung mit der totalitären Versuchung spiegelt, die sich in unserem Jahrhundert so vielfältig anschaulich machen lässt? Unser Jahrhundert war ein Jahrhundert der Verletzungen. Menschen wurden zu Gegenmenschen, gedeckt durch Diktaturen, die es nicht nur gestatteten, sondern gerade forderten, Menschenrechte systematisch, in der Regel ohne jedes Zögern, zu verletzen, weil sie ihre politischen Ziele in naher Zukunft auf Kosten der ihnen ausgelieferten "Untertanen" verwirklichen wollten. Jedes Argument war Diktatoren und ihren Gefolgsleuten

recht, um gegenwärtiges Leid durch Zukunftsziele zu rechtfertigen, die utopisches Denken zum Ausgangspunkt von Verbrechen machten. Mitläufer wurden dabei vom Mitmenschen nicht selten zum Gegenmenschen.

Derartige Gefahren sind keineswegs überwunden, sie spiegeln sich nicht nur in der Geschichte, sondern sie sind gegenwärtig, allen "Nie-wieder-Bekenntnissen" trotzend. Übersehen wird in den auf die "nationale Selbstbesinnung" zielenden Gedenkfeiern, dass es sich bei der Erinnerung um die Gefährdung des Menschen durch seine Mitmenschen um eine stets präsente Gefahr handelt. Blitzschnell kann der Nachbar zur Bedrohung oder zum teilnahmslosen "Zeitgenossen" werden, zum habgierigen "Arisierer", zum verantwortungslosen Wohnungssuchenden, zum Denunzianten aus persönlichen Gründen. In der Tat zeigt unser Jahrhundert, wie brüchig das vielfach beschworene Fundament unserer Zivilisation ist. Diktaturen rechtfertigen das angeblich historische Recht des Kollektivs und gefährden so das Individuum.

Dies wäre eine Grundfrage unseres Jahrhunderts, unserer politischen Existenz und unseres Gedenkens. Deshalb hat es beim Erinnern an die Katastrophen unseres Jahrhunderts zuerst um den Einzelnen zu gehen, der anderen Menschen und Gruppen nicht mehr ausgeliefert wird und keiner Staatsgewalt um den Preis seiner menschlichen Existenz ausgeliefert werden darf. Wer preisgegeben wird, der ist einsam – er weiß: der Mensch ist nicht allein gemeinschaftsbildend und fähig "gut und böse" zu unterscheiden, sondern er kann zum Wolf des anderen werden.

Mit den Folgen dieser Einsamkeit und dieser Erfahrung des Einzelnen können wir auch Jahrzehnte nach Kriegsende überall und überraschend konfrontiert werden. So geschah es mir im Sommer. Am Beginn stand ein ganz banaler Zufall: Vielleicht können Sie sich vorstellen, wie man sich fühlt, wenn man auf engen Berg-

straßen bis zu einer weit höher als 1000 Meter liegenden Alm vorgedrungen ist, um eine Bergwanderung über die seit einiger Zeit für Touristen offene österreichisch-slowenische Grenze in den Karawanken zu unternehmen? Man parkt den Wagen, orientiert sich, will aussteigen. Plötzlich lässt sich ein Schwarm Tausender Fliegen auf dem Auto nieder. "Schnell raus!", Schließautomatik betätigt – und dann der Schreck: Die Tür verschlossen, der Schlüssel steckt im Zündschloss, kein Mensch weit und breit. Auf der Karte war doch eine Hütte verzeichnet. "Mal sehen, vielleicht wird sie bewirtschaftet, oder die haben vielleicht sogar Telefon?" Nach dreißig Minuten ist klar: geschlossen, offensichtlich seit Jahren unbewirtschaftet. Dahinten ist noch ein kleiner Bauernhof, vielleicht haben die Telefon. Vor dem Haus sitzt der Almbauer und zelebriert seine Brotzeit kurz vor dem Sonnenuntergang. Irgendwie ein schönes Bild. – "So, Deutsche seid Ihr?" "Deutschland kenne ich." Müde guckt man auf. Solche Geschichten hat man doch oft gehört von diesen Grenzbewohnern, die den Krieg mit fernen Ländern verbinden und eigentlich nur wegen des Krieges aus ihren Tälern und Dörfern ein wenig von der Welt gesehen haben. Vor allem um höflich zu sein, fragte man zurück. "Wo waren Sie denn?" "Ich war in Moringen." "Wie bitte? Moringen? Waren Sie etwa...im KZ?"
Der Bauer guckt mich an, erzählt später, einmal sei ein Deutscher bei der Nennung dieses Ortsnamens auf dem Absatz umgekehrt und habe sich grußlos davon gemacht. Ja, er war im Jugend-KZ. Kurze Andeutung. "Jugoslawische Partisanen, Gestapo, der Vater ist tot, nur die Mutter und die kleine Schwester." Er würde gerne erzählen, habe aber jetzt keine Zeit, seine Frau sei im Wald, er müsse auf die Weide und zum Vieh. "Aber sicher", telefonieren könnten wir, der Schlüssel läge immer über

dem Türstock, "da, legt ihn wieder hin". "Wir kommen wieder!" Drei Tage später erfuhr ich die Geschichte des Almbauern Johann Kogoj von der Luscheralm.
Partisanen waren im Spätsommer 1943 auf die Alm gekommen und hatten etwas zum Essen verlangt. Darauf einzugehen war gefährlich, sich zu verweigern ebenso. Wie hieß es in Berlin damals? "Zwischen Bomben und Gestapo..." Die Almbauern hatten den einen oder anderen unter den Partisanen erkannt, der Vater war sowieso auf ihrer Seite, bekannte sich aber nicht offen wegen seiner Frau und der beiden Kinder. Und wenn er nichts gegeben hätte, dann hätten sich die Partisanen eben mit Gewalt versorgt. Unter ihnen war ein Spitzel der Gestapo, ein Verräter. Wenige Tage später kamen die Gestapo-Leute auf die Alm, schlugen den Vater, schlugen seinen Sohn. Ihn, den Johann Kogoj, verhafteten sie, und bedrohten überdies die Mutter und deren Säugling, die kleine Schwester. "Dich Sau holen wir morgen!", mit diesen Worten ließen sie die auf dem Boden kauernde Mutter zurück. Sie hatte keine Wahl, musste in den Wald, zu den Partisanen, mit ihrer kleinen Tochter, dem Säugling. Mutter und Kind überlebten das Kriegsende. Johann Kogoj wurde in das Gestapo-Gefängnis nach Klagenfurt eingeliefert. Damals war er nicht einmal sechzehn Jahre alt. Geboren war er am 10. Dezember 1927 – am Tage seiner Volljährigkeit, dem 10. Dezember 1948, verabschiedeten die Vereinten Nationen die Erklärung der Menschenrechte. Den Tag seiner Verhaftung, den 7. Oktober 1943, wird Johann Kogoj nie vergessen. Später erfuhr er, dass die Gestapo fünf Tage später noch einmal auf die Alm kam, um den Rest der Familie zu holen. Sie nahmen seine Tante mit und verschleppten sie nach Ravensbrück.
Der Vater war wie Johann Kogoj am 7. Oktober verhaftet worden. Er kam nach Dachau, wurde gequält, musste die seltenen

Briefe an die Angehörigen in deutscher Sprache schreiben. Zwischen den Zeilen wird deutlich wie er litt, und die Wasserflecken verrieten, wie oft dieser Brief gelesen wurde. Fast eineinhalb Jahre hielt er durch; seine Befreiung erlebte er aber nicht mehr, denn er starb in Dachau im März 1945, wenige Tage vor seiner Befreiung. Ein letzter angerissener Brief von ihm wird von seinem Sohn gehütet wie ein Schatz. Er, damals sechzehn, wurde nach seiner Verhaftung von den Gestapo-Beamten zunächst geschlagen, denn er sollte die Namen anderer Partisanen preisgeben. Er wurde immer wieder geschlagen, gefoltert, und selbst eine Scheinerschießung musste er durchstehen. "Wenn der Zeiger der Uhr auf der Elf steht, bist Du hin." Er wusste: Kein Wort sollte über seine Lippen kommen. Zwei Gedanken beseelten ihn: "Lieber tot als noch einmal geschlagen werden". Und: "Wenn Du etwas sagst, bist Du auch tot, später, wenn es die, die mich jetzt bedrohen, nicht mehr gibt!" Irgendwann gaben die Peiniger auf.
Überführung nach Moringen im Soling. Als slowenisch sprechender Österreicher fand er dort Kontakt zu anderen Gefangenen – zu Polen, Tschechen und Russen. Erstaunlich war für ihn, dass es auch deutsche Gefangene gab. Ob er sich erinnert, jetzt mehr als fünfzig Jahre später? Aus Hamburg seien einige gewesen. "Swing-Jugend", sage ich, "Edelweißpiraten". "Ja", sagt er noch einmal, "Deutsche gab es da auch."
Mein Bauer überlebte. Aber an die Stunde der Befreiung kann er sich nicht erinnern. Es war am 10. April 1945, das wird ihm später klar. "Wir hatten doch gar kein Zeitgefühl mehr," sagt er. Nach Hause will er, zu seinem Vater, seiner Mutter, seiner Schwester. So macht er sich nach der Öffnung des Lagers mit einem Leidensgefährten auf den Weg, muss erst zu Kräften kommen, lebt einige Wochen bei einem Bauern in der Nähe von Goslar, hilft dort,

bis er zu Kräften gekommen ist, und dann marschiert er los, muss um Speisen und um Schlafmöglichkeiten betteln. Er begegnet anderen Deutschen, solchen die helfen, wenigen, die sich abwenden. Bis jetzt hat er, der gläubige Katholik, die Begegnung mit einer Deutschen nicht vergessen, die ihm eines Tages ein Heiligenbild in die Hand drückte, als er morgens weiterzog, ein Bild des Heiligen Josef. "Der wird Dich heimführen," gibt sie ihm auf den Weg. "Du wirst heimkommen."

Fast neun Wochen war der achtzehnjährige Johann unterwegs, eintausend Kilometer zu Fuß, vom Soling in die Karawanken, dann erreicht er Eisenkappel, die südlichste Stadt Österreichs. Eine Nachbarin erkennt ihn, ist entsetzt, denn sie weiß alles, was er erst jetzt erfährt und was erst langsam in den Kopf dringt. Wenige Tage vor Kriegsende, am 25. April 1945, waren die Deutschen noch einmal auf den einsamen Almbauernhof gekommen. Sie hatten alle getötet und Feuer gelegt. Die ganze Familie wollten sie ausrotten, zu der Zeit, als Johann schon befreit war. Ein Knecht war entkommen und später zurückgekehrt, ein Mädchen konnte sich auf dem Hof verstecken. Es musste mit ansehen, was die Verbrecher taten: Ein Kleinkind wurde vor seinen Augen zu Tode getreten.

Johann Kogoj besitzt bis heute Fotos vom zerstörten Hof, Bilder von den Toten, wie sie auf dem Hof liegen, verrutschte Kleidung, Schusswunden, seine Verwandten, Kinder, mit denen er gespielt hatte, Erwachsene, bei denen er auf dem Schoß sitzen durfte. Nur seine Mutter und seine Schwester hatten bei den Partisanen überlebt, tief im Wald. Sie kehren zurück und bleiben auf dem zerstörten, gebrandschatzten Hof, bauen ihn auf. Dies ist der Hof seines Vaters. Geliebt habe er besonders den Weg zur Kirche der Heiligen Anna, ein schöner Weg, eine schöne Kirche. Dorthin wollten wir gehen, ehe uns das Missgeschick mit der ver-

schlossenen Autotür passiert ist.
Alles ist so weit zurück und doch ganz Gegenwart. Menschenverächter ist er nicht geworden, dankbar, dass die Zeit der "Bruderkämpfe" vorbei ist. Er war doch immer ein Österreicher, der sich lediglich von anderen Deutschen unterschied, weil er auch slowenisch sprach. Er liebt die Einsamkeit, den Sonnenuntergang, den aufgebauten Hof, auf dem er mit seiner zweiten Frau lebt. Böse auf die Menschen ist er nicht. Keiner Fliege könne und wolle er etwas tun. Er liebe die Blumen, das Licht, die Berge. Katholisch sei er, das hätte geholfen, böse auf die Deutschen aber könne er nicht sein. Respekt hat er vor den Bibelforschern gehabt, die haben, wie er auch versucht hat, zu beten und sich so zu helfen. Den Heimkehrwunsch im Namen des Heiligen Josef vergesse er der unbekannten Deutschen niemals. Vergessen ist auch, dass er zunächst anderen Dorfbewohnern fremd blieb. "Was mögen sie sich gedacht haben", frage ich. Seine Antwort kommt ein wenig müde: "Da sind die Teufel zurückgekommen." Heute weiß er, dass ein schlechtes Gewissen die Herzen verschließt. Es hat sich manches gerichtet mit der Zeit. Nur unter Menschen da unten, da wolle er nicht mehr leben. Deshalb könne er nur auf der Alm sein.
Und dann kam der Umschlag von der ganz persönlichen Erinnerung in das Gedenken. Noch einmal holte er die Bilder mit den hingemordeten Angehörigen hervor. So sähe das jenseits der Grenze wieder aus, in Bosnien, im Kosovo. Das Leiden erschütterte ihn. "Die leben dort so gefährdet wie wir früher. Sie sprechen nur eine andere Sprache, eigentlich zwei", so wie die in Kärnten und in der Steiermark lebenden Slowenen, die sich als Österreicher fühlten, katholisch wie alle anderen waren und sich nur von den "Deutschen" unterschieden, die sie als "Windische"

bezeichneten, weil sie zweisprachig waren. Johann Kogoj, "mein Bauer", braucht kein Ritual, keine Feiern, um sich zu erinnern. Er beklagt sich nicht einmal über jahrzehntelang verweigerte Entschädigung und seine späte Anerkennung als Regimegegner. Noch heute soll es Menschen geben, die von der "Partisanenalm" sprechen.

Was Menschen vermögen, was sie für den anderen werden können, das hat er als Sechzehnjähriger erfahren. Das lässt ihn nicht los. Es geht ihm nicht um sich und um sein Schicksal, sondern um den anderen, den Gefährdeten, Enthausten, Vertriebenen, also all den Menschen, dem man seine Heimat nahm. Was Angst ist, das weiß er, Angst, in die Augen gebrannt, die seine Peiniger nicht sehen wollten, weil sie verblendet waren und keine Phantasie hatten, sich das Leiden des anderen, des sechzehnjährigen Almbauernbuben, vorzustellen. Ritualisiertes Gedenken, Denkmalsdebatte in Berlin, Bitburg-Kontroverse, Historikerstreit, auch die Debatte über die Wehrmachtsausstellung, das alles wäre für ihn mehr als ein Fremdwort.

Er schaut auf die Bilder, beherrscht mühsam seine Rührung, nimmt den Brief seines Vaters, faltet ihn sorgfältig, schiebt die Fotos zusammen. Eigentlich braucht seine Erinnerung keine Gegenstände. Der Brief seines Vater, die Bilder der Angehörigen, seine wenigen Lebenszeugnisse, Erinnerung an fast zwei Jahre des Schreckens und Leidens in der abgrundtiefen Einsamkeit. Nun ist er fast siebzig. Er sitzt vor dem Haus, blickt auf die Alm, auf die Berge, in den Sonnenuntergang.

Gedenken? Das packt uns, Stunden und Tage später, eigentlich bis heute, und schiebt sich über manche der geschichtspolitischen Debatten, die wir führen, nicht selten, weil es uns um etwas ganz anderes geht. Probst Heinrich Grüber, der Mitmensch und Mitleidende, hätte meinen Almbauern sofort verstanden.



"Wer nicht historisch denkt, der wird leicht hysterisch," sagte Grüber zwanzig Jahre nach Kriegsende. Damals war mein Bauer gerade vierzig Jahre alt. Und ich bin sicher, dass die Bilder seiner Kindheit – Partisanen, Moringen, der zerstörte Hof, die Spielkameraden, die niemals erwachsen werden durften, der Vater, der die "Heilige Anna" verehrt hatte, eine der bedeutenden Schutzheiligen, all das rückt immer wieder in sein Blickfeld – nun schon mehr als fünfzig Jahre lang. Mag auch im Lexikon stehen, Moringen sei ein "Jugendschutzlager" gewesen – es war ein KZ.
Das aber ist ihm nicht wichtig, Schall und Rauch sei das. Wichtig sind seine Erinnerungen. Denn historisch sind seine Erlebnisse, hysterisch ist er nicht. Und die vielen mit Vehemenz geführten und dennoch sterilen Debatten, die wir führen, als gälte es, das Abendland zu verteidigen, erreichen ihn nicht. Er ist uns voraus. Denn er weiß: Dieses Abendland wurde vor gut fünfzig Jahren ebenso preisgegeben wie viel später im Kosovo. Indem man die Angst im Auge des Mitmenschen nicht sah, weil man zu vergessen wusste, was es bedeutete: "Gottes Ebenbild".
Noch einmal gefragt: Lässt sich das 20. Jahrhundert nicht als immer wieder unternommener Versuch deuten, mit diktatorischen Mitteln und inneren Feindschaftserklärungen neue Gesellschaften zu schaffen? Wie aber ist darauf zu reagieren? Der "innere Kampfkurs", auf innenpolitische Gegner gerichtet, steigert sich in Diktaturen zum Verfolgungsexzess, denn Diktatoren müssen die Massen ständig in Bewegung halten, die Menschen mobilisieren, indem sie ihre Wachsamkeit gegen Feinde fordern. Feinde sind mehr als Gegner: sie werden als existenzielle Bedrohung, als herausfordernde Frage, als Frage in anderer Gestalt empfunden, wie Carl Schmitt in seiner Bestimmung des Politischen formulierte.
Hier wird deutlich, dass wann immer sich das politische Selbst-

verständnis der Deutschen gegen andere gerichtet hat, die deutsche Gesellschaft dadurch integriert wurde, dass sie aufgefordert wurde, Stellung zu Parolen der Regierung zu beziehen, ohne in der Regierung ein Instrument ziviler Gesellschaft zur Selbstregierung zu sehen. Wenn eine Gesellschaft immer wieder durch Regierungsparolen mobilisiert werden kann, liefert sie sich denjenigen aus, die sie regieren. Konflikte werden dann inszeniert, um die Massen zu bewegen und hinter die politische Führung zu scharen. Bald geht es nicht mehr um Führung, sondern um Verführung, denn die Mobilisierung und geistige Lähmung ist das wichtigste Ziel derjenigen, die ihre Macht nicht in Frage stellen lassen wollen.

Schlagwörter grenzen aus und verblenden. Sie verkleiden überkommene Maßstäbe, maskieren sie. Gelungene politische Maskeraden führen in den Massenwahn, in die Bereitschaft, dem zu folgen, der zur Verwirrung der Urteilsgründe und zur Zerstörung des Urteilsvermögens beigetragen hat. Blinde Nachfolgebereitschaft macht Zeitgenossen nicht selten wehrlos, widerstandslos, feige. Sie reagieren auf Herausforderungen und Appelle, die sich gegen den äußeren Gegner, aber auch gegen innergesellschaftliche Gruppen richten können. Historiker sprechen deshalb von einem "inneren Kampfkurs", der sich gegen Bevölkerungsgruppen der eigenen Gesellschaft richtet. Bismarck, ein Repräsentant des 19. Jahrhunderts, hatte diese Technik des "inneren Kampfkurses" hoch entwickelt. Immer wieder hatte er neue Staats- und Reichsfeinde benannt und das Deutsche Reich, einen ebenso verspäteten wie unvollendeten Nationalstaat, politisch durch die Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen integriert: gegen ultramontane Katholiken, gegen die Linksliberalen, die den britischen Parlamentarismus bewunderten und von Bismarck nur als "Vorfrucht" der Sozialdemokratie wahrgenommen

wurden, gegen internationale Sozialdemokraten, die "Reichsfeinde" schlechthin, gegen Welfen, Dänen, Polen, französisch sprechende Elsässer und Lothringer, schließlich gegen die deutschen Juden.

Im Weltkrieg wurde diese Taktik der Mobilisierung durch Ausgrenzung fortgesetzt. Und auch in der Weimarer Republik wurde diese Taktik fortgesetzt. Theodor Heuss sprach deshalb von der fatalen Neigung zur Monopolisierung des Vaterlandsbegriffs. Er ist Ausdruck eines Binnennationalismus: der Ausgrenzung von Gruppen, die Teil der eigenen Gesellschaft sind, ihre Wahrnehmung als Fremde, als Bedrohung, als Herausforderung. Im Dritten Reich steigerte sich dieses Denken zum Exzess und wurde zur ideologischen Grundlage eines Schreckens, der in der Besatzungsherrschaft, in Deportationen und Völkermord durch Einsatzgruppen und Vernichtungslager kulminierte. Das ist keineswegs nur Vergangenheit. Denn alles ist weiterhin möglich. Wir sind in den vergangenen Jahren Augenzeugen gewesen, durch Medien, die uns keine Entschuldigung gestatten: Wir haben gesehen, wir haben hingeschaut, wir haben uns vielleicht sogar etwas gedacht. Getan aber haben wir mit Sicherheit zu wenig, nicht nur das Falsche, oftmals gar nichts.


Konflikt

Der Terrorangriff vom 11. September 2001 und seine Folgen für die amerikanische Außenpolitik[1]

Christian Hacke

Als am 11. September 2001 das New Yorker World Trade Center gänzlich und das Pentagon in Washington D.C. teilweise zerstört wurden und mehrere tausend Menschen ums Leben kamen, veränderte sich die Außenpolitik der USA und die internationale Politik auf dramatische Weise. Präsident Bush hat den Terrorangriff als "War on America", Krieg gegen Amerika, bezeichnet und Bundeskanzler Schröder hat beispielhaft für die Verbündeten und Freunde der USA sofort "uneingeschränkte Solidarität" zugesagt.

Damit ist der Terrorismus zur zentralen Herausforderung geworden. Diese Anschläge richten sich gegen die USA als wirtschaftliche, militärische und zivilisatorische Weltmacht, aber es hätte auch Frankfurt, Paris oder London treffen können; in Paris wurde ein Terroranschlag gerade noch in letzter Sekunde verhindert. Folglich kann man den 11. September als das "Pearl Harbor der industriellen Zivilisation"[2] bezeichnen. Was sind die möglichen Folgen für die USA und die internationale Staatenwelt? Zeichnet sich nur ein schneller Wandel ab oder gibt es auch Zeichen von Kontinuität? Wie lässt sich die amerikanische Außenpolitik nach dem 11. September einordnen? Wo zeigt sich

---

1. Der Text ist die schriftliche Form des Vortrags, der am 16. 2. 2002 gehalten wurde. Er bezieht sich dabei auf den Stand der politischen Entwicklungen zu diesem Zeitpunkt. (Die Herausgeberin)
2. Stürmer, Michael: Zeitenwende, in: Die Welt, 12. September 2001, S. 8.



Kontinuität, wo Wandel?
Die ersten Monate der Außenpolitik von George Bush standen bis zum 11. September im Zeichen von Wandel im Rückblick auf Bill Clintons Außenpolitik. So waren Bushs außenpolitische Anfänge bis zum 11. September konfrontativ und unilateral geprägt: Hatte beispielsweise noch Bill Clinton mit Blick auf Asien die wirtschaftlichen Interessen betont, so rückte Bush sicherheitspolitische Prioritäten in den Vordergrund. Hatte Clinton noch die Volksrepublik China als strategischen Partner bezeichnet, so wurde sie aus der Sicht von George Bush zum strategischen Konkurrenten. Seit dem 11. September änderte Bush seine bisherige Chinapolitik um 180 Grad, bot China neue Chancen, wirtschaftspolitische Anreize, zeigte militärstrategische Mäßigung wie z. B. mit Blick auf das geplante Raketenabwehrsystem, um die VR China ins Boot der Antiterrorkoalition zu ziehen. Das Gipfeltreffen der asiatischen und pazifischen Staaten im Oktober in Shanghai diente auch der Zurschaustellung der neuen antiterroristischen Gemeinsamkeit zwischen Washington und Peking. Dass dabei die Forderung nach Verwirklichung der Menschenrechte, kritische Aufmerksamkeit gegenüber Dissidenten in der VR China und die Sicherung von ethnischen Minderheitenrechten gefährdet werden, liegt auf der Hand.
Auch in der Europapolitik von Präsident Bush treten neue Prioritäten zu Tage. Im Sinne seiner Erkenntnis vom 1. Mai an der National Defense University in Washington, als er feststellte:

> "Die heutige Welt verlangt eine neue Politik, eine breit angelegte Strategie der Gegen-Proliferation und der Verteidigung. Wir müssen mit Freunden und Verbündeten zusammenarbeiten, die sich mit uns gegen den Schaden verteidigen wollen, den sie anrichten können",[3]

stellte Bush nach dem 11. September die kontroversen Fragen der atlantischen Allianz in den Hintergrund und konzentrierte sich ganz auf die Gemeinsamkeiten, um die Europäer zu verlässlichen Verbündeten der Antiterrorkoalition zu machen.

Im Lichte der Ereignisse des 11. Septembers schwenkte Bush auch in der Russland-Politik um 180 Grad. Nun war nicht mehr anhaltende Schwächung der einstigen Großmacht, sondern Einbeziehung Russlands in die Antiterrorkoalition angesagt. Die Fortsetzung der NATO-Erweiterung vom Balkan bis zum Baltikum wurde vorerst ausgesetzt, wie auch die konkurrierenden wirtschaftlichen und energiepolitischen Interessen in Zentralasien und am Kaspischen Meer, also die Neuauflage des "great game" des 19. Jahrhunderts, wurde zurückgestellt. Auch die amerikanische Kritik an der russischen Tschetschenien-Politik, die Forderung nach der Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten verstummte in Washington. Stattdessen wurde viel getan, um Russland zum Partner der Antiterrorkoalition zu gewinnen. Auch in der Nahost-Politik zeigte sich ein Wandel: Mit Blick auf den Friedensprozess erklärte Präsident Bush plötzlich die Notwendigkeit eines unabhängigen palästinensischen Staates.

Doch wäre es zu einfach diese konfrontativen Politikansätze nur mit den neuen Gegebenheiten des Terroranschlags vom 11. September zu kontrastieren. Präsident Bush war schon durch den Verlust der Senatsmehrheit durch den Wechsel des republikanischen Senators Jeffords zu den Demokraten vor dem Terrorangriff vom 11. September innenpolitisch zur außenpolitischen Mäßigung gezwungen. Bewirkte der 11. September, wenn wir das

3. Der englische Text der Rede findet sich unter: http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/05/20010501-10.html, 29. August 2002.

emotionale Schockerlebnis mit seinen Folgen für einen Moment vernachlässigen, folglich nur Kontinuität mit Blick auf die veränderten Mehrheitsverhältnisse im Mai 2001? Das wäre zu einfach. In Wirklichkeit verschlingen sich Kontinuität und Wandel in einem komplexen Geflecht von außen- und innenpolitischen Faktoren. Die außenpolitischen Ziele und Methoden der Regierung Bush der Anfangsmonate waren mehrheitlich nicht mehr durchzuhalten. Was weltpolitisch getrennt und regional vereinzelt behandelt worden war, entwickelte vor allem im Zeichen des 11. September eigene Kraft und unfreiwillige Synergieeffekte. Die Beziehungen der USA zur VR China, zu Russland, Europa und dem Nahen Osten werden durch den Terroranschlag plötzlich ineinander gesprengt. Neue Prioritäten tauchen auf, und Kursänderungen bis 180 Grad werden zwingend, weil durch die neue Globalisierung der Terrorproblematik alte und neue politisch-strategische Fragen miteinander verkoppelt wurden. Die Folge ist: "Nie zuvor seit dem Korea-Krieg 1950 war im Herbst 2001 eine integrierte Globalstrategie der USA im Dienste einer realistischen Außenpolitik dringender gewesen."[4] Ob die Antiterrorkoalition diese vielschichtige Komplexität der politischen Situation vom südlichen Krisenbogen zwischen dem indischen Subkontinent, dem Kaspischen Meer, dem Arabisch-Persischen Golf und dem Nahen Osten mit dem Mittelmeerraum bis nach Europa, in den neuen Kausalzusammenhängen entsprechend erkennt, ist fraglich.
Nach dem 11. September hatte sich auf jeden Fall die Tagesordnung der Weltpolitik radikal geändert, alles und alle ordneten

---

4. Rühl, Lothar: Strategischer Jahresausblick 2001, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, Wien 2002.

sich plötzlich den neuen Gegebenheiten unter: Die Raketenabwehr, die NATO-Erweiterung, der Klimaschutz, Amerikas Konflikte mit China und Russland und viele andere Fragen wurden in den Hintergrund gedrängt. Nun geht es in den Worten von George Bush um den "monumentalen Kampf des Guten gegen das Böse", in dem jeder Staat seinen angemessenen Platz finden soll. Droht nun ein Kampf der Kulturen? Hat die kulturell-zivilisatorische Hegemonie des Westens, speziell des "American way of life", das Selbstwertgefühl und die Selbstachtung anderer Kulturen, vor allem die des Islam so tief verletzt und gedemütigt, dass nun die Ereignisse in ihrer Gewalttätigkeit im Lichte kultureller Selbstverteidigung gesehen werden müssen? Ist die sich abzeichnende globale Zivilisation im Zuge von Globalisierung so stark westlich und dabei religiös jüdisch-christlich geprägt worden, dass andere kulturelle, religiöse Gruppen und Gesellschaften dies als Bedrohung und Unterdrückung verstehen müssen? Hat also der 11. September die Alternative geprägt: Zwang zur Verwestlichung oder antiwestlicher Zwang zum gewaltsamen Aufbegehren?[5]

Gegen die These vom Kampf der Kulturen spricht die Tatsache, dass in allen Kulturen im Zuge von Modernisierung und Globalisierung die verbindenden Faktoren und Elemente an Bedeutung gewonnen haben. So gesehen erscheint der Angriff vom 11. September paradox: Kein Land hat mehr unternommen, um Grenzen und Mauern zu beseitigen, um Kommunikations-, Informations- und Bewegungsfreiheit voranzutreiben, als die USA. Diese Fortschrittsmomente von Globalisierung sind von den USA initiiert worden. Präsident Clinton hat die USA zum

---

5. Höffe, Otfried: Der Kampf der Kulturen kann ausfallen, in: Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, 10. Oktober 2001, S. 11.

Champion der Globalisierung gemacht. Dabei ist mehr Licht als Schatten auf die weltpolitische Entwicklung gefallen. Der Schock des 11. September ist groß, weil nicht nur die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten, sondern auch das Vertrauen auf die ordnende Funktion der größten Macht der Welt erschüttert wurde. Gleichwohl haben sich die USA als letzte verbliebene Weltmacht im Kampf gegen den Terror als letzte verbliebene globale Ordnungsmacht bewährt. Nie zuvor wurde so schnell und so umfassend eine Koalition geschmiedet, um den Terror weltweit zu bekämpfen. Dabei zeigt sich in Umrissen eine neue Weltordnung unter Führung der USA, die allerdings bisher gültige außenpolitische Regeln in ihrer Bedeutung mindert, außer Kraft setzt oder gar umkehrt. Lag noch in den 90er Jahren die globale Sinngebung in Verflechtung, in Ökonomisierung, so wird jetzt "Nation Building" zum Schlüsselbegriff des beginnenden 21. Jahrhunderts.

Renationalisierung, die Besinnung auf den Staat mit seinen Schutzfunktionen, ist vorrangig geworden. Die Terrorangriffe haben das Sicherheitsbedürfnis der Menschen drastisch vergrößert, so dass ein grundsätzlicher Einstellungswandel gegenüber dem Staat zu beobachten ist: Statt mehr Distanz und Maximierung der individuellen Einzelinteressen erkennen die Menschen unter dem Eindruck des 11. September, dass allein der Staat ihnen Sicherheit geben kann – nicht durch Abschottung, sondern durch Kooperation.[6]

Die Welt des 21. Jahrhunderts, im Zeichen der neuen Herausforderung des internationalen Terrorismus, kann es sich zukünf-

---

6. Beck, Ulrich: Der kosmopolitische Staat, in: Der Spiegel, 15. Oktober 2001, S. 54 f.

tig nicht mehr leisten, schwarze Löcher in ihrem Staatengefüge – sogenannte "failed states" – zu dulden, weil diese Unterschlupf und Handlungsspielraum für Fanatismus und Terrorismus bieten. Wenn die UNO diese zusammengebrochenen Staaten wieder aufbauen soll, dann müssen die großen Mächte sich allerdings im multilateralen Rahmen der UNO engagieren und gemeinsam über wechselnde Bündnisse wie die Antiterrorallianz hinaus, konsequent und mit langem Atem auch die notwendigen Mittel und Strukturen für erfolgreiches "Nation Building" bereitstellen. Nur dann können entsprechende Kapazitäten für Friedenstruppen, Polizisten, Verwaltungsfachleute und Techniker kurzfristig abgerufen werden, deren Kontingente von den Staaten vorher verbindlich zugesagt wurden. Hier müssten die USA mit gutem Beispiel vorangehen und von Unilateralismus abrücken.

Doch nicht nur beim Präsidenten, sondern auch bei der Mehrheit des Kongresses und in großen Teilen der amerikanischen Bevölkerung ist die Neigung zu Unilateralismus seit 1990 gestiegen. Diese Einstellung erhielt nach dem 11. September 2001 einen weiteren Schub. Umgekehrt stieg Amerikas Desinteresse an dauerhafter internationaler Zusammenarbeit mit Blick auf die neuen globalen Probleme wie Ahndung von Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Abrüstung, Umweltpolitik und vieles mehr. Jetzt bezieht sich Amerikas Neigung zu Dominanz und Alleingang auch auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Während die Europäer Osama bin Laden, wenn er denn je gefangen werden sollte, am liebsten vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag abgeurteilt sehen wollen, widersetzen sich die USA diesem Ansinnen und setzen die Terroristen vorerst auf ihrem Stützpunkt Guantanamo in Kuba fest. Verteidigungsminister Rumsfeld fordert darüber hinaus, dass alle Länder Al Qaida-Mitglieder an

die USA ausliefern, "unabhängig davon, ob ihre Gesetze bezüglich der Todesstrafe anders sind als unsere".[7]

In diesem Zusammenhang kommt es den USA nicht ungelegen, dass Osama bin Laden noch nicht gefasst ist, denn er personifiziert die fortgesetzte terroristische Bedrohung. Solange er noch auf freiem Fuß ist, werden offensichtlich alle Maßnahmen von Kongress und Bevölkerung gebilligt und von den Verbündeten und Koalitionspartnern akzeptiert. Doch die innenpolitischen Grundlagen haben sich für Amerikas Außenpolitik grundsätzlich verändert. Nach dem Ende des Kalten Krieges war die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik immer mehr innenpolitisiert, ökonomisiert und partikularisiert worden. 1992 wurde Bill Clinton Präsident, weil er innen- und wirtschaftspolitische Prioritäten setzte. Dem Kongress bzw. einigen wenigen Abgeordneten gelang es in der Folge der amerikanischen Außenpolitik individuelle, innenpolitische Stempel aufzudrücken. Seit dem 11. September zeigt sich allerdings eine Renationalisierung der amerikanischen Außenpolitik und ein Rückzug der Partikularinteressen im Kongress. Das Pendel der Macht, das sich im Spannungsfeld von Präsident und Kongress immer hin und her bewegt hat, schlägt wieder in Richtung Administration zurück. So kann Außenminister Powell mit einer bedeutsamen Erhöhung für Entwicklungs- und Auslandshilfe rechnen. Außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen werden wieder im Weißen Haus, im Pentagon und im Außenministerium und nicht im Kongress getroffen. Der für den Kalten Krieg charakteristische Primat der Außen- und Sicherheitspolitik und der Trend zu überparteilichem Konsens – cold war consensus, scheint nun auch wieder

---

7. Zitiert nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Dezember 2001, S. 8.

für die Außenpolitik im Zeichen der Terrorismusbekämpfung zu gelten.
Voreiliger Kritik zum Trotz hat sich Bush zu einem lernfähigen, umsichtigen und entschlossenen Präsidenten entwickelt. Was die gesamte Welt nach dem Golfkrieg und dem Bombenfeldzug gegen Milosevic ahnte, ist nun Gewissheit geworden: Die von Bush senior geforderte "Neue Weltordnung" nimmt unter seinem Sohn Gestalt an, allein die USA bestimmen die Koordinaten des neuen Weltsystems. Gemäß der Maxime des früheren Außenministers James Baker, sich jeglichen Triumphes zu enthalten, wird die reale Macht wie schon zur Zeitenwende 1989/90 gegenüber Russland, auch mit Blick auf die Kriegserfolge in Afghanistan, geschäftsmäßig nüchtern ausgeweitet. Das weltweite informelle Imperium der USA wird fast geräuschlos ausgebaut und abgestützt.

Nach dem 11. September 2001. Die öffentliche Auseinandersetzung um den Terrorismus und den Afghanistan-Krieg: Opportunismus, Propaganda und Einschüchterung statt menschenrechtsbestimmter argumentativer Diskussion

Gregor Paul

Bei den im Folgenden formulierten Überlegungen handelt es sich um eine leicht überarbeitete Version einer Stellungnahme, zu der ich mich unmittelbar nach Beginn des Afghanistan-Krieges bewogen sah. Wegen der grundsätzlichen Form der Argumentation hat sie meines Erachtens jedoch nichts an Relevanz verloren. An Aktualität hat sie sogar gewonnen. Der – von mir schon damals befürchtete – Irak-Krieg ist tatsächlich geführt und die Verletzung der Menschenrechte im Namen des tagtäglich verkündeten "Krieg gegen den Terrorismus" ist zur Gewohnheit geworden.

I.

Am 11. September 2001 brachten Selbstmordattentäter etwa 3000 Menschen um. Die ungeheure Tatsache, dass die Mörder Passagierflugzeuge entführt und samt Passagieren ins World Trade Center und ins Pentagon gesteuert hatten, verstärkte die berechtigte moralische Empörung. Die USA reagierten mit der Ankündigung, nicht eher zu ruhen, bis die Verbrecher zur Rechenschaft gezogen seien. Andere Staaten erklärten sich mit den USA solidarisch. So bildete sich eine weitgespannte Anti-Terror-Koalition, die insbesondere die Nato-Staaten, Russland, China, Pakistan, Indien und Syrien einschloss. Als die USA zu der Überzeugung gelangten, dass der in Afghanistan lebende Bin

Laden die Anschläge veranlasst habe, forderten sie die herrschenden Taliban auf, ihn auszuliefern. Die Weigerung der Taliban beantworteten die USA mit Krieg. Der innerafghanische Gegner der Taliban, die so genannte Nordallianz, eine ähnlich menschenverachtende Verbindung wie die Taliban selbst, wurde von den USA und deren Verbündeten aufgerüstet. Das Land wurde wochenlang bombardiert.
Die Vorgänge warfen zahlreiche grundsätzliche Fragen auf. Die wichtigsten sind: Wie lassen sich Terrorakte vereiteln, ohne dabei (zu viele) Menschenrechtsverletzungen zu begehen? Worin liegen die Ursachen des Terrors? Was sind die besten Mittel, um ihm zu begegnen? Ist ein Krieg wie der Afghanistan-Krieg überhaupt ein angemessenes – juristisch legitimes und moralisch akzeptables – und ein erfolgversprechendes Mittel? Die akute politische und massenmediale Auseinandersetzung "im Westen" – und nicht zuletzt in Deutschland – war jedoch weithin dadurch gekennzeichnet, entsprechenden Diskussionen auszuweichen, sie zu unterdrücken, ja, solche Diskussionen gar nicht erst zuzulassen.
Dies führt zu weiteren Fragen: Wie sind Regierungen und Medien zu beurteilen, die argumentative Auseinandersetzungen um Krieg und Frieden, um Leben und Tod zahlreicher Menschen behindern und verhindern? Noch radikaler formuliert: Warum hatten argumentative Auseinandersetzungen in der Frage des "Afghanistan-Krieges" so gut wie keine Chance? Ist die Frage nach Krieg und Frieden und Leben und Tod Tausender Menschen prinzipiell nicht argumentativ zu entscheiden? Darf sie gar nicht erst Gegenstand argumentativer Diskussion werden? Und wenn nicht, warum nicht? Weil sonst eine Art Hamletscher Reflexion und Zögerlichkeit das schnelle, unabdingbare Handeln

unmöglich machte? Oder gar, weil die mündigen Bürger rechtsstaatlicher Demokratien prinzipiell inkompetent sind, wenn es um die Frage nach Krieg und Frieden geht? Da zahlreiche "kriegswichtige" Informationen der Geheimhaltungspflicht unterliegen, besitzen die Bürger ja ohnehin nur unzureichende einschlägige Informationen.

Aber müssen auch die Parlamentarier, deren Aufgabe die Kontrolle der Regierung ist und die ihre Urteile in moralischer Autonomie treffen sollten, daran gehindert werden, eine Entscheidung auf dem Weg kritischer Argumentation herbeizuführen?

Oder muss jede kritisch-rationale Diskussion um die moralische Akzeptabilität von Krieg und Frieden, oder jedenfalls um die Akzeptabilität eines Krieges wie des Afghanistan-Kriegs, gar deshalb vereitelt werden, weil sie auf Grund der dabei zwangsläufig laut werdenden gültigen Argumente Krieg unmöglich machte? Hielt die Inquisition doch Friedrich von Spees Argumenten gegen Hexenverfolgung, Folter und Verbrennung und Friedrichs Aufforderung, der Vernunft zu folgen, entgegen: Gehorchte man der Vernunft, so hätte man "keine Hexen mehr zum Verbrennen". Friedrich blieb die ratlos-verzweifelte Feststellung:

> "Da sprechen es die Richter selbst ganz laut aus: Dienen wir der Gerechtigkeit, folgen wir der Vernunft, so haben wir keine Hexen mehr zum Verbrennen. Ich weiß nicht, was ich dagegen vorbringen soll, denn ich bin einverstanden [...]"[1]

Wie gesagt, wirft der "Afghanistan-Krieg" viele Fragen auf. Wenn ich mich im Folgenden auf eine Analyse der argumentations- und diskussionsfeindlichen Art konzentriere, in der die deutsche Re-

---

1. Spee, Friedrich v. (Hrsg.): Cautio criminalis oder Rechtliches Bedenken wegen der Hexenprozesse, 21. Frage, 1. Aufl. 1631. München 2000, S. 102.

gierung und, von der PDS und einigen wenigen anderen Ausnahmen abgesehen, deutsche Spitzenpolitiker sowie die meisten Massenmedien mit den Problemen umgingen, die mit den Stichworten "Terrorismus", "Leben", "Tod", "Krieg und Frieden" angesprochen sind, so vor allem, weil ich in dieser Art eine eklatante und gefährliche Verletzung der Normen der Meinungsfreiheit und der moralischen Autonomie sehe, und d. h. eine Gefahr für eine menschenrechtskonforme Politik.

2.

In der Auseinandersetzung mit Terrorakten wurde und wird nicht hinreichend klar zwischen (a) Rechtfertigung oder Billigung und (b) Erklärung – d. h. der Analyse und Darstellung von Ursachen, Gründen, Motiven usw. – von Terrorakten unterschieden. *Vielmehr werden Erklärungen als Rechtfertigungen denunziert.* Wer etwa sagt, dass er die Anschläge auf New York auch als Reaktion auf die US-Politik gegenüber der "arabischen Welt" begreife, wird verdächtigt, sie damit *entschuldigen* zu wollen. Warum? Soll so berechtigter Kritik an moralisch inakzeptablen Formen der Terrorismusbekämpfung vorgebeugt werden? *Terrorismus ist durch nichts zu rechtfertigen.* Aber das entbindet nicht von einer Analyse und Darstellung der Ursachen. Sie muss man kennen. Denn nur die Beseitigung der Ursachen führt letztendlich zur Beseitigung des Terrorismus. *Terroristen sind zur Rechenschaft zu ziehen.* Aber das entbindet nicht von der grundsätzlichen Verpflichtung zu ethisch und rechtlich verantwortbarem Vorgehen. Sonst bräuchte man nicht gegen die Todesstrafe zu argumentieren oder auch nur zwischen Lynchjustiz und Hinrichtung zu unterscheiden. Man könnte wohl auch dem Grundsatz "Auge um Auge, Zahn um Zahn" folgen. Die in unproblematischen Si-

tuationen als christliche Errungenschaft gepriesene Maxime, eine Wange hinzuhalten, wenn man auf die andere geschlagen werde, erwiese sich (ein weiteres Mal) als pure Heuchelei. Die Gefahr, Rache oder Vergeltung zu üben, statt zur Rechenschaft zu ziehen, wäre groß.
Ein Beispiel mag das Gesagte erläutern: Wenn jemand in einem regelrechten Gerichtsverfahren in rechtsstaatlicher Weise für schuldig befunden und verurteilt wird, dann heißt das nicht, dass sein Verbrechen damit gebilligt oder gerechtfertigt würde. Auch die in solch einem Verfahren geforderte "Ursachenforschung" braucht keinerlei Billigung einzuschließen oder nach sich zu ziehen. Sie kann sogar zu einem besonders "harten Urteil" führen. Nach ethisch begründetem, rechtsstaatlichem Verständnis liegt der Sinn einer von einem Gericht ausgesprochenen "Strafe" zudem eher in den Zielen der Resozialisation, Prophylaxe und des Schutzes der Gesellschaft als in einer Vergeltung. Entsprechend sollten Maßnahmen, die gegen den Terrorismus gerichtet sind, zwar auch das legitime Bedürfnis nach Gerechtigkeit befriedigen, in erster Linie aber der Vorbeugung und dem Schutz dienen.
Das potentielle Gegenargument, dass die moralischen Regeln für individuelle Beziehungen nicht auf kollektive Beziehungen oder abstrakte Relationen wie die zwischen Staaten übertragbar seien, ist nicht stichhaltig. Insbesondere ist nicht einzusehen, dass – wie ja gerade "der Westen" immer wieder betont – jeder Einzelne ein Recht auf Leben hat, eine große Gruppe Menschen jedoch nicht.

3.

Es wurde und wird in geradezu unverschämter Weise gelogen. Das "Publikum" wird für dumm verkauft. Insbesondere allen füh-



renden Politikern und Militärs war bekannt, dass die Bombardements Afghanistans vor allem die Zivilbevölkerung treffen *mussten*. Es gehört zu den Formen "moderner Kriegsführung", dass sich "das Militär" und insbesondere "die Guerillas" möglichst unter Zivilisten aufhalten. Außerdem verlangt jeder Angriff auf Infrastrukturen – Kraftwerke, Wasserwerke, Straßen, Brücken, Lebensmitteldepots usw. –, dass (auch) Zivilisten angegriffen werden. Im Übrigen erlauben Streubomben und Bomben wie die so genannte "Daisy Cutter" kaum "gezielte" Angriffe. Wenn man das Töten von Zivilisten rechtfertigen will, bleibt nur das Argument des "kleineren Übels". Dieses Argument aber ist zu prüfen, jedenfalls wenn es um das Leben von Hunderten oder gar Tausenden von Menschen geht.

4.

Statt die Frage zu diskutieren, ob man Hunderte oder Tausende von unschuldigen, hilflosen Menschen um eines höheren Gutes, der Ausmerzung des Terrorismus willen, töten darf oder töten sollte, wich und weicht man ihr aus.

Wie angedeutet, wäre zu zeigen gewesen, dass ein Krieg wie der Afghanistan-Krieg einschließlich all seiner *sicheren* Folgen ein kleineres Übel abgibt als ein Verzicht auf solch einen Krieg und die (vorläufige) Duldung eines Systems wie des Taliban-Regimes. Zu den *sicheren* Folgen gehörten dabei die unschuldigen Toten der Bombardements, die Flüchtlinge, die Opfer von Hunger und Kälte, eine Zunahme des Hasses auf Seiten vieler Moslems, die Motivierung zu weiteren Selbstmordanschlägen, die Beeinträchtigung der Glaubwürdigkeit "westlicher" Politik, die Gefahr, dass der Krieg zum Präzedenzfall wird bzw. die Gefahr der Eskalation "anti-terroristischer Kriege" – eine Gefahr, die mit dem Irak-

Krieg Wirklichkeit wurde. Weiter wäre zu zeigen gewesen, dass es in der Auseinandersetzung mit "dem Terrorismus" keine Alternative zum Bombenkrieg (samt seinen Folgen) gab.
Doch statt sich auf solche Diskussionen einzulassen, versuchten und versuchen die meisten Politiker und Medien, die Auseinandersetzung auf Fragen wie die folgenden Probleme zu lenken und zu beschränken: Muss Deutschland nicht "unbedingt" zu den USA stehen? Müssen politische Parteien nicht einheitlich urteilen? Muss eine Partei nicht ihre Regierungsmitglieder unterstützen? Ist eine Partei, die das Töten von Hunderten oder Tausenden von Zivilisten *nicht* als "kleineres Übel" ansieht, überhaupt regierungsfähig? Darf man solch eine Partei mit Regierungsverantwortung betrauen? Muss ein Politiker nicht schon um des Machterhalts willen zu den Bombardements in Afghanistan stehen? Ist es nicht endlich Zeit, der "Spaß-Gesellschaft" eine Ende zu bereiten und sich auf solch ernste Probleme wie eine kriegsbereite starke Verteidigung zu konzentrieren? Muss die Bundesrepublik nicht endlich "erwachsen" werden? Sie wäre also ein "Kind" und "unreif" geblieben, weil sie sich nicht am Afghanistan-Krieg beteiligte?
Der Ton einiger Presse-Kommentare schien gar einen Hauch von Kriegsbegeisterung zu offenbaren. Aber Kriege sind keine Schauspiele. Es leiden und sterben wirklich Menschen. Kinder krepieren nach zwei Wochen unter Trümmern. Doch der Hinweis auf Kinder scheint nur soweit eine Rolle zu spielen, wie er als Instrument in der Medienkampagne gegen den "Feind" eingesetzt werden kann. "Der Westen" zeigte vor allem Bilder toter amerikanischer Kinder. Arabische Sender zeigten vor allem Bilder toter afghanischer Kinder.
So war und bleibt es fragwürdig, wenn weniger über Tod und Leben und Krieg und Frieden als um "unbedingte Bündnistreue",

Regierungsmacht, Mandate und außenpolitischen Einfluss gestritten wird. Selbst wenn eine Forderung nach (Bündnis-)Solidarität berechtigt ist, ist sie es ja nur, soweit sie moralisch akzeptabel und juristisch legal ist. Die Frage der "Bündnistreue" wäre deshalb auf jeden Fall auf ihre moralische Akzeptabilität hin zu prüfen (gewesen). "Unbedingte Solidarität" ist ohnehin nur dann ethisch zulässig, wenn sie höchsten moralischen Prinzipien wie der Integrität menschlicher Würde gilt. Sie darf niemals primär einem Staat, einer Regierung oder einem Menschen zuteil werden. In der Form, in der sie Kanzler Schröder bekundete, war sie überdies juristisch illegitim und sogar logisch problematisch. Schließlich war und bleibt sie in der geäußerten Form auch sachlich falsch; denn es ist keinesfalls so, dass "alle Deutschen" "unbedingte" oder "uneingeschränkte" Solidarität empfänden. Auch das Argument, dass die Bundesrepublik "endlich Verantwortung" (für Krieg und Frieden, und dies selbst im Ausland) übernehmen müsse, ist von nachgeordnetem Rang. Ausschlaggebend muss sein, ob eine Entscheidung überhaupt so geartet ist, dass man sie begründet teilen kann. Erst dann kann man sie ja "mit tragen" und "mit verantworten". Außerdem wirft die Forderung, "Verantwortung" zu übernehmen, zumindest die Frage auf, ob sie nicht vorgeschoben ist, um einer schleichenden Aufwertung des Militärischen (als politisches Mittel) den Weg zu ebnen. Und schließlich hat sie den Geruch schlichter Kraftmeierei.

5.

Problematisch war und ist der zum Teil bewusste Versuch, Argumenten auszuweichen, indem man ihren Vertretern die moralische Legitimation abspricht, sie überhaupt zu äußern. Verhielten sich Staaten wie die USA und die Bundesrepublik mit Blick auf

sich selbst genau so, so dürften sie keine Menschenrechtsverletzungen mehr kritisieren. Als die PDS den Afghanistan-Krieg kritisierte, hielt man ihr (!) vor, den sowjetischen Krieg gegen Afghanistan gebilligt zu haben und deshalb nicht berechtigt zu sein, nun die USA zu kritisieren.

Aber die Gültigkeit einer Behauptung – oder Kritik – ist völlig unabhängig davon, wer sie wann wo wie äußert. Im Fachjargon formuliert: Geltung ist unabhängig von Genesis. Zudem weiß jeder, der die PDS dergestalt zu diskreditieren sucht, dass nicht sie, sondern die SED den sowjetischen Krieg widerspruchslos hinnahm. Darüber hinaus weiß jeder, dass nicht nur ehemalige Mitglieder der SED, sondern auch ehemalige Mitglieder anderer DDR-Parteien – wie der DDR-CDU – den Standpunkt der SED vertraten. Und schließlich waren zahlreiche Ex-Nazis einflussreiche Gestalten des öffentlichen Lebens der frühen bundesrepublikanischen Jahre.

Wer also der Frage nach der Gültigkeit von Argumenten ausweicht, indem er einfach deren Autoren moralisch zu diskreditieren sucht, der will sich im Allgemeinen überhaupt nicht auf (die an sich geforderte) Sachdiskussion einlassen. Die Sache selbst – ob ein Argument gegen einen Krieg und unzählige zivile Opfer gültig ist – interessiert ihn nicht. Noch einmal: Kein Staat der Welt wäre danach legitimiert, Menschenrechtsverletzungen in anderen Staaten zu monieren; denn es gibt keinen einzigen, der sie nicht zu irgend einer Zeit oder in irgend einem anderen Staat gebilligt oder doch stillschweigend geduldet hätte. Eine interstaatliche Sachdiskussion um Menschenrechte wäre danach ein für alle Mal unmöglich.

6.

Wie immer man die Auseinandersetzung um antiterroristische Maßnahmen und insbesondere die Bombardements in Afghanistan bewertet: in der öffentlichen Politik und in den Massenmedien spielten und spielen ernst zu nehmende Argumente eine zu geringe Rolle. Es dominieren Propaganda, Rhetorik, Verschiebung der Problematik, Desinformation, Indoktrination, Einschüchterung usw. Dürfen die "mündigen Bürger" demokratischer und rechtsstaatlicher Gesellschaften nicht erwarten, ja müssen sie nicht verlangen, dass sie in Fragen von Leben und Tod treffend (und nicht demagogisch) informiert und in Entscheidungsrelevante *argumentative* Diskussionen einbezogen werden? *Müssen sie vor vollendete Tatsachen gestellt werden?*

Um ein Übel beseitigen zu können, muss man dessen Ursachen ausmerzen. Zu diesem Zweck muss man die Ursachen kennen, und zwar möglichst genau. Um dem "mündigen Bürger" einer demokratischen, rechtsstaatlichen und den Menschenrechten verpflichteten Gesellschaft die Möglichkeit zu geben, über *Erfolg(saussichten) und ethische Akzeptabilität* antiterroristischer Maßnahmen zu urteilen, muss auch er die Ursachen des Terrorismus kennen. Wie will er sonst feststellen, ob oder wieweit eine Maßnahme tatsächlich eine Ursache des Terrorismus trifft? Und wie, ob sie nicht "zu weit geht"? Ob Verhältnismäßigkeit gewahrt ist? Wie soll parlamentarische Kontrolle stattfinden, wenn es wichtiger ist, Mehrheiten zu sichern, als gültig begründete Entscheidungen zu treffen? Wie soll da das Prinzip der Gewaltenteilung gewahrt bleiben? Also müssen die Ursachen des Terrorismus, und insbesondere die Ursachen von terroristischen Anschlägen, die man mit Krieg beantworten möchte, auch zur Sprache kommen dürfen. Ja, es ist geradezu Pflicht des "mün-

digen Bürgers", das Seine zur Ursachenforschung und damit zur Bekämpfung des Terrorismus beizutragen.
Dabei dürfen nicht nur die Ursachen genannt werden, die dem, der den Terrorismus mit Krieg begegnen will, in den Kram passen, sondern auch die, die er mit keinem noch so schrecklichen Bombardement treffen und ausmerzen kann. Und zu diesen gehören nun einmal der Unterschied zwischen reichen und armen Gesellschaften, das Palästina-Problem, die unaufrichtige, verlogene und unglaubwürdige "Menschenrechts"-Politik des "Westens" und insbesondere der USA und manche Züge der wirtschaftlichen Globalisierung, seien diese Ursachen noch so vermittelt und die Zusammenhänge im Einzelnen noch so schwer auszumachen.
Hat der "Westen" und haben die USA in Afghanistan nicht über Jahrzehnte hinweg Verbrecher und Mörder unterstützt? Unterstützten sie nicht Saudi-Arabien und dessen korruptes, menschenverachtendes Regime? Unterstützten sie in ihrem Krieg gegen die Taliban nicht die "Nordallianz", die ähnlich wie die Taliban von Verbrechern und Menschenrechts-Verächtern geführt wird? Wie kann eine "moralische Instanz" glaubwürdig sein, die Milosovic vor einem Gericht aburteilen will, während sie gleichzeitig mutmaßliche Massenmörder und Verbrecher gegen die Menschrechte wie den "Nordafghanen" Dostum stärkt – dem noch weniger moralische Integrität zuzusprechen sein dürfte als dem Führer der Taliban? Und wie steht es um andere Staaten und Gruppen, die Terroristen Bleibe und Schutz gewähren? Ohne Afghanistan-Krieg hätte es keinen Irak-Krieg gegeben. Sollen nach und nach auch Syrien, der Iran, Somalia oder auch palästinensische Gebiete angegriffen werden? Und wenn nicht, warum nicht, wenn "der Westen" doch der Meinung ist, sie böten Terroristen Unterschlupf? Oder sollte man auf günstige Ge-



legenheiten warten? Allein die theoretische Möglichkeit, dass solch eine "Strategie" existiert, zwingt verbrecherische oder als verbrecherisch bezeichnete Systeme zu entsprechenden "vorbeugenden" Maßnahmen. Und selbst Saudi-Arabien dürfte misstrauisch geworden sein. Und wie steht es um Staaten, die im Namen des Anti-Terrorismus gewaltsam gegen ethnische Minderheiten und politische "Separatisten" vorgehen? Was, wenn Indien meint, Pakistan angreifen zu dürfen, weil es in Kaschmir aktiven Terroristen Schutz gewähre? Wenn es dem mündigen Bürger und dem Parlamentarier, der sich seinem Gewissen verpflichtet fühlt, so schwer gemacht wurde und wird, öffentlich gegen einen Krieg wie den Afghanistan-Krieg zu argumentieren und wenn zu diesem Zweck massive Einschüchterungsversuche unternommen wurden, dann kann es dafür nur einen Grund geben: *Man wollte den Krieg und hatte sich längst für ihn entschieden.*

7.

Warum? Wie gesagt, fehlte und fehlt es an Versuchen, die Entscheidung in einer kritischen ethisch-moralischen Auseinandersetzung zu begründen bzw. zurechtfertigen. Faktisch gab und gibt nicht die Moral den Ausschlag. Was dann? Darüber ausführlich zu spekulieren, führte zu weit. Einige Motive sind freilich evident. Die "Psychologie" verlangt nach einer schnellen Reaktion. Man möchte eine *sichtbare*, *machtvoll wirkende* Antwort. Man will abschrecken und vergelten. Außerdem können machtpolitische und ökonomische Interessen Entscheidungen für einen Krieg begünstigen. Was die offizielle und offiziöse Diskussion in der Bundesrepublik angeht, so wurden und werden, wie gesagt, wiederholt folgende Argumente vorgebracht: Man müsse gegenüber den USA loyal sein. Das aber heißt, wie ebenfalls ausgeführt,

politische Loyalität gegenüber einem Staat (!) für wichtiger zu halten als effiziente und moralisch legitime Maßnahmen gegen den Terrorismus. Man müsse Verantwortung zeigen. Man gerate sonst in außenpolitische Schwierigkeiten. Die eigene Regierungsmacht und der eigene Parlamentssitz seien sonst gefährdet. Zu einem "erwachsenen" Staat gehöre es, auch vor militärischen Engagements nicht zurückzuschrecken. Wie gesagt, zeigte "der Westen" das Leid und Elend unschuldiger afghanischer Kriegsopfer nicht genauso ausführlich und intensiv wie das Leid der unschuldigen Opfer der Terroranschläge auf New York, weil er sicher sein musste, dass solche Bilder den Widerstand gegen den Krieg stärken würden. Aber sie sind genau so beklagenswerte Menschen wie zum Beispiel die ermordeten Amerikaner. Reicht es nicht zumindest dann, ein Mensch zu sein, wenn es um das nackte Recht auf Leben geht? Betonen nicht gerade Vertreter der USA und der Bundesrepublik immer und immer wieder, dass Menschenrechte individuelle Rechte, Rechte von Einzelnen seien? Und wie steht es um die, die um die unschuldigen Opfer klagen, die sie nun tot sehen? Shakespeare bringt in den letzten zwei Versen seines 66. Sonetts implizit zum Ausdruck, was wir fast alle wissen: die Liebe zu einem einzigen Menschen kann das Leben lebenswert, sein Tod unser Leben elend und sinnlos machen.

8.

Die "öffentliche" Auseinandersetzung um Terrorismus und Afghanistan-Krieg kommt einer Bankrott-Erklärung der staatlich-gesellschaftlichen Menschenrechtserziehung gleich, das heißt der staatlich und gesellschaftlich faktisch präsentierten Erziehung zur Kenntnis und Achtung der Menschenrechte. *Denn Erziehung zur Meinungsfreiheit ist eine unerlässliche Bedingung jeder Menschenrechtserziehung. Erziehung zu systematischer Skepsis, systematischer*

Prüfung ist "ein Muss".

Das illustrieren vor allem Extreme: Hitlerjungen, FDJ-ler, Palästinenserjungen, Kinder und Jugendliche, die von Staat, Schule, Eltern, öffentlichen Medien und in der Tat von allen Seiten immer nur das Eine hören und lernen – dass nämlich Wahrheit und Recht so und so aussähen und dass es keinerlei anderslautende Auffassungen und Gesichtspunkte gebe – und die nichts als die "Schönheit" und "den Reiz" von Uniformen, Jugendlagern, Schießübungen und Märtyrertum kennen lernen, *können kaum anders,* als zu Verbrechern an Andersdenkenden zu werden. Dies ist eine bittere, ironische Lektion. Die Bundesrepublik *ist* ein Rechtsstaat, in dem – noch? – Meinungsfreiheit herrscht. Auch Parlamentarier könnten anders entscheiden, als sie es tun, wenn sie nur gültigen Argumenten folgten und nicht etwa Einschüchterungen und den Versuchungen der Macht nachgäben. Wie sich leicht zeigen ließe, wäre das eine auch durch und durch realpolitische und pragmatische Alternative. Sie hätte nichts mit weltfremdem Idealismus zu tun. Wie leicht ist es doch, Millionen von Menschen von der Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen. Sollten da vergleichbare Anstrengungen zur Friedenssicherung prinzipiell und von vornherein zum Scheitern verurteilt sein? Ist es da nicht plausibler, von einem entsprechenden Unwillen der Kriegsbefürworter statt von einer blauäugigen Utopie der Gegner auszugehen? Da Meinungsfreiheit herrscht, ist die Empörung gerade von Schulkindern und Jugendlichen über die Politik der Regierung denn auch so deutlich. Viele, wenn nicht die meisten Kinder und Jugendlichen in der Bundesrepublik haben gelernt, eigene, wohlbegründeten Urteile abzugeben. Sie empfinden sich selbst als moralisch autonome Individuen – wie es ja auch der Fall sein sollte. Ich habe bisher nur einen Schüler und Ju-

gendlichen kennen gelernt, der den Afghanistan-Krieg befürwortete. Sollten gar frühe Umfragen zu diesem Krieg fragwürdig sein? In einer Schülerzeitung las ich folgende Stellungnahmen:

"Ein Kommentar zum II. 09. 2001
Weil mich sonst alle missverstehen würden, muss ich wohl vorwegnehmen, dass ich die Anschläge vom II. September verurteile, wie ich jeden Anschlag verurteile, bei dem Menschen ums Leben kommen. [...] Wenn dort 6.400 Menschen gestorben sind, sind das 6.400 zu viel. Doch es sind um Millionen weniger als die, die in den letzten Jahren dank Amerika gestorben sind!
Wenn Schröder sagt: ‚Alle Deutschen stehen hinter Amerika!', dann habe ich Lust, ihm [...] gehörig die Meinung zu sagen, denn ich stehe nicht hinter Amerika [...]. Ich sage nicht, dass es Amerika recht geschieht, aber ich sage, dass ich nicht um Amerika trauere! Ich trauere um die Menschen, die dort gestorben sind! Ich trauere um sie, wie ich um die Menschen trauere, die täglich an Hunger oder an Aids sterben oder durch die Bomben, die die Amerikaner auf sie werfen. [...] Warum trauern alle um die Amis und niemand um die unglaublich vielen Kinder, die täglich sterben, weil sie nichts zu essen bekommen? Warum denkt [...] niemand mehr an die Menschen, die in den letzten Jahrzehnten und noch heute auch dank Amerika sterben mussten [und müssen]? Ich trauere um die toten Amerikaner, aber ich trauere genauso um die Menschen in Nah-Ost, die von den Amerikanern getötet wurden [...]Ich finde das, was am II. 09. 2001 passierte, so schlimm, dass ich es nicht in Worte fassen kann. Aber ich möchte ehrlich sein: ich finde es noch viel schlimmer, dass alle Welt um die Amerikaner trauert und kaum einer die anderen Toten erwähnt."

"Seit einigen Tagen hält eine neue Terrorwelle die Welt in Atem. Schon seit Sonntagabend (MESZ) ist Afghanistan das Ziel einiger Terroranschläge. Terroristen feuerten mehrere Raketen auf die Stadt Kabul ab. Diese Anschläge werden fortgesetzt und inzwischen wird auch der Einmarsch von bewaffneten Terroristen in das Land befürchtet. Zur Zeit gibt es keine Informationen über die Anzahl der Opfer. Zu den Terroranschlägen

> bekannte sich eine Organisation namens USA, die schon seit einiger Zeit diesen Terror angekündigt hatte und den Geheimdiensten schon lange bekannt ist."

Die zweite Stellungnahme ist gewiss höchst problematisch. Aber sie ist auch Beleg für eine Meinungsfreiheit, die schützenswert ist. Beide sind Ausdruck wohlbegründeter und berechtigter moralischer Empörung über die Ungerechtigkeit und das Unrecht, das mit dem Anlegen doppelter Standards, dem Messen mit zweierlei Maß verbunden ist, und dies – um es noch einmal zu betonen – angesichts von Fragen, in denen es um Leben und Tod, Krieg und Frieden geht. Die Tatsache, dass das Leben von Hunderttausenden von Menschen nicht zählt oder nicht zu zählen scheint, oder als vergleichsweise unbedeutend gilt, und die Tatsache, dass die Regierungen der USA und "des Westens" in Afghanistan den Tod von am Ende wohl gewiss mehreren Tausend unschuldigen Menschen billigend in Kauf nahmen, um mit zweifelhafter Aussicht auf endgültigen, bleibenden Erfolg eine relativ kleine Gruppe von mutmaßlich Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen, sind unbestreitbar und offensichtlich. Umso größer die Empörung angesichts der Versuche, solche Tatsachen totzuschweigen oder gar zu leugnen. Die Politik der US-Regierung und der Regierung der Bundesrepublik ist ungeeignet, Kinder und Jugendliche davon zu überzeugen, dass man für Menschenrechte eintreten soll. Sie trägt dazu bei, dass sich auch bei Kindern und Jugendlichen die "Einsicht" herausbildet, die die "Spitzenpolitiker" kennzeichnet. Wirklich wichtig, so müssen Kinder und Jugendliche glauben, sind Machtfragen. Menschenrechte sind nur soweit schützens- und fördernswert, wie sie dem eigenen Machterhalt dienen. Kanzler Schröders Verbindung der Vertrauensfrage, der Frage nach dem Fortbestand der eigenen Regierung, mit der Frage nach

einem Ja oder Nein zu einer Bereitstellung deutscher Militärs war ein Einschüchterungsversuch und ein weiteres Beispiel in der Kette der Exempel, die den Triumph der Macht über die Moral dokumentieren. Sie zwang viele Parlamentarier faktisch dazu, sich entweder für den Afghanistan-Krieg auszusprechen oder auf eigene Macht und Privilegien zu verzichten. Angesichts dieser Alternative entschieden sich dann die meisten Kriegskritiker in der Gruppe dieser Abgeordneten für den Erhalt von Macht und Privilegien. Viele Kinder und Jugendliche verlieren im Laufe der Jahre "ihre Illusionen". Sie werden "erwachsen". Aber dieser Prozess ist nicht nur Reaktion auf Enttäuschung und Anpassung an die Realitäten: er ist oft auch ein moralischer Abstieg. Sehen nicht manche deutschen Spitzenpolitiker der Gegenwart, die so genannten (ehemaligen) 68-er, Wehrdienstverweigerer, Kriegs- und Atomgegner wie die Protagonisten der Animal Farm aus: die einst guten Schweine, die sich am Ende nicht mehr von den bösen Menschen unterscheiden lassen?[2]

Und tendieren sie nicht dazu, zu viel "Kontrolle" zu fordern? Sicherheit ist ja keinesfalls einfach umgekehrt proportional zur Freiheit. Das hat Martin Kutscha in einem Artikel der *Frankfurter Rundschau* vom 07. November 2001 erneut überzeugend nachgewiesen. Das wichtigste, im gegebenen Zusammenhang rele-

---

2. Die letzten Passagen der *Animal Farm* veranlassen, über die Korruption der Macht und potentielle Mittel, ihr entgegen zu wirken, nachzudenken: "There were shoutings, bangings on the table, sharp suspicious glances, furious denials. The source of the trouble appeared to be that [the leader of the pigs] Napoleon and [the leader of the human visitors to the farm] Mr. Pilkington had each played an ace of spades simultaneously. Twelve voices [hosts and visitors] were shouting in anger, and they were all alike. No question, now, what had happened to the faces of the pigs. The creatures outside looked from pig to man, and from man to pig, and from pig to man; but already it was impossible to say which was which.

vante Moment: Wer befürchtet, überwacht zu werden, hat oft Angst, seine Meinung aufrichtig zu äußern. Überwachung bringt faktisch eine Einschränkung der Meinungsfreiheit mit sich. Die aber führt zur Stärkung autoritärer und totalitärer Machtstrukturen, die ihrerseits die *Sicherheit* der Bürger gefährden.

Auch heute setzt Erziehung, und insbesondere moralische Erziehung die Aufrichtigkeit, Glaubwürdigkeit, ja ein – zumindest grundsätzlich – vorbildliches Verhalten der Erzieher voraus, wenn sie so erfolgreich wie möglich sein will. Lüge, Heuchelei, Opportunismus, doppelte Moral und doppelte Standards, Machtdemonstrationen, Einschüchterung und die Diskreditierung rational-kritischer Argumentation sind keine geeigneten Mittel.



Lebens-Brüche. Schilderungen aus einer traumatisierten Zeit

Angela Genger

I.

"Präludium", nennt Martin Goldsmith, Sohn deutscher Emigranten, das Einleitungskapitel in seinem Buch "Die unauslöschliche Symphonie."[1] Jahrzehntelang hat die – unausgesprochene – Geschichte seiner Eltern das Leben des Autors und seine Wahrnehmung von der Welt bestimmt:

> "Im Haus, in dem ich aufwuchs und mit Vater, Mutter und Bruder wohnte, gab es [...] einen gewaltigen Baum, der durch das Dach wuchs und dessen großer Stamm den in sich geschlossenen Raum beherrschte. Wir waren in vieler Hinsicht eine vollkommen normale Familie. Mein Vater unterhielt sich mit meiner Mutter, meine Mutter deckte mich abends zu. Mein Bruder und ich spielten miteinander, wenn wir uns nicht gerade zankten.
> Aber niemand erwähnte je den Baum.
> Der Baum war natürlich nicht wirklich vorhanden. Aber sein Einfluss auf meine Familie war überwältigend. Die Anstrengung, die für uns alle erforderlich war, ihn nicht bewusst wahrzunehmen, war ungeheuerlich. Diese enorme Präsenz in unserem Haus war zum einen das Schicksal der Familie meiner Eltern – Juden, die in den 1930er Jahren in Deutschland lebten, – sie war zum anderen die Flucht meiner Eltern vor diesem Schicksal. Was sie erlebt hatten, so ähnlich oder doch so verschieden von den sechs Millionen anderen Geschichten jener Zeit und jenes Ortes, hatte Einfluss auf alles, was die beiden taten. Der Baum

1. Goldsmith, Martin: Die unauslöschliche Symphonie. Musik und Liebe im Schatten des Dritten Reiches – eine deutsch-jüdische Geschichte, Freiburg 2002, S. 9-10.

> war tief in ihrem Leben verwurzelt, und der Stamm wuchs immer höher, je älter sie wurden. Und, wie in so vielen anderen Familien ähnlich der unseren, sprach niemand darüber."

Die Eltern, junge Erwachsene, bereits verheiratet, als sie Deutschland verließen und deren Sprache – die Musik – sie in den Vereinigten Staaten rettete, haben ihre Eltern und viele Verwandte verloren. Das genügte, sie zum Verstummen zu bringen.
In diesem Beitrag werden Ausschnitte aus Gesprächen mit Menschen, die nach 40, 50 Jahren oder noch später ihre Geschichte erzählten, vorgestellt. Manche von ihnen artikulierten dabei zum ersten Mal ihre Erinnerungen an kleine Ereignisse des Alltags oder an für alle deutschen und österreichischen Juden traumatisierende Erfahrungen physischer Gewalt gegen Angehörige und das Zuhause in der Pogromnacht vom 9./10. November 1938, an die Abschiede und an den Neubeginn. Das alles sind kleine Mosaiksteine, die kein vollständiges Bild, sondern Impressionen vermitteln. Impressionen davon, wie die Anforderung, sich klein zu machen und still zu sein, die Erfahrung, isoliert zu werden und nicht so sein zu können wie die anderen, gestraft zu werden von Erwachsenen für das Hineingeborensein in eine Gruppe, die nicht mehr Teil der Gemeinschaft sein sollte, angegriffen zu werden und nach Wegen der Abwehr von Angriffen zu suchen, erinnert werden. Das Erleben von Ungerechtigkeit und Willkür, vom Schmerz des Verlustes und vom Schmerz der Eltern, die Erfahrung, unerwünscht zu sein im fremden Land oder vergeblich geflohen zu sein, vom Verlust der Sprache und dem verletzenden Leugnen, von betrogenen Idealen und dem Fremdbleiben im rettenden Land kommen hier zur Sprache.
Die Gespräche, in der Regel auf Tonträger aufgenommen, entstanden in Essen, in Düsseldorf, in Großbritannien, in den Nie-

derlanden, in den USA und in Israel. Jeder dieser Erzähler hatte zu dem Zeitpunkt, als das Gespräch geführt wurde, ein in weiten Teilen erfolgreiches Leben gelebt. Dies lässt sich auch für meine Gesprächspartner sagen, die hier nicht vorgestellt werden: Überlebende der Lager, mit denen die Gespräche gänzlich anders verliefen. Obwohl sich in manchen Bereichen diese Aussagen mit den Erfahrungen politisch Verfolgter überschneiden, werden der Überschaubarkeit und einer gewissen Dramaturgie der Darstellung wegen hier nur Aussagen von solchen Personen vorgestellt, die durch den Rassebegriff und die Rassepolitik der Nationalsozialisten betroffen waren.

2.

In seiner Darstellung: "Die deutschen Juden 1914 - 1945" resümiert der israelische Historiker Mosche Zimmermann:

> "Zwischen 1914 und 1945 – in einer einzigen Generation – vollzogen sich in Europa, in Deutschland und innerhalb der jüdischen Bevölkerung Deutschlands traumatische Veränderungen."[2]

Die erste Epoche bezeichnet nach Zimmermann die vier Jahre des Ersten Weltkrieges, "der die Ordnung von 1871 und die bürgerliche Ordnung des 19. Jahrhundert überhaupt beendete." Die zweite Epoche umfasst die Zeit der Weimarer Republik, eine kurze Spanne von 14 Jahren, die die Verwirklichung der Emanzipationsträume der Juden versprach. Gleichzeitig jedoch wurde die antisemitische Bewegung politisch radikalisiert und barg damit das Ende aller Emanzipationsträume der deutschen Juden in sich. Die Zeit des Dritten Reiches war die Zeit der Aufhebung aller seit dem 19. Jahrhundert erkämpften Rechte der deutschen

2. Zimmermann, Mosche: Die deutschen Juden 1914-1945, (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Band 43), München 1997.

Juden, ihrer Vertreibung und schließlich ihrer physischen Vernichtung. Zimmermann bezeichnet die Geschichte selbst als traumatisch. Der psychologische Begriff des Traumas wird hier also gesellschaftswissenschaftlich verwendet. Geschichte wurde zur Bürde. Wodurch?

> "Ich kann mich noch genau an den 30. Januar 1933 erinnern. Meine Mutter kam in mein Zimmer, morgens, wie ich mich anzog, und sagte, dass Hitler gewählt worden war. Ich sollte in der Schule ruhig sein und nichts tun."

Solche und ähnliche Beschreibungen finden wir immer wieder:

> "Ich war vielleicht acht Jahre alt, 1933, wie die Nazis durch die Straßen marschiert sind, und wir im dunklen Zimmer saßen. Wir haben die Fenster zu gemacht. Ich hatte große Angst. Und dann haben meine Eltern immer gesagt, dass man auf der Straße mit niemanden sprechen soll."

Um die Kinder zu schützen, sollten sie ruhig sein, schweigen, nur nicht auffallen:

> "Ich erinnere mich, dass meine Mutter mir mal eine Schürze nähte und mein Vater wurde sehr böse, denn er meinte, sie würde zu viel Aufsehen erregen und sie wäre zu schick. Er meinte, man sollte keine Aufmerksamkeit durch Kleidung auf sich ziehen."

Gegen diesen Zwang, sich Wegducken zu müssen, gegen die Isolation suchen Kinder naturgemäß einen Ausweg:

> "Wie mein Onkel dann auswanderte, hatte er uns seine ganze Sammlung von Karl May Büchern geschenkt. Davon hatte ich jedes Buch, und das habe ich den Kindern erzählt. Dann kamen sie und wollten die Bücher borgen, ich war die Leihbibliothek für Karl May. Sie mussten nun anständiger Weise ein paar Worte mit mir sprechen. Das haben sie dann auch getan, allerdings nur ein, zwei Sätze, zum Beispiel: 'Wie weit bist du im

> Buch?', 'Ja, das Buch ist sehr schön!', aber sonst hätte niemand mit mir gesprochen."

Natürlich wünschen sich Kinder wie alle Menschen, zu einer Gruppe zu gehören, nicht draußen zu stehen:

> "Ich bin damals einmal zu meinem Großonkel Sanitätsrat gegangen, der ein schrecklich lieber Mensch war, und hab ihn gefragt, ob er mir ein Tropfen Blut ziehen würde von meinem Finger. Er hat mich gefragt: 'Warum, bist du krank? Tut dir was weh?' Daraufhin habe ich gesagt: 'Nein, ich will nur einmal, dass du das Tröpfchen Blut unter das Mikroskop tust und mir zeigst, wie mein Blut sich von dem anderer Kinder unterscheidet.' Er hat darauf gesagt: 'Das ist doch nur Nazi-Unsinn!' und hat versucht, mich zu trösten. Und dann erinnere ich mich daran, dass ich abends ins Bett gegangen bin, ich war dreizehn, und im Bett habe ich gebetet, dass ich morgens aufwachen würde und arisch sein könnte. Aber das passierte nicht, die Gebete haben nicht geholfen."

Eine besonders belastende Erfahrung machten Kinder in der Schule mit Lehrern, die nach der Machtergreifung die jüdischen Kinder direkt angriffen:

> "Das war im Sommer 1934. [...] Die allererste Stunde war Physik, und der Physiklehrer kam in einer braunen Uniform in die Klasse rein und hat die Hand erhoben und hat gesagt: 'Heil, deutsche Mädchen!' Worauf die Mädels dann die Hand erhoben haben und sagten: 'Heil Hitler!' Der Lehrer wusste ganz genau, wer ich war und hat gesagt: 'Nanny Eschelbacher, bist du ein deutsches Mädchen?' Das war ein unbeschreiblicher Zwiespalt, was sollte ich darauf antworten? Ich war vollkommen überrumpelt von dieser Frage und habe auch nicht drauf geantwortet...."

Andere Kinder reagierten schlagfertiger:

> "Ein Lehrer, den ich nie vergessen werde, war der Zeichen- und Turnlehrer, Herr Grotian. Ich hatte einen Mitschüler namens Lichtenstein und eines Tages ruft er ihn auf:'Lichtenschwein!' Entsprechend habe ich erwartet, dass er aus meinem Namen –

> Freundlich – irgendwann 'Unfreundlich' machen würde, und so geschah es auch einige Minuten später. Daraufhin habe ich ihm geantwortet: 'Jawohl, Herr Grobian!'"

Unberechenbarkeit und Willkür sind in allen diktatorischen Systemen typisch. Sie richteten sich in der NS-Zeit auch gegen die Kinder:

> "1938 fuhr ich als 16jähriger von England zurück, um meine Eltern zu besuchen, genauer: meinen Vater.... Ich war auf der Bremen. Ich musste dann zur Passkontrolle. Die Passkontrolle war auf dem Schiff. Und da war die Gestapo. Die Gestapo hat mir meinen Pass abgenommen und gesagt, dass ich mir den bei der Gestapo in Düsseldorf abholen muss. [...] Ich musste mich bei der Gestapo in Düsseldorf alle zwei Tage melden. Das werde ich auch nie vergessen. Mein Vater hat mich dort mit dem Auto hingebracht, hat unten warten müssen, und ich wurde dann vernommen. [...] Dann, eines Tages, ist mir gesagt worden, ich solle den und den Zug nehmen, an der Grenze würde mir der Pass übergeben. Ich bin also in den Zug gegangen, und genau in Emmerich kam ein SS-Mann, riss die Tür auf und rief: 'Freundlich!', zog den Pass aus dem Ärmel und schmiss ihn auf den Sitz."

Anders als der damals junge Erzähler wurden andere nicht mit der Situation fertig:

> "Das waren diese Dinge, wovon jeden Tag was anderes passierte. Sie waren doch schlimm genug, so schlimm, dass mein Vater daraufhin sein Leben beendete."

Eine andere Erzählerin beschreibt ihre Erfahrung mit einem eindrucksvollen Bild:

> "Eines Tages waren ich und zwei andere jüdische Mädchen ins Klassenbuch eingetragen worden mit irgendeinem Unfug, nichts Besonderes. Als die Klassenlehrerin dann am nächsten Tag den Tadel sah, hat sie gesagt, wir sollten aufstehen, die zwei anderen

> und ich, alle anderen saßen. Dann hat sie gesagt: 'Ihr müsst verstehen, dass ihr als Juden in Deutschland nur Gäste seid. Ihr gehört nicht hierher!' [...] Es hat mich furchtbar gekränkt, muss ich sagen, es ist genau so gewesen, wie wenn eine Liebesgeschichte zu Ende gegangen ist. Ich wusste dann, dass die Liebesgeschichte zu Deutschland vorbei war."

Und dann kamen die Abschiede:

> "Dann haben meine Eltern meinen Bruder nach England zur Schule geschickt. Das war das erste Mal, dass mein Bruder und ich nicht mehr zusammen waren, und da habe ich drei Tage lang geweint."

Dieselbe Erzählerin lässt uns teilhaben an ihrem Schmerz, den sie nach der Pogromnacht empfindet:

> "In der Kristallnacht, ungefähr eine Stunde später, kamen sie zurück, sie haben meinen Vater genommen und meinen Großvater. Mein Großvater war 80 Jahre alt und konnte nur mit dem Gehstock gehen. Aber er kam zwei Tage später zurück. Mein Vater war sechs Wochen weg. Und natürlich wussten wir nicht, wo er war. Dann saß ich, ich kann mich noch erinnern, ich saß bei dem Fenster, drei Tage lang, ich habe rausgeguckt und wollte nicht essen und hab' sehr geweint."

Und sie war ganz sicher, dass sie ihre Eltern nicht wiedersehen würde, als diese sie zum Bahnhof brachten, damit sie mit einem Kindertransport nach England reisen konnte. So ist es auch gewesen. Anders die Erzählung eines zum Zeitpunkt seiner Auswanderung etwas älteren Erzählers:

> "Wir sind in Bremen abgefahren. Ich kam mit meiner Mutter in Bremen an, und am ersten Hotel, das uns jemand genannt hatte, hing ein Schild an der Tür: 'Juden sind hier unerwünscht!' Dann haben wir ein anderes Hotel gefunden und haben dort übernachtet. Meine Mutter muss sehr unglücklich gewesen sein. Ich dagegen war sehr erregt, weil ich ausreisen konnte, weil ich aufs Schiff kam, ich war siebzehn Jahre alt. Ich habe

> meine Mutter in die Hotelbar hineingezogen, in der eine Kapelle die letzten, neuesten Schlager spielte: 'Ich tanze mit dir in den Himmel hinein, in den siebten Himmel hinein.' Daran kann ich mich noch erinnern. Und am nächsten Morgen hat mich meine Mutter auf das Schiff gebracht. Meine Mutter hat geweint und geschrieen: 'Klaus! Klaus! Klaus!' und hat geglaubt, sie würde mich nie mehr wiedersehen."

Ich vermute, dass der Erzähler diese Situation nie in Form einer fast fröhlichen Episode erzählt hätte, wenn es ihm nicht gelungen wäre, seine Mutter und seine Schwester nach Australien nachkommen zu lassen.

Für alle, die die Tage um den 9./10. November 1938 unmittelbar erlebten, war die Pogromnacht ein traumatisches Ereignis, insbesondere der physische Angriff auf die Eltern:

> "Ich erinnere mich noch, wie mein Bruder und ich die Kristallnacht erlebten. Wir haben unten geschlafen, meine Eltern oben. Wie die Nazis kamen, ich weiß nicht, ob es die SS oder die SA war, haben sie an die Tür geschlagen, wir waren kleine Kinder, ich war 11 Jahre alt, und wir haben sie reingelassen. Dann sind sie reingestürmt und haben die Zimmer durchsucht. Als erstes kamen sie in das Herrenzimmer, wo die anderen Leute gewohnt haben. Sie haben den Mann verprügelt. Ich seh' noch das Blut an der Wand. Die Frau hat eine Perücke getragen. Da stand sie ohne die Perücke da, das war für uns ganz schrecklich anzusehen. Dann haben sie nach meinen Eltern gesucht. Wir wollten nichts sagen, wir haben doch gesehen, was passiert ist. Dann haben sie meinen Bruder genommen und ihn gegen die Wand geschlagen, der war noch keine dreizehn. Dann haben wir endlich gesagt: 'Sie sind oben.' Daraufhin haben sie uns allein gelassen und sind nach oben gegangen. Meinem Vater haben sie ins Auge geschlagen und den Arm gebrochen. Meine Mutter hat das Fenster aufgerissen und angefangen zu schreien. Da sind sie weggelaufen."

Andere erinnern sich genau an die Akteure:

> "Eine halbe Stunde später kam der SA-Trupp in unser Haus, und angeführt wurde dieser Trupp von Willi, unserem Chauffeur. Als sie meine Mutter im Treppenhaus trafen, fragten sie nach meinem Vater. Meine Mutter sagte, er sei nicht da. Da sagte Willi zu einem seiner Helfer: 'Schmeißt das jüdische Schwein die Treppe runter!' Und sie warfen sie die Treppe herunter, und sie brach sich einen Arm."

Dieser Familie gelang die Auswanderung in die USA. Sie verließen am nächsten Tag mit dem Auto Düsseldorf und kehrten nie mehr zurück. In Stuttgart erhielten sie die amerikanischen Visa, die sie schon lange beantragt hatten. An der Grenze zu den Niederlanden, die sie mit sehr wenig Gepäck erreichten, erklärten sie dem Zollbeamten, dass sie einen Besuch bei einer bestimmten Familie im gegenüberliegenden Dorf machen wollten. Wenige Wochen später erreichten sie die Vereinigten Staaten. Ihr Leben dort begann, wie bei den meisten, ganz unten.
Nicht nur die Kinder schwiegen, auch in der jüdischen Gemeinschaft wurde über vieles Stillschweigen bewahrt:

> "Als die Oranienburg-Häftlinge da waren, so verängstigt und schrecklich aussehend, mit Wundbrand und Sepsis, sahen wir, dass einer überhaupt keine Finger mehr hatte. Der hatte nur noch streichholzähnliche Gebilde, die waren wohl erfroren. Einer hatte ein Loch im Kopf. Sie haben mit uns nicht gesprochen, sie wussten ja nicht, dass sie im Jüdischen Krankenhaus waren. Im Untersuchungszimmer sah ich einen Patienten auf der Bahre, und Schwestern und Ärzte standen um ihn herum, er hatte tiefe, schwarze Löcher von den Oberschenkeln bis zur Wade. Und das haben sie versucht zu stopfen mit Gaze. Der muss wohl mit Schaftstiefeln getreten worden sein, stelle ich mir vor. Es wurde aber darüber überhaupt nicht gesprochen, keiner sagte etwas."

Trotz allem, trotz der Erleichterung, blieb vor allen Dingen für die Älteren die Sehnsucht:

> "Ich war froh auf dem Schiff zu sein, es war am 5. August 1938. Ich bin in Grimsby angekommen, nach einer Nacht auf dem Meer, und fuhr dann weiter mit dem Zug. Ich kam dann in King's Cross an und fuhr weiter nach Victoria mit dem Bus. Als ich ausstieg, stand mein Bruder da an der Haltestelle, und ich war sehr erleichtert. Danach kam die Einsamkeit und die Sehnsucht nach Deutschland! Ich hatte etwas deutsche Erde mitgenommen."

Die Erzählerin konnte in einem Krankenhaus arbeiten. Die englischen Patienten brachten ihr die Sprache bei, indem sie ihr jeden Tag fünf Sätze aufschrieben. 1940 wurde sie auf der Isle of Man als feindliche Ausländerin interniert.
Für viele Kinder war das Leben in einer fremden Familie in einem fremden Land ein Alptraum:

> "Ich kam zu einer Schneiderfamilie und später in ein Kinderheim in Leeds. Im Kinderheim waren sie Chassidim, sie verprügelten mich und schmissen mich die Treppe hinunter, da musste ich raus. Ich wurde Schlosserlehrling und bin dann mit siebzehn als Freiwilliger zur Infanterie."

Zwar wussten sie nach dem Krieg, dass sie trotz allem zu den Glücklichen zählten, die überlebt hatten. Aber nicht nur fehlten die Eltern, sondern meistens fühlten sie sich einfach nicht angenommen, geschweige denn geliebt.[3] Die meisten Kinder aus den deutschen Großstädten kamen aus liberalen jüdischen Familien. Viele von ihnen hatten keine intensive religiöse Prägung erlebt. Entsprechend hing ihre Integration in einem jüdischen Kinder-

3. Sehr eindrucksvoll ist der Film zu diesem Thema von Mark Jonathan Harris (Drehbuch) und Deborah Oppenheimer (Produzentin): Into the Arms of Strangers. Stories of the Kindertransport, Warner Bros. Pictures 2000.

heim von der Ausrichtung der Mehrheit ab. In Frankreich wurden die Kinder voneinander getrennt: Die in assimilierten oder akkulturierten Familien aufgewachsenen Kinder, also die Mehrzahl von ihnen, blieben nicht mit den orthodox-jüdischen Kindern zusammen. In England war dies nicht unbedingt der Fall. Schlimmer aber war, dass die Flüchtlinge, wie schon erwähnt, nach Kriegsbeginn aus Furcht vor der sogenannten "5. Kolonne" interniert und zum Teil deportiert worden sind:

> "Sehen Sie, ich werde Ihnen nicht alles erzählen, aber die Fahrt auf der Atrick war grässlich. Nachher, in Kanada, kamen wir in ein Lager mit Stacheldraht in der Mitte, die Nazis auf der einen Seite und wir auf der anderen. Wir hörten diese Lieder. Wir waren da eingesperrt, das Ganze war zum Kotzen!"

Nicht alle Flüchtlinge wurden interniert, und mit der Zeit klärten sich die Dinge. Dann gab es die heute skurril anmutende Situation, dass aus einem feindlichen Ausländer ein freundlicher feindlicher Ausländer, "a friendly enemy alien" wurde. So wurden diejenigen bezeichnet, die noch keine britische Staatsbürgerschaft hatten, aber in der britischen Armee dienten. Nicht minder skurril muten Situationen an wie diese:

> "Eine Zeitlang war ich ein Hilfspolizist bei den Engländern. [...] Zu derselben Zeit, als ich die Engländer vor den Deutschen, und Italienern behütet habe, war mein Bruder in Curacao. Curacao wurde von den Engländern erobert, als die Deutschen nach Holland eingefallen sind, und sie haben meinen Bruder als Deutschen interniert. Ja, also, die beiden Brüder, bei derselben englischen Regierung, hier ist es der Wächter, und hier ist es der Gefangene – das ist das Paradox der modernen Zeiten."

Bedingt durch den Kriegsausbruch wurde die Kommunikation mit den Eltern entsprechend schwieriger. Offen über ihre Situation durften die Zurückgebliebenen nicht schreiben, denn Äußerungen über Schickanen konnten als Gräuelpropaganda gewertet

werden und damit als Verstoß gegen das Heimtückegesetz zu einer Anklage führen. Wie sie dieses Verstummen erlebten, beschreiben die überlebenden Kinder kaum. Sie haben vermutlich versucht, sich in der neuen Umgebung überhaupt zurecht zu finden. Das änderte sich, als die Nachrichten von der "Verschikkung" in den Osten ins Ausland dringen. Die Nachrichten über die nächsten Angehörigen waren viele Monate unterwegs. Dazu schrieb eine Vierzehnjährige aus England an ihren Bruder in Palästina:

> "Ich denke so oft an zu Hause, was sie wohl machen, und ob sie nach Polen geschickt worden sind. Soweit reicht meine Denkfähigkeit einfach nicht [...], wenn ich sie überhaupt wiedersehe. Aber das ist ja die Hoffnung. Kennst Du das von Heine?
> Ich hatte einst ein schönes Vaterland
> der Eichenbaum wuchs dort so hoch, die Veilchen nickten sanft
> – es war ein Traum –
> das küßte mich auf deutsch und sprach auf deutsch
> – (man glaubt es kaum, wie gut es klang) –
> das Wort: 'Ich liebe Dich' – es war ein Traum –
> Manchmal träume ich von dem Wiedersehen mit Euch allen, das heißt – sehr oft. Das Aufwachen ist das Furchtbarste, was man sich vorstellen kann, es ist ein solches Übermaß an Enttäuschung und Schmerz, dass es schon körperlich wehtut..."[4]

Die Schreiberin dieser Zeilen hat ihre deportierten Eltern nicht wiedergesehen, ebenso wenig die Geschwister, die in Indien und in Palästina lebten. Im April 1944 starb sie bei einem Bombenangriff auf London.

Andere versuchen nicht zurück zu schauen:

---

4. Moß, Christoph (Hrsg.): Briefe der Düsseldorfer Familie Glücksmann. Schicksal einer christlich-jüdischen Familie 1939-1945, Düsseldorf 2000, S. 78.

> "Es war nicht leicht für sie, aber sie hat nie geklagt. Sie hat nie zurück geschaut. Sie schrieb an ihre Mutter und an ihre Schwester und fragte nach Rezepten, weil sie nicht die einfachsten Dinge kochen konnte. Die Kochstunden, die sie in Berlin gehabt hatte, passten zu Cocktailparties. In einem einfachen, alten modrigen englischen Haushalt waren sie überflüssig."

Mit dem Nicht-Zurückschauen ist häufig der Verlust der Muttersprache verbunden:

> "Ich wollte gar keinen Menschen mehr um mich haben. Wir haben nie deutsch gesprochen, auch nicht untereinander. Im Krieg konnte man nicht deutsch sprechen. Ich denke nicht mehr in deutsch, und ich finde die Worte nicht mehr. Für mich ist es viel leichter, englisch zu sprechen. Mein Sohn liegt auf dem Boden vor Lachen, wenn ich deutsch spreche, und Schreiben ist schrecklich. Ich habe alles vergessen."

Es war eine Überlebensfrage, sich so schnell wie möglich im neuen Land zu integrieren. Dies gelang in erster Linie denjenigen, die in der zionistischen Jugendbewegung ihre Heimat gefunden hatten und deshalb nach Palästina/Israel ausgewandert waren, den Flüchtlingen, die nach Amerika gelangten, sowie nach dem Krieg auch Flüchtlingen in England, während viele aus dem zerstörten Europa weiter wanderten oder aus Südamerika nach Europa zurückkehrten. Einige wenige kamen aus politischer Überzeugung zurück:

> "1947/1948 wollte ich zurück nach Deutschland, um meine Schulausbildung zu Ende zu machen, Medizin zu studieren und den Sozialismus aufzubauen. [...] Man wollte, dass ich Personalpolitik an der Uni mache, das heißt, nicht Politik, sondern ich sollte zehn Kommilitonen bespitzeln. Ich sollte aussagen, ob sie ein Parteiabzeichen trugen und wie sie sich zu diesem Thema stellen. Ich habe gesagt, ich würde das nicht machen, das wäre Denunziation, das hätte man bei den Nazis gemacht, aber doch nicht bei uns! Und ich war so begeistert!

> 'Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt!'
> Das war so ein schöner Satz! [...] Es war so schlimm, man hätte sich das Leben nehmen können. Diese Enttäuschung war kaum zu bewältigen. Da hatte man solche Ideale und ist so betrogen worden!"

Die Alternative war eine weitere Flucht, die von Deutschland-Ost nach Deutschland-West, Jahrzehnte hat diese Verletzung eine größere Rolle gespielt als die Emigration. Erst in den letzten fünfzehn Jahren lässt diese Erzählerin die Erinnerung an ihre Vertreibung aus ihrer Heimat zu.
Diese Erinnerung hat sich bei anderen andere Wege gesucht:

> "Ich bin zum ersten Mal nach Düsseldorf 1976. Ich hatte mich Jahre vorher nach Düsseldorf gesehnt. Ich hab' oft in der Nacht geträumt, dass ich nach Düsseldorf komme, bis Düsseldorf, aber ich komme nie rein. Ich habe Düsseldorf in Erinnerung gehalten als eine herrliche Stadt, als ein Paradies. Mein Mann und ich kamen mit dem Auto, und gleich, als wir ankamen, fing mir das Herz an wehzutun, wie ich es Ihnen nicht beschreiben kann [...].
> Ich kann Ihnen eigentlich nicht sagen, warum oder wieso, aber wenn man solche Sehnsucht hat und sich solche Vorstellungen macht, und dann mit der Wirklichkeit konfrontiert wird ... Also, ich wollte nicht mehr bleiben, und wir sind sofort wieder abgefahren.
> Dann kam die Einladung 1987 von der Stadt, und dann hatte ich das nicht mehr, da konnte ich es objektiv sehen und habe mir alles angeguckt, aber es hat mich irgendwie nicht seelisch so berührt. Aber der erste Besuch in Düsseldorf war sehr schwer. Das ist so, als ob man etwas begräbt, Erinnerung, irgendetwas."

Gefragt nach ihren Erinnerungen an Düsseldorf, beschreiben viele einen ähnlichen Zwiespalt: Sie haben die Stadt als besonders schönen Ort in Erinnerung, an den sie nicht zurück können. Das hat auch mit einer anderen Erfahrung zu tun: Einem Verschwei-

gen und Beschweigen der Vergangenheit, mit dem die zurückkehrenden Besucher konfrontiert wurden:

> "Was mich am meisten verletzt hat, ist, wenn ich wiedergekommen bin, dass man gesagt hat: 'Das wussten wir nicht!' Was wussten sie nicht? Dass die jüdischen Nachbarn plötzlich nicht mehr da waren? Das wussten sie alle nicht? Vielleicht nicht, was am anderen Ende passierte, viele wussten das vielleicht nicht, das kann sein. Aber sie wussten nicht, dass einer verschwunden war?" Und dennoch bleibt etwas. "Durch meinen Akzent falle ich natürlich immer als Ausländer auf, und wenn ich gefragt werde, von wo ich komme, pflege ich zu sagen: I'm a German Jew.' Denn das bin ich ja wirklich. [...] Später unterließ ich das 'Jew', weil ich gemerkt habe, dass die Leute gar nicht daran interessiert waren. Also sag ich jetzt: I come from Germany.
> Sie kennen das deutsche Wort 'Entwicklungsjahre'. Der englische Ausdruck ist viel treffender: 'The formative years', also die Jahre von vierzehn bis achtzehn, in denen der Mensch wirklich geformt wird. 'The formative years' habe ich in Deutschland verbracht, und selbst, wenn ich nicht in einem Rabbinerhaus aufgewachsen wäre, wäre mir mein Judentum doch etwas Elementares gewesen."

3.

Die Personen, mit denen die Interviews geführt worden sind, haben zwar traumatisierende Erfahrungen gemacht, ob sie aber traumatisiert sind, vermag ich nicht zu entscheiden. Der eine oder andere der Erzähler wird solche Erfahrungen kennen, wie sie W.G. Sebald in seinem Roman "Austerlitz" seine Hauptfigur berichten lässt:

> "Es nutzte mir offensichtlich wenig, dass ich die Quellen meiner Zerstörung entdeckt hatte, mich selber, über all die vergangenen Jahren hinweg mit größter Deutlichkeit sehen konnte als das von seinem vertrauten Leben von einem Tag auf den anderen abgesonderte Kind: Die Vernunft kam nicht an gegen das seit jeher von mir unterdrückte und jetzt gewaltsam aus mir



> hervorbrechende Gefühl, verstoßen und ausgelöscht zu sein. Inmitten der einfachsten Verrichtungen, bei dem Schnüren der Schuhbänder, beim Abwaschen des Teegeschirrs oder bei dem Warten auf das Sieden des Wassers im Kessel überfiel mich diese schreckliche Angst. In kürzester Frist trocknete die Zunge, der Gaumen mir aus, so als läge ich seit Tagen schon in der Wüste, mußte ich schneller und schneller um Atem ringen, so begann mein Herz zu flattern, zu klopfen bis unter dem Hals, brach mir der kalte Schweiß aus am ganzen Leib, sogar auf dem Rücken meiner zitternden Hand, und war alles, was ich anblickte, umschleiert von einer schwarzen Uhr."[5]

In der Einschätzung dessen, was traumatisch sein mag, ist die Fachliteratur – bezogen auf die Überlebenden – nicht sehr hilfreich. Ich neige dazu, dem kanadischen Psychiater Robert Krell zu folgen, der erklärte: Nach den Erfahrungen eines Konzentrationslagers "normal" zu sein, sei verrückt. Was daher bemerkenswert erscheine und zu erforschen sei, so Krell, dass sich so viele Überlebende in das Nachkriegsleben eingefügt haben.[6]

In den Ausschnitten und hier vorgestellten Passagen aus Gesprächen werden verschiedene Erinnerungsorte und Gedächtnislandschaften genannt, auf die die Erzähler nicht mehr zurückgreifen können. Erinnerungsorte, wie Familie, wie Straßen und Plätze, Landschaften, Freundschaften wurden ihnen genommen. Traumatische Orte[7] wie Auschwitz, wie die Ghettos von Lodz,

5. Sebald, W. G.: Austerlitz, München 2001, S. 326-327.
6. Krell, Robert: Holocaust Survivors and their children. Comments on psychiatric teminology, Comprehensive Psychiatry 25, S. 521-528, zitiert nach: Kurt Grünberg: Liebe nach Auschwitz. Die zweite Generation, Tübingen 2000.
7. Vgl. dazu Assmann, Aleida: Erinnerungsorte und Gedächtnislandschaften, in: Hanno Loewy/ Bernhard Moltmann (Hrsg.): Erlebnis – Gedächtnis – Sinn. Authentische und konstruierte Erinnerung, Frankfurt/ New York 1996, S. 13-29.

Riga, Minsk, die Verstecke in den besetzten Gebieten, in den Klöstern von Belgien, in den Familien in Holland, sind hier gar nicht erfasst. Und das aus dem Grunde, weil der traumatische Ort eine Wunde ist, die nicht vernarben will. Haben wir das Recht, sie aufzureißen? Ich bezweifle das.
Denkbar, dass das Berühren der Wunde in der Familie erlaubt ist. Kehren wir noch einmal zurück zur Familie von Martin Goldsmith. Nach dem Tod der Mutter wurde die Beziehung der Söhne zum Vater immer schwieriger. Eines Tages lud Martin seinen Vater ein, ihn in Washington zu besuchen. Sie gingen in das United States Holocaust Memorial Museum. Der Vater nahm alles in sich auf und sprach sehr wenig. Am nächsten Tag kam er zu einem Interview in einer Radiostation. Dabei versuchte er, wie er es nannte, das Unerklärbare zu erklären. Plötzlich begannen Leute aus ganz Amerika, ihn anzurufen, um ihm zu sagen, dass sie von seiner Geschichte bewegt waren. Er war, seinerseits, gerührt von dem Interesse:

> "Nachdem er so lange mit seinen Gedanken und Erinnerungen in Stille gelebt hatte, war bei ihm das Gefühl der Isolation anderen Menschen gegenüber entstanden. Jetzt wandten sich diese Leute an ihn, und das hatte – für uns beide – eine Wirkung, die unser Verhältnis zueinander grundlegend veränderte. [...] Dadurch, dass er mich an seinem Leben teilhaben ließ, befähigte mich mein Vater, aus diesem Wissen ein großes Maß an Verständnis und Hoffnung zu schöpfen und für immer zu bewahren."

Möglicherweise ist ein Ergebnis unserer Beschäftigung mit dem individuellen Erleben einer ganz und gar traumatisierenden Zeit die Teilhabe an Geschichte; und das Wissen um diese Geschichte mag als Basis für das Verständnis einer Zeit dienen, aus der wir auch Hoffnung auf die zukünftige Gestaltung unserer Gesellschaft zu schöpfen vermögen.

"In Verteidigung der Entrechteten."[1] Partnerschaft mit traumatisierten Kriegsflüchtlingen

Heidi Meier-Menzel

Es war nicht erst der Völkermord in Bosnien, der uns mit traumatisierten Flüchtlingen konfrontierte. In den mehr als 20 Jahren Flüchtlingsarbeit, auf die ich zurückblicke, wurden mir immer wieder Menschen anvertraut, von denen man sagte, dass sie an Leib und Seele zerstört seien durch das, was sie in den Folterkellern der Diktaturen erlitten hatten. Dennoch, die bei uns eintreffenden Flüchtlinge aus den Krisenregionen Exjugoslawiens haben eine neue Dimension im Hinblick auf die große Anzahl von traumatisierten Opfern geschaffen. Ihr Erscheinen in unseren Sprechstunden seit 1992 hat große Betroffenheit ausgelöst. Nie zuvor waren wir mit einer so großen Zahl von Opfern konfrontiert, die nicht in der Lage waren für sich selbst einzutreten oder zunächst über das zu sprechen, was sie erlebt hatten. Es waren Gezeichnete, wie wir sie vielleicht in Reportagen über die Opfer des Nationalsozialismus gesehen hatten.
Es waren oft die schon länger in Deutschland ansässigen Verwandten, die sie zu uns brachten, selbst hilflos und unter Schock, weil sie ebenso wenig wie die eintreffenden Opfer zu erklären vermochten, was sich in ihrer Heimat ereignete. Sie waren überfordert mit der über Nacht über sie hereinbrechenden Verant-

1. Das Motto "In Verteidigung der Entrechteten" wurde dem 1995 vom Südosteuropa Institut veröffentlichten Band mit den Hilferufen Bischof Franjo Komaricas entliehen, in denen er die Weltöffentlichkeit ersucht, sie bei Völkermord und Entrechtung nicht im Stich zu lassen.



wortung für den Schutz so zahlreicher Familienangehöriger und deren psychischer Betreuung. Was war geschehen? Die Medien berichteten von einem Bürgerkrieg, die überlebenden Zeugen waren zunächst sprachlos; als sie sprachen, nannten sie es Völkermord.

Im Jahre 1992 begannen die Serben mit der Verwirklichung ihrer großserbischen Träume, in dem sie in einer perfekt vorbereiteten Aktion die nichtserbische Bevölkerung in Nord- und Ostbosnien aus ihren Häusern jagten, sie ausraubten, die Familien trennten, selektierten, die Männer zwischen 16 und 60 in die Vernichtungslager deportierten, alte Menschen und Kinder an Deportationsplätze brachten, wo sie sie in Waggons verluden und, wenn sie Glück hatten, über die Demarkationslinie brachten, oder in die Minenfelder trieben. Die jungen Frauen wurden von den Tschetniks in die Bordelle der umliegenden Städte verteilt. Das Muster, nachdem diese sogenannten "Ethnischen Säuberungen" stattfanden, war immer gleich. Die jugoslawische Nationalarmee umstellte die Stadt oder das Dorf und setzte die nichtserbische Bevölkerung unter gezielten Granatenbeschuss. Die Serben hatten zuvor die Stadt verlassen. Dann schickte man die paramilitärischen Einheiten hinein, die mit unvorstellbarer Grausamkeit die Menschen aus den Häusern holten, öffentlich mordeten, massakrierten, vergewaltigten und plünderten, um eine Massenpsychose auszulösen.

Der Auftakt für diese Infernos begann in Zvornik, danach wurde der Terror systematisch über ganz Nord- und Ostbosnien verbreitet. Prijedor, Foca, Doboj, Vishegrad sind Synonyme für den Genozid in Bosnien, Srebrenica stand erst am Ende. Bilanz: 250-300.000 Menschen starben, viele Tausende waren verletzt, 20.000 Männer sind immer noch verschollen, 9.000 Opfer, meist

Lagerhäftlinge, hat man bereits exhumiert. 1,2 Millionen Menschen wurden zu Flüchtlingen in den Angrenzerstaaten und Westeuropa, 600.000 Menschen leben heute noch als Binnenflüchtlinge in Bosnien unter unvorstellbaren Bedingungen. Es zeigte sich schnell, dass gerade die Überlebenden des Völkermordes aus Ost- und Nordbosnien sehr schwer ertrugen, dass hier in Deutschland das Leben seinen normalen Gang nahm, während in ihrer Heimat das Morden weiterging. Es gab Grenzen der Verständigung und des Einfühlungsvermögens zwischen jenen, die der "Hölle" entronnen waren und den Bezugspersonen in den Aufnahmefamilien. Vieles von dem, was die Geflüchteten berichteten, konnten letztere sich weder vorstellen, noch vermochten sie es zu glauben. Der Konflikt wurde nach kurzer Zeit spürbar. Die Aufnahmefamilien klagten über die selbstgewählte Isolation, in die die Betroffenen abtauchten, und jene über Einsamkeit und mangelndes Verständnis.

Für die Frauen war die Situation am schwierigsten. Viele verharrten noch sehr viel länger in ihrer Sprachlosigkeit. Sie konnten lange nicht über das sprechen, was ihnen widerfahren war. Noch immer standen sie völlig unter Schock. Scham über das Erlittene und Angst vor Stigmatisierung innerhalb der eigenen Familie oder Umgebung hinderten sie daran, ihre Verletzungen mitzuteilen. Ihre Hauptsorge galt zunächst den vermissten Männern, Brüdern oder Söhnen. Einige hatten schon von Nachbarn oder Freunden erfahren, dass ihre Männer in Lager verschleppt oder möglicherweise schon ermordet worden waren. Nur langsam begriffen die alleinstehenden Frauen, dass ihre Männer so schnell nicht in die Familien zurückkehren würden und sie deshalb selbst gezwungen waren, Arbeit aufzunehmen, um den Unterhalt für die Kinder zu bestreiten. Darin ermutigten wir sie und halfen mit, die Arbeitssuchenden an Arbeitsplätzen unterzubringen, in Al-

ten- und Pflegeheimen, in Mangelberufen mittelständischer Betriebe, die wir kannten, oder in der Gastronomie. Die Arbeit vermittelte den Betroffenen wieder ein erstes Stück Normalität in ihrem Leben, wofür sie dankbar waren.

Dann aber realisierten wir, dass die praktische Seite der Hilfestellung wohl der einfachste Part in der Begleitung dieser Menschen war. Allerdings wuchs durch sie ein Stück Vertrauen. Viele kamen jetzt nicht mehr, um Hilfe zu erbitten für den Umgang mit der Ausländerbehörde oder wegen anderer praktischer Probleme: Sie kamen unter dem Druck schwerer psychischer oder physischer Krankheitssymptome, deren Last sie zu erdrücken drohte. Nachdem die sogenannte äußere Integration weitgehend gelungen war, und die Betroffenen in ihrer Umgebung am Arbeitsplatz und draußen pseudonormal auftraten, zeigten sich die eigentlichen Symptome plötzlich mit aller Macht. Die Hilfesuchenden klagten über Schlafstörungen, hervorgerufen durch schwere Alpträume, in denen greifbar nahe die sie traumatisierenden Ereignisse immer wieder stattfanden, am Tage und auch in der Nacht. Diese "Erinnerungsflashbacks" werden als äußerst qualvoll empfunden und werden häufig ausgelöst durch visuelle Reize (Ähnlichkeiten in Gesichtszügen mit bestimmten Personen, Uniformen, Bärten oder Symbolen), akustische Reize, wie Stimmen, Schreie oder Abspielen bestimmter Lieder, durch Gerüche aller Art oder durch Reize taktiler Art, wie Berührungen, Körperbewegungen oder durch Gefühlszustände, die den erlebten gleichen. Diese auffälligste Form der Traumatisierung, unter denen viele bosnische und kosovarische Klientinnen und Klienten leiden, wird in der medizinischen Fachsprache mit Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) bezeichnet. Die Folge erlebter Traumata können auch Depressionen, Angsterkrankun-

gen oder psychotische Symptome sein. Nicht selten vermischen sich verschiedene Krankheitssymptome und oft treten gleichzeitig körperliche Symptome, wie starke Kopfschmerzen oder Magenbeschwerden auf. In den ersten Begegnungen fielen die Betroffenen durch apathisches Verhalten auf und saßen in unseren Sprechstunden stumm mit Blick auf den Boden gerichtet und reagierten auf Ansprache eher verschreckt und ängstlich. Angst, so stellten wir bald fest, war das beherrschende Element in fast allen Gesprächen. Sie war auch im Alltag vieler Klienten allgegenwärtig. Einige unter ihnen waren nicht mehr in der Lage ohne Begleitung auf die Straße zu gehen oder alleine zu Hause zu bleiben. Dies traf vor allen Dingen auf die Lagerhäftlinge aus den Vernichtungslagern und auf die Frauen zu, die monatelang in den serbischen und kroatischen Lagern und Bordellen eingesperrt waren. Uns war inzwischen klar, dass die Begleitung dieser leidgeprüften Menschen nichts mehr mit dem zu tun hatte, was man unter einer üblichen Sozialbetreuung für Flüchtlinge verstand. Wollte man Zugang zu diesen zutiefst verwundeten Menschen (Trauma = Wunde), so musste man sich ganz auf sie einlassen, indem man herausfand, was ihnen geschehen war und wer die Verursacher waren. Ich entschloss mich nach den ersten Berichten der Überlebenden des Völkermordes in Prijedor bei allen Betroffenen, die in meine Sprechstunde kamen, die persönliche Verfolgungs- und Leidensgeschichte aufzuschreiben und zu dokumentieren. Ich ging bereits 1992 davon aus, dass diese Dokumentation eines Tages politisch und zeitgeschichtlich wichtig sein könnte für die Aufklärung der an den Betroffenen begangenen Verbrechen. 1995 erfuhr ich dann, dass diese Maßnahme auch für unsere Klienten ausländerrechtlich von großer Bedeutung war, weil nach dem Friedensvertrag von Dayton die bosnischen "Bürgerkriegsflüchtlinge", wie man sie immer fälschlicherweise nannte,

zur Ausreise aufgefordert wurden, und nur jene bleiben durften, die aufgrund einer dokumentierten Traumatisierung in ärztlicher Behandlung waren. Meine Bereitschaft ihre traumatisierenden Erlebnisse schriftlich niederzulegen, stieß erstaunlicherweise bei der Mehrzahl meiner Klienten auf positive Resonanz.
Im Herbst 1992 brachte man uns die ersten überlebenden Lagerhäftlinge aus den Vernichtungslagern Omarska, Manjaca und Keraterm, die dem systematisch und wohlorganisierten Völkermord an den bosnischen Muslimen durch die Serben entronnen waren. Etliche unter ihnen erinnerten mich an Bilder aus dem KZ, die ich in Dokumentationen aus der Nazizeit gesehen hatte. Ich konnte nur schwer fassen, was mir da stockend unter großer physischer Anstrengung vorgetragen wurde. Für einzelne Dokumentationen benötigte ich mehrere Sitzungen, weil ich befürchten musste, die Betroffenen zu überfordern oder Retraumatisierungen auszulösen. Die Begleitung war eine Gratwanderung, bei der ich stets befürchtete abzustürzen. Neben meiner Bereitschaft zuzuhören und mich einzulassen auf die einzelnen Schicksale, versuchte ich mich schnell und umfassend über die politischen Hintergründe zu informieren. Dazu benutzte ich alle zur Verfügung stehenden Quellen. Die ersten Publikationen über den Völkermord in Bosnien, wie z. B. Roy Godmans Veröffentlichung "Völkermord für Großserbien", die bereits 1993 erschienen, bestätigten die Berichte der Flüchtlinge in unseren Sprechstunden. Bis Ende des Jahres 1993 kannte ich die Geschichte des Völkermordes in Nord- und Ostbosnien, wie in der durch die kroatischen Militärkräfte HVO ethnisch gesäuberten Herzegowina. Ich kannte die Namen der eingerichteten Lager und ihrer darin agierenden Folterknechte. Ich wusste, wo in der jeweiligen Stadt an welchem Platz deportiert wurde und kannte

das Muster und System der Vertreibung im Detail. Es war ein Schreckenskatalog, der sich aus meinen Dokumentationen zusammenfügte.
1993 kamen zu den Überlebenden in Nordostbosnien die Opfer der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ) aus den Konzentrationslagern in der Herzegowina dazu, wie auch Überlebende der an der muslimischen Bevölkerung verübten Massaker der HDZ. Ich hatte Menschen vor mir, die der Hölle entronnen waren und sich nicht freuen konnten darüber, dass sie noch lebten. "Warum habe ich überlebt und die anderen nicht?", sagten mir viele Lagerhäftlinge. Schuldgefühle stellten sich bei vielen ein, begleitet von einem entsprechenden Selbstwertverlust. Den erlittenen Demütigungsakten nicht widerstanden zu haben, vermittelte ihnen ein Gefühl der Unwertigkeit, mit dem sie nicht umgehen konnten und das sich deshalb immer mehr zu einer depressiven Grundstimmung verfestigte. Wenn man die Betroffenen nach ihrer Befindlichkeit fragte, fielen Begriffe wie Sinnlosigkeit, Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit, Leere, verbunden mit dem Wunsch, besser nicht mehr zu leben. Diese Aussagen wurden von den Analytikern als typische Anzeichen eines "Survival-Syndroms" bewertet, wie sie bei den NS-Opfern der Nazizeit 1981 in Holland diagnostiziert wurden. Uns war bewusst, dass hier medizinische und psychiatrische Hilfe von Fachleuten gefragt war, um den Alltag der Erkrankten erträglich zu machen. Die überlebenden Lagerhäftlinge waren nicht die einzige Gruppe von Traumaopfern in unserer Beratung. Eine weitaus größere Gruppe sollte uns in den folgenden Jahren sowohl praktisch, als auch mental beschäftigen. Ich spreche hier von der großen Anzahl an Frauen, die durch sexuelle Gewalt gedemütigt, geschändet und in ihrer Persönlichkeit als Frau schwer beschädigt wurden. Nach Jahren der Therapie wird ein großer Teil un-



ter ihnen von den Psychiaterinnen und Psychiatern als therapieresistent eingestuft. Dies bedeutet, dass trotz mannigfacher therapeutischer Anstrengung eine echte Hilfe nicht möglich war. Wer ihre Geschichten und ihre Qualen kennt, vermag einzuschätzen, dass es für sie kaum ein Entrinnen gibt vor jenen qualvollen Bildern, die ihnen ihre Demütigungsakte immer wieder vor Augen führen. Viele spüren die erlittene Folter noch heute physisch, werden verfolgt von den Gesichtern ihrer Vergewaltiger und erleiden bei der Wahrnehmung bestimmter Bilder oder Gerüche Angstattacken, gefolgt von Übelkeit und Erbrechen. Eine normale sexuelle Beziehung zu Männern ist ihnen zunächst unmöglich geworden.

Die Mehrzahl unter den Traumatisierten hatte den Glauben an Gott und die Menschen verloren, auch das Interesse an ihrem eigenen Leben. Dieses wurde auch immer wieder so verbalisiert. Schließlich wurden sie gezwungen, über Wochen und Monate mit anzusehen, wie man ihre Angehörigen und ihr Volk auf sadistische Weise zu Tode quälte. Folter oder die ungeheuerlichen Demütigungsakte, die viele erleiden mussten, hatten nicht nur das Selbstwertgefühl zerstört, sondern auch die persönliche Identität und die ihres Volkes. Dazu trug bei den bosnischen Muslimen auch noch der auf den Genozid folgende "Kulturozid" bei, der 1995 mit der Zerstörung aller bosnischen Kultur seinen Abschluss fand. Diese Befindlichkeit ließ sich nur dadurch restaurieren, dass man auch den in emotionaler Abwesenheit verharrenden Traumatisierten immer wieder zeigte, dass man sie ernst nimmt, an ihnen und ihrem Schicksal interessiert ist. Mit dieser allmählich wachsenden Partnerschaft zwischen den ersten Bezugspersonen in den Beratungsstellen und den Opfern wuchs ein kleines zartes Pflänzchen "Vertrauen", das im positiven Falle

durch die begonnene psychotherapeutische Behandlung in langjähriger und mühevoller Arbeit wieder rekultiviert wurde. Parallel zur psychiatrischen und therapeutischen Behandlung durch die Fachärzte war unsere Begleitung keineswegs unentbehrlich geworden.
Nach dem Ende der militärischen Auseinandersetzungen durch den Friedensvertrag von Dayton forderten die Ausländerbehörden zunächst alle bosnischen Flüchtlinge vor dem Hintergrund eines von der Bundesinnenministerkonferenz verabschiedeten Erlasses zur Rückkehr auf. Dies schien, oberflächlich betrachtet, zunächst plausibel, da die Kampfhandlungen mit Hilfe eines Nato-Einsatzes in Bosnien zwischen den verfeindeten Gruppen beendet schienen, vor denen man den Bürgerkriegsflüchtlingen Schutz geboten hatte. In zwei Phasen wollte man die 325.000 Flüchtlinge zurückführen, zunächst jene, die aus der von der Staatengemeinschaft geschaffenen bosnisch-kroatischen Förderation stammten, und dann jene, die aus der heute sogenannten "Republika Srpska" kamen oder aus der Herzegowina, wohin man als Angehöriger der jeweils verfolgten Ethnie (im ersten Fall als Muslim oder Katholik, im zweiten als Muslim oder Orthodoxer) nicht zurückkehren konnte. Allein die Vorstellung, an die Orte des Grauens zurückkehren zu müssen, ließ alte Ängste neu aufkommen, die partiell bewältigt waren durch die Distanz zum Tatort. Die Schrecken der Vergangenheit kamen 1996 nach den ersten Ausreiseaufforderungen erneut auf und führten bei einigen zu Retraumatisierungen.
Die Bundesregierung, die mit der Aufnahme einer so hohen Anzahl von Flüchtlingen aus Bosnien beispielhaft reagiert hatte, zerstörte diese großzügige Geste der Empathie und Menschlichkeit mit der "zwangsweisen Rückführung", die oft die Betroffenen unter erneuten Druck und vor eine verzweifelte Lage stellte. Nicht

wenige kehrten in Panik zurück ohne Registrierung, notgedrungen in eine Region, in der sie die ohnehin schon überfüllten Flüchtlingszentren zusätzlich belasteten. Zeitgleich erhielten die ersten Frauen unter unseren Klientinnen die Aufforderung, zu Exhumierungen in Bosnien zu erscheinen, weil ihre vermissten Männer auf den Vermutetenlisten der Ermordeten aus den gerade geborgenen Massengräbern standen. Viele waren dazu gar nicht in der Lage. Sie scheuten die Konfrontation mit dem Tatort und fürchteten, dort auf Täter oder Zeugen der an ihnen begangenen Verbrechen zu stoßen. Sie fürchteten auch, der Realität ins Auge zu sehen und zur Kenntnis nehmen zu müssen, dass ihre Männer nicht nur vermisst, sondern tot waren. Um die Situation besser beurteilen zu können, begleitete ich einige Frauen zu den Exhumierungen. Nachdem ich selbst erfahren hatte, was für eine grausame, psychisch belastende Prozedur dies für die Witwen war, hatte ich Verständnis für das Anliegen einiger Frauen, sich damit nicht konfrontieren zu wollen. Die so erfolgte Konfrontation mit der Vergangenheit des Völkermordes machte ein Nachdenken über eine mögliche Rückkehr dorthin völlig unmöglich.
Als Resultat stürmten viele unsere Weiterwanderungsabteilung, weil ihnen dies das geringere Übel in Hinblick auf eine erzwungene Rückkehr schien. Für die Mehrzahl ging es um Neuansiedlung, vom UNHCR als Modell des "relocation" propagiert, das sich später als ad absurdum führen ließ, da die Menschen an den Orten an denen sie neu angesiedelt wurden, wirtschaftlich nicht überleben konnten. Auch eine große Anzahl traumatisierter Kriegsflüchtlinge verließ verzweifelt die Bundesrepublik in Richtung Amerika. Diejenigen, die gerne und wirklich freiwillig gingen, stellen eine Minderheit dar. Die Bosnier sprachen von der Rückführung wie von einer zweiten Vertreibung. Anfang 1996

wurde den bosnischen Kriegsflüchtlingen die bislang ausgestellte Aufenthaltbefugnis genommen und in eine Duldung umgewandelt. Mit den psychiatrischen Gutachten konnten wir dann für die Betroffenen auf Grund einer verordneten psychiatrischen Behandlung zunächst für jeweils 2-3 Monate, später 6 Monate, eine Verlängerung der Duldung erhalten, die den Traumatisierten einstweilen zwar Schutz vor Abschiebung bot, aber die stabilen Lebensbedingungen versagte, die als Voraussetzung für die Heilung posttraumatischer Belastungsstörungen der Patienten notwendig sind. Hinzu kamen in regelmäßigen Abständen die Überprüfungen der psychiatrischen Gutachten beim Gesundheitsamt, die in höchstem Maße belastend waren für die Betroffenen, da sie letztendlich darüber entschieden, wer bleiben durfte. Von panischer Angst erfüllt sahen viele diesen Terminen entgegen und benötigten für den Gang dorthin unseren Beistand. Die ausführliche Begutachtung durch Fachärzte und das Zentrum für Folteropfer in Ulm und deren Akzeptanz durch die Ausländerbehörden sowie die sich daran anschließende therapeutische Begleitung schuf dann die Voraussetzung für ein weiteres Bleiberecht der traumatisierten Kriegsflüchtlinge.
Nach jahrelangem Ringen konnten wir im vergangenen Jahr für die traumatisierten Bosnierinnen und Bosnier eine Bleiberechtsregelung erhalten. Damit sind die sozialpsychiatrischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Therapie geschaffen. Einige der Betroffenen werden in der Lage sein einen Neuanfang zu machen, nachdem der ungeheure Druck, der auf ihnen lastete, wegfällt. Für andere war dies nur eine momentane Befreiung. Mehr als ein Drittel der Betroffenen leidet in der Zwischenzeit an einer chronischen PTBS; ihre Erkrankung kann je nach Anlass immer wieder ausbrechen. In den Monaten nach Ausstellung der erlösenden Aufenthaltsbefugnis hatte ich bereits fünf schwere Fälle



von Retraumatisierungsschüben und nach wie vor eine große Anzahl Männer und Frauen, die nicht in die Normalität zurückfinden können, weil sie das Trauma immer wieder einholt.
Gerade die Ereignisse nach dem 11. September und die darauf folgenden öffentlichen Diskussionen über Muslime haben bei vielen traumatisierten Bosnierinnen und Bosniern erneut massive Ängste ausgelöst. Wie lange diese jeweils Betroffenen psychiatrische Hilfe benötigen, ist schwer zu prognostizieren. Eines steht allerdings fest: Die Mehrzahl unter den Traumaopfern wird lebenslänglich auf unsere Anteilnahme und unser Verständnis angewiesen sein, weil sie nicht vergessen können, was sie gesehen, erlebt und erlitten haben. Aber für ihre Gesundung ist auch wichtig, dass die Gesellschaft sie als Opfer wahrnimmt und als Opfer anerkennt. Dazu gehört auch, dass wir auf politischer Ebene die Schuldigen, nämlich die Architekten des Völkermordes und die Täter, zur Rechenschaft ziehen und sie nicht gewähren lassen, wie dies in Bosnien leider an vielen Orten immer noch geschieht.
Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Bosnien und im Kosovo sind nicht nur auf das Phänomen Milosevic zu reduzieren, genauso wenig wie die Verbrechen des 3. Reiches im Nazideutschland nur mit Hitler zu erklären sind. Ohne die aktive und passive Beteiligung weiter Kreise der serbischen Bevölkerung wäre die planmäßige Organisation und Umsetzung von Völkermord und Vertreibung nicht möglich gewesen. Auch heute gibt es dort noch kein Schuldbewusstsein, sondern allenfalls Anstrengungen, die Spuren der Verbrechen zu beseitigen.
In Nordbosnien z. B. kann man von einer Zementierung des Unrechts sprechen. Die an den Opfern begangenen Verbrechen wurden auch zehn Jahre danach nicht geahndet. Ermittlungen gegen die Täter werden behindert und die Opfer bei Anzeigen er-

neut eingeschüchtert. Die Rückgabe des gestohlenen und beschlagnahmten Eigentums wird vorsätzlich verzögert, die durch den Friedensvertrag von Dayton garantierte Rückkehr in die Heimat erschwert und unmöglich gemacht durch ein System der Apartheid, das dem oder der Vertriebenen nach wie vor jedes Grund- und Menschenrecht in der Praxis vorenthält. Die internationale Staatengemeinschaft, die für den Aufbau eines neuen Rechtssystems und dessen praktische Umsetzung zuständig ist, resigniert offensichtlich an dieser Stelle. Zu vielfältig sind die Herausforderungen, vor denen sie angesichts des fehlenden Unrechtsbewusstseins der Täter steht. Die Mehrzahl der Opfer wird deshalb ihre Rehabilitierung nicht erleben und fühlt sich daher von der aktuellen Politik und ihren Verantwortlichen im Stich gelassen. Dies wirkt sich zwangsläufig negativ auf die Therapie und auf das zerstörte Selbstwertgefühl der traumatisierten Opfer aus, die sich als Mensch nicht wahrgenommen fühlen. So werden nach meiner Einschätzung die meisten der jetzt mit einem Bleiberecht in Deutschland ausgestatteten Flüchtlinge in der nächsten Zeit nicht zurückkehren. Als Heimat empfindet man nicht mehr, wo die Nachbarn zum Vergewaltiger, die Freunde zu Mördern wurden oder zu untätigen Zeugen böser Taten. Heimat ist, wo man auf Menschen trifft, die einen als Menschen respektieren, wo man in seiner eigenen Identität angenommen wird und die Möglichkeit erhält, eine Existenz aufzubauen und seinen Kindern eine angstfreie Zukunft zu gewähren.
Als einen solchen Ort empfinden eine große Anzahl meiner bosnischen Klientinnen und Klienten Deutschland und unsere Stadt Karlsruhe. Darüber freue ich mich, ja darüber bin ich stolz als Repräsentantin eines Landes, das im letzten Jahrhundert Ausgangspunkt von Massenmord und Vertreibung war. Auch hier hat es uns die Politik nicht leicht gemacht. Die europäische Öffentlich-

keit hat dieses dunkle Kapitel des Genozids in Bosnien verdrängt, um mit dem eigenen Versagen zurechtzukommen. Ich möchte deshalb herzlich all jenen Menschen in dieser Stadt danken, die sich für den Schutz der traumatisierten Flüchtlinge eingesetzen und uns auf dem mühsamen Weg zu einem Bleiberecht nicht allein gelassen haben.

Bleibendes Engagement im Kampf gegen den Terrorismus[1]

Patrick W. Syring

2001 war ein Jahr, an das sich die Amerikaner immer erinnern werden. Wir haben schwere Verluste erlitten, und wir haben zu einer neuen Geschlossenheit gefunden. In den Tagen nach den schrecklichen Ereignissen vom 11. September haben die Deutschen mit Worten, Blumen, Kerzen, Spenden und mit ihren Herzen von ihrer Zuneigung und Unterstützung für Amerika in dieser schwierigen Zeit gesprochen. Die amerikanische Botschaft in Berlin und die Generalkonsulate in ganz Deutschland haben zahllose Zeichen der Unterstützung und Ermutigung erhalten. Wir waren alle zutiefst berührt von dieser Reaktion unserer deutschen Freunde. Ihre Reaktion auf die Tragödie hat wieder einmal die Bande der Freundschaft bestätigt, die unsere beiden Nationen einen. Diese Freundschaft und diese gegenseitige Unterstützung werden für den Erfolg unseres gemeinsamen Kampfes gegen den Terrorismus entscheidend sein.

Wir blicken traurig und stolz auf das Jahr 2001 zurück. Wir wurden angegriffen und haben schnell und besonnen reagiert. Das Jahr 2002 wird unser bleibendes Engagement im Krieg gegen den Terrorismus erfordern. Wir wissen nicht, wie lange dieser Kampf dauern wird. Terrorismus bleibt auch weiterhin die größte Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit. Wie Präsident Bush sagte,

---

1. Der Text ist die schriftliche Form des Vortrags, der am 16. 2. 2002 gehalten wurde. Er bezieht sich dabei auf den Stand der politischen Entwicklungen zu diesem Zeitpunkt. (Die Herausgeberin)

> "werden wir den Terrorismus verfolgen, wo auch immer er existiert und so lange es auch dauern mag."

Die Vereinigten Staaten haben sich mit Staaten der ganzen Welt zusammengeschlossen, um ein globales Terroristennetzwerk gemeinsam und nachhaltig zu definieren und zu zerstören. Die Welt hat sich zusammengeschlossen, um einen neuen und andersartigen Krieg zu führen. Einen Kampf gegen alle, die den Terrorismus exportieren wollen, einen Kampf gegen alle Regierungen, die Terroristen unterstützen oder ihnen Zuflucht gewähren. Seit dem Tag nach den Terroranschlägen war die Unterstützung Deutschlands für den globalen Feldzug zur Bekämpfung des Terrorismus uneingeschränkt und unerschütterlich. Gemeinsam mit unseren anderen europäischen NATO-Partnern erklärte Deutschland zum ersten Mal den Bündnisfall – die im Washingtoner Vertrag enthaltene Klausel "alle für einen und einer für alle".

In diesem Feldzug gegen den Terrorismus wahren die Vereinigten Staaten und ihre Partner die Werte von Toleranz, Vielfalt und Religionsfreiheit – und kämpfen gegen den Fanatismus und Hass von Organisationen, die diese Werte zerstören und missachten wollen.

> "Unser Kampf gegen den Terrorismus hat nichts mit unterschiedlichen Glaubensrichtungen zu tun",

erklärte Präsident Bush.

> "Vielmehr kommen Menschen aller Glaubensrichtungen zusammen, um sich dem Hass, dem Bösen, Mord und Vorurteilen zu widersetzen."

Ungefähr sieben Millionen US-Einwohner sind Muslime; Rede- und Religionsfreiheit sind das Kernstück der amerikanischen

Identität. Die Vereinigten Staaten können ihrerseits auf ihre langjährigen und unermüdlichen Bestrebungen verweisen, für Israel und die Palästinenser Frieden mit Sicherheit und Gerechtigkeit herbeizuführen. Die Vereinigten Staaten können außerdem auf ihre unbestreitbaren Bestrebungen verweisen, die muslimische Bevölkerung und die muslimischen Nationen gegen Invasion und ethnische Säuberung zu verteidigen – von Kuwait und Saudi-Arabien am Golf bis zu Bosnien und dem Kosovo auf dem Balkan.

Diese weltweite Kampagne gegen den Terrorismus erfordert von uns den Einsatz aller Instrumente nationaler und internationaler Überzeugungskraft – Diplomatie, Nachrichtendienste, Strafverfolgungs- und Finanzbehörden sowie des Militärs. Dies hat viele Gesichter.

In Afghanistan haben amerikanische Truppen mit Unterstützung der Koalition Militärschläge durchgeführt mit dem Ziel, das Terrornetzwerk der Al Qaida und ihrer Taliban-Anhänger zu zerstören. Internationale Hilfsorganisationen haben Nahrungsmittel, Medikamente und Unterkünfte für die afghanischen Flüchtlinge ins Land gebracht, die unter der von den Taliban verursachten humanitären Katastrophe leiden. Eine Menge jedoch bleibt in Afghanistan noch zu tun, um auch die letzten Reste von Al Quaida und den Taliban auszumerzen und bei der Stabilisierung und dem Wiederaufbau des Landes zu helfen.

Strafverfolgungsbeamte nehmen mutmaßliche Terroristen fest. Wir haben die größten, umfassendsten polizeilichen Ermittlungen der Weltgeschichte in die Wege geleitet, um die Mörder des 11. Septembers zu identifizieren und weitere Terroranschläge zu verhindern. FBI-Agenten unternehmen mit ihren internationalen Kollegen weltweite Anstrengungen, um Terrororganisationen aufzuspüren, zu trennen und zu zerschlagen. Als eines der ersten Länder hat Deutschland gemeinsam mit den Vereinigten Staaten

Ermittlungen durchgeführt. Die Zusammenarbeit zwischen dem FBI und der deutschen Polizei ist weiterhin hervorragend. Regierungsbehörden haben die Konten von Terroristen und ihren Anhängern eingefroren. In den USA verstärken wir unsere Verteidigung gegen Terrorangriffe, während wir unsere verfassungsmäßigen Freiheiten wahren. Aber die Vereinigten Staaten werden auch nicht zulassen, dass der Schatten des Terrorismus ihre Bestrebungen vereitelt, andere außenpolitische Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzusprechen.

Die Koalition hat es uns jedoch erlaubt, neue und ehemals undenkbare Dinge zu tun und völlig neue Beziehungen aufzubauen – in Südwestasien und in Russland. Historische Schritte sind auch in Deutschland unternommen worden. Es ergeben sich im 21. Jahrhundert neue Möglichkeiten, demokratisches Verständnis, freies Unternehmertum, freie Marktwirtschaft und die Rechte des Einzelnen zu fördern sowie die Bedeutung von Werten wie Vielfalt, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit, Rede- und Religionsfreiheit und die friedliche Koexistenz von Meinungsunterschieden zu betonen.

Die Wiederkehr der Politik und der Kampf der Kulturen[1]

Hans Vorländer

Schnell ist deutlich geworden, dass die terroristischen Angriffe auf New York City und Washington D. C. einen tiefen Einschnitt im Bewusstseinshaushalt der westlichen Gesellschaften markieren. Nichts ist mehr so, wie es bis zum 11. September 2001 gewesen ist – die Semantik des Unfassbaren artikuliert den Bruch im Fühlen und Denken der Zeitgenossen, die fast alle zu Zeitzeugen wurden. Die Erschütterung ist nachhaltig, und die Ungewissheit hat Zuversicht und Hoffnung verdrängt. Es können Parallelen zu anderen, weit zurückliegenden Ereignissen gezogen werden, die seinerzeit als "Geschichtszeichen" gedeutet und als Epochenbruch empfunden wurden.

Das Erdbeben in Lissabon vom 1. November 1755 erschütterte den Fortschrittsglauben der Aufklärung. Erst die Französische Revolution konnte dann wieder von Immanuel Kant als ein Zeichen des Fortgangs zum Besseren interpretiert werden und den Königsberger Philosophen zur "Teilnahme dem Wunsche nach" anregen. Goethe sah von der Kanonade von Valmy eine neue Epoche der Weltgeschichte ausgehen – "und Ihr könnt sagen, Ihr seid dabeigewesen", so erklärte Goethe seinen anwesenden Kameraden am Abend des 20. September 1792 in der Champagne. Und die Schüsse von Sarajevo, die am 28. Juni 1914 den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand töteten, lösten nicht nur den Ersten Weltkrieg aus, sondern waren der Auftakt

1. Erstabdruck in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Nr. 52/53, 21./28. Dezember 2001.

für ein "Zeitalter der Extreme", wie Eric Hobsbawm später die Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts deuten sollte.
Worin besteht der Einschnitt, der Zeitenbruch, das Geschichtszeichen? Nach 1989, nach dem Ende des Kalten Krieges, schien sich für eine kurze Zeit die Möglichkeit eines "ewigen Friedens" (Kant) am Horizont eines unruhigen Jahrhunderts abzuzeichnen. Die liberale Demokratie hatte den Triumph über ihren sozialistischen Antipoden davongetragen – was Francis Fukuyama veranlasste, vom "Ende der Geschichte" zu sprechen. "Was wir heute erleben", behauptete Fukuyama,

> "ist vielleicht das Ende der Geschichte als solcher, das heißt der Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit und die Universalisierung der westlich-liberalen Demokratie als definitiver Regierungsform des Menschen."[2]

Der große Konflikt schien vorüber, alle Gesellschaften bewegten sich nun auf das Ordnungsmodell der liberalen Demokratie zu, der Kampf um die großen, trennenden Ideen und Ideologien gehörte der Vergangenheit an, die Zukunft würde nur noch die pragmatische Lösung beherrschbarer, nicht jedoch existenzieller Probleme kennen. Fukuyama irrte gewaltig. Seine Harmonieerwartung, seine Vermutung, die ganze Welt werde dem liberaldemokratischen und kapitalistischen Entwicklungspfad folgen, trog und erweckte falsche Vorstellungen – ganz abgesehen davon, dass hier eine einseitige Hegel-Interpretation den analytischen Blick auf die politische Realität getrübt hatte. Was für die westliche Welt gelten mochte, sich 1989 und 1990 auch auf die mitteleuropäischen Transformationsgesellschaften zu erstrecken schien, das wurde schon sehr schnell nach 1990 auf dem

2. Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte, München 1992.

Balkan widerlegt. Und erst recht konnte es nicht für die nichtwestliche Welt gelten. Kulturelle und religiöse Konfliktlinien traten schnell an die Stelle der alten ideologischen Grabenkämpfe. Das Ende der Ost-West-Spaltung bedeutete eben nicht das Ende globaler Konflikte. Nur die Hybris einer exklusiv euro-amerikanischen Weltsicht konnte dieser trügerischen Illusion aufsitzen. Der 11. September war der Tag, an dem die letzten Reste dieser süßen Träume jäh ihr Ende fanden.

Der Schock sitzt nicht nur wegen der großen Zahl der Opfer so tief. Es ist die Durchführung der terroristischen Schläge, ihre logistische Perfektion und medienwirksame Inszenierung, die Verunsicherung und Traumatisierung nachhaltig bewirkt haben. Der zivilisatorische Alltag, von einem lebensweltlichen Grundvertrauen getragen, erscheint nun fragil und verletzlich. Der Gegner aber ist unsichtbar, seine Anschläge werden aus der Mitte der eigenen Gesellschaft verübt. Es sind nicht Staaten, die offen den Krieg erklären, sondern unspezifische, anonyme Gruppen, die aus religiösen und kulturellen Motiven die Gesellschaften bekämpfen, in denen sie selbst, zumindest zeitweise, leben. Dass diese Menschen keine Angst vor dem Tod haben, macht sie nicht nur gefährlich, sondern gänzlich unkalkulierbar. Gotteskrieger fügen sich nicht in die Diesseitigkeitsreligionen der westlichen, säkularisierten Zivilisation. Anschläge, die aus der Mitte der Gesellschaft verübt werden, sind auch nicht mit traditionellen Mitteln zu verhindern oder zu bekämpfen. Sie entsprechen nicht dem Muster, nach dem Auseinandersetzungen zwischen Staaten ablaufen. Das "realistische" Paradigma internationaler Politik rechnet in Machtkalkülen von Staaten und Staatengruppen und ihren Versuchen, Macht zu akkumulieren, um durch Abschreckung oder die Schaffung eines Gleichgewichts Konflikte gar nicht erst entstehen zu lassen oder aber sie zu begrenzen. Usama Bin

Laden und seine bezeichnenderweise "Netzwerk" genannte Organisation Al-Qaida sind, auch wenn sie Schutz oder Unterstützung von einzelnen Staaten genießen mochten, keine staatlichen, sondern gesellschaftliche, transnationale Akteure. Auch wenn der Afghanistankrieg zunächst anderes nahe legen mag – mit bellizistischen Formen der Konfliktlösung wird der Kampf gegen den Terrorismus auf Dauer nicht zu gewinnen sein.
Es ist nicht ohne Ironie, dass der global agierende Terrorismus die Grenzen der Globalisierung deutlicher zu markieren in der Lage ist, als es die Gegner der Globalisierung bislang zu tun vermochten. Mit dem 11. September kommt die Politik zurück und wird der nationale Staat wieder aufgewertet. Zuvor mochte es so scheinen, als könnte die ökonomische und technologische Globalisierung Politik und Staat zum Verschwinden bringen. Was Karl Marx für den Kommunismus fälschlich prognostiziert hatte, schien die Globalisierung gründlich zu erledigen: das Absterben des Staates und das Abdanken der Politik. Die Politik hatte sich ihrer Steuerungs- und Interventionsmöglichkeiten auf den internationalen, regionalen und globalen Märkten begeben, und wo Politik notwendig wurde, da entzog sie sich den territorialen Grenzen des Nationalstaates als dem legitimen und demokratischen Handlungsrahmen des Politischen und "passierte" irgendwo im transnationalen Niemandsland. Nicht nur, dass nun Staaten ihre alten Kontrollfunktionen auf den Finanzmärkten neu zu etablieren suchen, es ist vor allem die Schutz- und Sicherungsaufgabe des Staates gegenüber seinen Bürgern, die zu seiner Renaissance führen.
Der neuzeitliche Staat war angetreten, Frieden und Freiheit nach innen und außen zu sichern. Insofern ist es immer der "Ernstfall", wenn der Staat Leben und Sicherheit seiner Bürger nicht gewähr-

leisten kann. Es ist die Hobbes'sche Problemstellung, die aber auch von den anderen Vertragstheoretikern, von John Locke und Immanuel Kant, übernommen worden ist. Bürger schließen sich zu einem Staat zusammen, weil sie selbst, im so genannten Naturzustand, ihr Leben, ihre Freiheit, ihren Besitz nicht wirksam und auf Dauer zu schützen in der Lage sind. Erst die Etablierung eines staatlichen Gewaltmonopols, mit der Befugnis, physische Zwangsgewalt einzusetzen, um Recht und Gesetz aufrechtzuerhalten, garantiert den Schutz des Bürgers, was diesen wiederum zum Gehorsam gegenüber Recht und Gesetz verpflichtet.

Nach dem 11. September rückt dieser Zusammenhang wieder stärker in den Vordergrund. Die existenzielle Schutzfunktion des im nationalen Rahmen organisierten Staates ist notwendig, weil auch das internationale System bislang nicht die Sicherheit bietet, die der Bürger vom Staat füglich erwarten kann. Auch globale Menschenrechtserklärungen bedürfen einer Sanktionsgewalt, um durchsetzbar zu werden. Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen oder völkerrechtliche Vereinbarungen wie die zur Errichtung einer internationalen Strafgerichtsbarkeit arbeiten zwar an einem einheitlichen, sanktionsbewehrten Menschenrechtsstatus, aber sie benötigen, um wirksam zu sein, die Zustimmung der internationalen Staatengemeinschaft. Das aber ist, vor allem im Konfliktfall, immer wieder fraglich und beeinträchtigt so die Handlungsfähigkeit einer international abgestimmten und tätigen Sanktionsgewalt. Ein globaler Leviathan, der wie ein Weltstaat in der Hobbes'schen Logik aus der Anarchie des internationalen Naturzustandes erwachsen könnte und dann von seinem exklusiven Gewaltmonopol Gebrauch machte, ist gleichermaßen unrealistisch wie auch bedrohlich. Und ein internationaler Hegemon, die Dominanz nur einer Macht, ist kein Garant für die Gewährleistung universaler Menschenrechte, weil



ihn seine Vormachtstellung von den Zwängen multilateraler Konsensherstellung entbindet, dafür aber den Verlockungen unilateraler Interessendurchsetzung ausliefert. So bleibt vorerst nur ein mittlerer Weg, den auch Kant bei seinen Vorstellungen über den "ewigen Frieden" realistischerweise glaubte einschlagen zu müssen, nämlich den – nationalen – Staat als Rechtsstaat zu begründen und von dort die Etablierung und Anerkennung eines Weltbürgerrechtes zu befördern. So rückt der 11. September die existenzielle Schutzfunktion des Staates für seine Bürger wieder nach vorne – schafft damit aber auch ein neues, altbekanntes Problem.

Die Wiederkehr der Politik im Sinne einer Revitalisierung staatlicher Schutzfunktionen ist ambivalent. Denn es geht ja zunächst nicht darum, den demokratischen Partizipations- und Entscheidungsprozeduren den Raum zurückzugeben, der mit der Auswanderung der Probleme in den transnationalen Bereich im Zuge der Globalisierung verloren gegangen ist. Die Wiederkehr der Politik im Zeichen des Ernstfalls bedeutet immer eine Stärkung der Exekutive. Man muss nicht so weit gehen, um mit Carl Schmitt festzustellen, dass sich erst im Ausnahmezustand herausstellt, wer souverän ist. Dass aber in Zeiten von terroristischer Bedrohung und militärischer Einsatzplanung die politische Führung die Prämie des Machtgewinns davonträgt, ist historisch belegt und wird durch aktuelle Entwicklungen unmittelbar evident. Der Sicherheitsstaat läuft immer Gefahr, genau jene freiheitlichen und demokratischen Grundlagen auf's Spiel zu setzen, zu deren Sicherung er eingerichtet wurde. So hat der 11. September einen radikalen Themenwechsel bewirkt. Hatte das Thema der Globalisierung in den neunziger Jahren die Agenda bestimmt und die Befreiung der Ökonomie aus den Fesseln der Politik zum

Pflichtprogramm gemacht, so scheinen sich nun Politik und nationaler Staat den verloren gegangenen Primat zurückzuerobern – von new economy zu old politics.
Der 11. September setzt aber auch eine These wieder auf die internationale Tagesordnung, die schon früher, nach den friedlichen Revolutionen von 1989/90 und dem Ende des Kalten Krieges, die Gemüter, mehr noch die internationalen Diskursgemeinschaften von Intellektuellen, Wissenschaftlern und Publizisten beunruhigt hatte: jene vom Kampf der Kulturen. Bemerkenswerterweise wird auch heute wieder die These Samuel Huntingtons, nicht zuletzt wegen ihrer politischen Brisanz und ihres vermeintlichen Charakters als self-fulfilling prophecy, abgelehnt. Eine aus politischer Besorgnis motivierte Zurückweisung Huntingtons aber greift entschieden zu kurz. Es kann nicht sein, was nicht sein darf – das war schon immer kurzsichtig, vor allem aber analytisch falsch. Unbestritten ist zwar, dass die sich auf den Islam berufenden Terroristen zuerst politische Ziele verfolgen: den Sturz prowestlicher, modernisierungsfreundlicher Regime in den islamischen Staaten, den Abzug US-amerikanischer Truppen aus der arabischen Region und die Lösung des Palästinakonflikts durch Beseitigung des Staates Israel. Doch sie sind religiös motiviert, bedienen sich islamistischer Rechtfertigungen und verfolgen die Idee eines integristischen Gottesstaates. Indem sie sich zu Guerilleros des Islam stilisieren, versichern sie sich des Rückhalts nicht nur der fundamentalistischen Islamisten, sondern, mit Ausnahme der kleinen politischen und ökonomischen Modernisierungselite in den Staaten Arabiens, auch solcher tief religiöser Bevölkerungskreise, die im Schatten globalisierter Märkte und asymmetrischer Kommunikationsverhältnisse leben. Terror wird zur Stimme ökonomischer Abhängigkeit und politisch-kultureller Unterlegenheit. Für die Übel werden



die USA, ihre militärische, ökonomische und kulturelle Macht verantwortlich gemacht. "Amerika" ist der Inbegriff des Bösen, Amerika verkörpert den als Bedrohung wahrgenommenen "Westen".

Huntingtons These war es, dass in den Bruchlinien zwischen den großen Zivilisationen die neuen zentralen Konfliktlinien globaler Politik liegen. Der Balkan-Konflikt konnte hier als eine erste Bestätigung gelten. Er zeigte aber auch, dass "der" Westen sehr wohl, vielleicht etwas spät, zu einer – auch militärischen – Solidarität mit den Glaubensgemeinschaften der Muslime, in Bosnien und im Kosovo, bereit war, damit die kulturell-religiösen Bruchlinien entschärfte und sich als Hüter von religiöser und ethnokultureller Vielfalt versteht. Und doch ist auch "der" Westen nicht gänzlich frei von der Versuchung, militärische Konflikte und politische Reaktionen selbst kulturell aufzuladen und damit jenes Zerrbild eines globalen Kampfs der Zivilisationen zu bestätigen, das Bin Ladens Netzwerk braucht, um die eigenen Aktionen zu rechtfertigen. Eine – anfänglich – vertretene Rhetorik, die sich selbst einer fundamentalistischen Semantik bedient, die Welt nach dem Muster des Manichäismus in Gut und Böse, Freund und Feind einteilt, ist zwar Ausdruck von Hilflosigkeit und purer Selbstbehauptung, führt aber zu ressentimentgeladenen Gegensolidarisierungen, die genau das bewirken, was um der Vermeidung weiterer Bedrohung wegen verhindert werden soll. Vor allem aber wird damit der eigene und der fremde Blick auf jene westliche Kultur der Offenheit und der Pluralität verstellt, die wichtige Bausteine für einen globalen Dialog der Kulturen sind.

Die Attacken vom 11. September 2001 galten den Ikonen der amerikanischen Macht – sie galten aber auch den Symbolen der westlichen Gesellschaften. Insofern stimmt es, dass nicht nur die

Amerikaner getroffen werden sollten, und auch nicht alleine getroffen worden sind, sondern all jene, die sich einem "westlichen" Typus von Zivilisation, einem spezifischen Verständnis von sich, ihrem politischen und gesellschaftlichen Leben, ihren ökonomischen und sozialen Grundlagen, verbunden fühlen. Insofern sind wir, wie bemerkt worden ist, alle Amerikaner. Der Unterschied zwischen Europa und den USA mag im Auftritt, in der Selbstgewissheit, in der Radikalität des Eintretens für den eigenen way of life liegen, manchmal auch in der Entschiedenheit und den Methoden der Verfolgung machtgestützter Interessen, aber die Grundmuster politischer Kultur und liberal-demokratischer Ordnung sind die gleichen.

Der euro-amerikanische "Westen" teilt eine gemeinsame Kultur – eine Kultur der Trennung von Politik und Religion, die sich historisch über viele Jahrhunderte und als Ergebnis von Bürger- und Religionskriegen herausgebildet hat. Erst Aufklärung und Säkularisierung haben ein politisches System entstehen lassen, das es erlaubte, individuelle und politische Freiheit miteinander zu vereinbaren. Das aber war nur möglich, weil zwischen dem öffentlichen und dem privaten Bereich rechtsförmige Schranken gezogen wurden. Die liberale Ordnung der Sicherung von Freiheit und Menschenrechten lässt Unterschiede der Religionen, Kulturen und Vorstellungen des guten Lebens zu, ja setzt sie eigentlich als Bedingung von Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie voraus. Pluralität und Offenheit für Differenzen machen die Beachtung von grundlegenden Regeln des Miteinanders ebenso notwendig wie die Tugenden von Respekt und Toleranz gegenüber dem Anderen.

Der "Westen" kann zu Recht überzeugt sein von seiner so verstandenen Kultur und Zivilisation. Das Problem ist nur, und das war Samuel P. Huntingtons Anliegen, dass sich eine jede Kultur

als Mittelpunkt der Welt sieht und ihre Geschichte als das zentrale Drama der Menschheitsgeschichte schreibt. Die Einbildung, dass die Kultur des Westens die universale Weltkultur sei, ist so verbreitet wie provinziell, sagt Huntington. Die Annahme einer Einheit der Geschichte aber, die davon ausgeht, dass es

> "nur einen einzigen Strom der Zivilisation, nämlich den unseren, gibt und dass alle anderen entweder Zuflüsse sind oder im Wüstensand versickern",

hatte früher bereits Arnold Toynbee zurückgewiesen. Und vor fast zweieinhalbtausend Jahren hielt Herodot fest, als er die Kultur der Perser mit der der Griechen verglich:

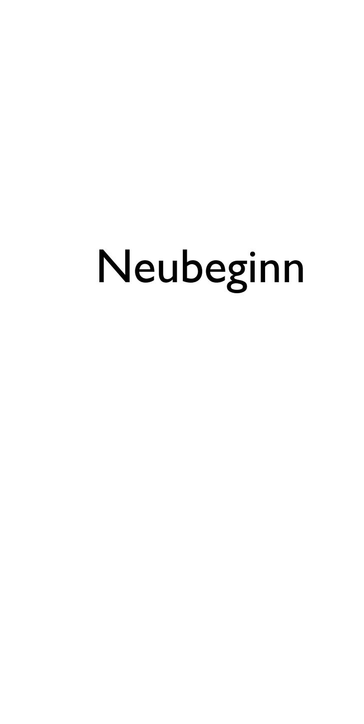
> "Wenn man alle Völker der Erde aufforderte, sich unter all den verschiedenen Sitten die trefflichsten auszuwählen, so würde jedes doch die eigenen allen anderen vorziehen. So sehr ist jedes Volk davon überzeugt, dass seine Lebensformen die besten sind."[3]

Wer den Krieg der Kulturen vermeiden will, muss die Vielfalt der Kulturen anerkennen und den Dialog der Kulturen zur Maxime seines politischen Handelns machen.

---

3. Herodot: Historien, Stuttgart 1971.

Neubeginn



Kultureller Neubeginn. Ambivalente Reflexionen

Hermann Glaser

"Neubeginn" bedeutet im Kontext des Symposiums, das sich zunächst mit "Konflikt" und "Trauma" beschäftigt hat, die "Heilung von Wunden" (seelischen Schocks, starken seelischen Erschütterungen, die einen Komplex bewirkten und häufig auf äußere Gewalteinwirkung zurückzuführen sind). Kultur, vor allem ein kulturelles "Klima", wird therapeutische Bemühungen, seien sie auf den Einzelnen oder auf Kollektive ausgerichtet, unterstützen, jedoch konkret bzw. praktisch beim Heilungsprozess nur assistierend helfen können.
Die kulturelle bzw. kulturpolitische, kulturgeschichtliche, kulturpädagogische Reflexion über "Neubeginn" sei demgegenüber mehr als mentale Präventionshoffnung verstanden, als der Versuch, in Aufarbeitung von Geschichte Fehlentwicklungen in Gegenwart und Zukunft zu vermeiden. An die Stelle der Notwendigkeit, Traumata zu heilen, träte dann die Möglichkeit, sie zu verhindern. Zudem werde das Studium der Universalgeschichte, so Friedrich Schiller in seiner Antrittsvorlesung als Professor der Geschichte in Jena 1789, Licht im Verstande und wohltätige Begeisterung im Herzen entzünden:

> "Sie wird Ihren Geist von der gemeinen und kleinlichen Ansicht moralischer Dinge entwöhnen, und indem Sie vor Ihren Augen das große Gemälde der Zeiten und Völker auseinander breitet, wird sie die vorschnellen Entscheidungen des Augenblicks und die beschränkten Urteile der Selbstsucht verbessern."[1]

1. Schiller, Friedrich: Sämtliche Werke. Bd. 4, München/Wien 1976, S. 765.

Das ist idealistisch-optimistisch formuliert; dagegen meinte Shakespeare: "History – told by an idiot!", was zu der skeptischen Schlussfolgerung führen mag, dass man aus der Geschichte nur lerne, dass man aus ihr nichts lerne. Dass es freilich auch anders sein könne, ist der Glaube der Aufklärung und damit jeder, an der Aufklärung orientierten demokratischen, um die Humanisierung des Menschen bemühten Kulturpädagogik bzw. Kulturpolitik.
Aufklärung ist ein "Mythos", der immer wieder von den Erwartungen auf eine bessere Welt und einen besseren Menschen erzählt, und auch davon, wie diese Erwartungen enttäuscht und durch die Realität zerstört wurden. Kulturgeschichte ist dementsprechend januskopfartig bald "Bericht" übers Neubeginnen, bald übers Untergehen. Der für den Expressionismus so wichtige Topos "Menschheitsdämmerung" kann in diesem Sinne verallgemeinert werden: Ein Schwanken zwischen der Freude auf den erwachenden Tag (Morgendämmerung) und der Furcht vor dem Verlöschen des Tages (Abenddämmerung).
Die kulturelle Reflexion über "Neubeginn" ist ob der in diesem Begriff verdichteten ambivalenten Erfahrungen mit Melancholie durchdrungen, oft durch Aporie (Ratlosigkeit) gelähmt; Melancholie ist freilich auch die Schwester der Utopie; bei dieser wird der Neubeginn zwar in ein erdachtes fernes, in der Wirklichkeit nicht existierendes Land verlegt (nowhere), doch wird die Rückwirkung ferner Ideen auf gegenwärtige Wirklichkeit nicht ausgeschlossen, ja postuliert (now-here). Die Überwindung der Melancholie vollzieht sich unter dem Aspekt des "Trotzdem", des "Dennoch". Mit den Worten von Hans Magnus Enzensberger:

"... ungeduldig
im namen der zufriedenen
verzweifeln

geduldig
im namen der verzweifelten
an der verzweiflung zweifeln

ungeduldig geduldig
im namen der unbelehrbaren
lehren"[2]

Solche "schwierige Arbeit" – Titel des Gedichts – erhält ihre Motivation aus einem komplexen Mentalitätsmuster, dessen widersprüchliche Komponenten in Thornton Wilders 1942 geschriebenem Stück "Wir sind noch einmal davongekommen" – es beeindruckte nach 1945 im Besonderen das deutsche Theaterpublikum – personifiziert erscheinen. Da ist Sabina, die Magd; sie sagt zu Mister Antrobus, dem ewigen Adam, der zusammen mit seiner Frau und seinen Kindern immer wieder von Katastrophen heimgesucht wird:

> "Das ist alles was wir tun. Immer wieder von vorn anfangen, immer und immer wieder, immer wieder von vorn anfangen. Woher wissen wir, daß es nachher besser wird? Eines Tages wird die Erde ohnehin erkalten und bis dahin werden alle diese Dinge immer wieder geschehen. Noch mehr Kriege und noch mehr Mauern aus Eis und Sintfluten und Erdbeben."

Da ist Mr. Antrobus; er will, dass sie zu räsonieren aufhöre und weiterarbeite. "Gut", sagt darauf Sabina, "ich werde weitermachen aus purer Gewohnheit, aber ich halte nichts mehr davon." Und da ist Mrs. Antrobus; sie meint:

> "Ich könnte siebzig Jahre lang in einem Keller leben und Suppe

2. Enzensberger, Hans Magnus: Schwierige Arbeit, in: Blindenschrift, Frankfurt am Main 1964, S. 58 f.

> aus Gras und Baumrinde kochen, ohne auch nur einen Augenblick lang daran zu zweifeln, dass diese Welt eine Aufgabe hat und sie erfüllen will."[3]

Philosophisch-analytisch könnte man die Positionen der Personen wie folgt beschreiben. Bei Sabina waltet resignativer Okkasionalismus; sie ergreift die Gelegenheit des Neubeginns, sieht aber in ihm keinen Sinn mehr. Mr. Antrobus ist bestimmt von agnostischem Aktivismus; es macht keinen Sinn, den Neubeginn zu bedenken, aber man sollte ihn wagen. Mrs. Antrobus zeigt optimistischen Idealismus: der Neubeginn ist Ausdruck eines tiefen Weltsinnes; in ihm erfüllt sich jeweils der Prozess der Enkulturation, der auf ein höheres Ziel hin fortschreitet. Man kann dies auch einen naiv-kulturellen Sinnhaftigkeitsglauben nennen. Bei Albert Camus ("Der Mythos von Sisyphos") handelt es sich um einen heroisch-absurden Glauben; dieser erwächst aus der Einsicht, dass es kein übergeordnetes Sinngefüge gibt, dass aber der Mensch durch seine Existenz den Sinn (die Essenz) zu setzen und mit seinem Tun durch das Chaos einen Weg zu bahnen vermag. Credo quia absurdum. Das Ziel ist der Weg:

> "Ich verlasse Sisyphos am Fuße des Berges! Seine Last findet man immer wieder. Nur lehrt Sisyphos uns die größere Treue, die die Götter leugnet und die Steine wälzt. Auch er findet, dass alles gut ist. Dieses Universum, das nun keinen Herrn mehr kennt, kommt ihm weder unfruchtbar noch wertlos vor. Jedes Gran dieses Steins, jeder Splitter dieses durchnächtigten Berges bedeutet allein für ihn eine ganze Welt. Der Kampf gegen Gipfel vermag ein Menschenherz auszufüllen. Wir müssen uns Sisyphos als einen glücklichen Menschen vorstellen."[4]

Die kulturelle Reflexion über "Neubeginn" ist bestimmt, das kön-

3. Wilder, Thornton: Wir sind noch einmal davon gekommen, Frankfurt am Main/Hamburg 1960, S. 91.

nen die beiden bildhaften Verdichtungen melancholisch-utopischer Mentalität exemplifizieren, durch die Kategorie des Sinns, nicht durch die Kategorie des Interesses. Der Neubeginn ist ein solcher, wenn er Sinn gibt, sonst wäre er nur Teil eines circulus vitiosus: eines fatalen Kreislaufes von Aufschwung und Abschwung. Der Neubeginn ist, eschatologisch gesehen (auf das Endschicksal des Menschen ausgerichtet), notwendige Stufe bei der Erziehung des Menschengeschlechts, die eben – trotz Katastrophen – "höher" führt.

> "Soll das menschliche Geschlecht auf diese höchste Stufe der Aufklärung und Reinigkeit nie kommen? Nie?
> Nie? – Laß mich diese Lästerung nicht denken, Allgütiger! ...
>
> Nein, sie wird kommen, sie wird gewiß kommen, die Zeit der Vollendung, da der Mensch, je überzeugter sein Verstand einer immer bessern Zukunft sich fühlet, von dieser Zukunft gleichwohl Bewegungsgründe zu seinen Handlungen zu erborgen, nicht nötig haben wird; da er das Gute tun wird, weil es das Gute ist, nicht weil willkürliche Belohnungen darauf gesetzt sind, die seinen flatterhaften Blick ehedem bloß heften und stärken sollten, die inneren besseren Belohnungen desselben zu erkennen.
>
> Sie wird gewiß kommen, die Zeit eines neuen ewigen Evangeliums, die uns selbst in den Elementarbüchern des Neuen Bundes versprochen wird."[5]

Eine derartige, dem Zweifel wie der Verzweiflung abgerungene, dann sich enthusiasmierende, freilich Skepsis nie ganz ablegende Überzeugung von humaner Entelechie liegt naturwissenschaftlichem Fortschrittsdenken, das nicht "glaubt", sondern zu "wissen" meint, fern. Beim modernen Homo faber, dem jetzt auch das

4. Camus, Albert: Der Mythos von Sisyphos. Ein Versuch über das Absurde, Hamburg 1959, S. 101.
5. Lessing, Gotthold Ephraim: Die Erziehung des Menschengeschlechts, in: Lessings Werke, Bd. 4, Leipzig 1869, S. 288.

Wissen für biotechnische Machbarkeit zur Verfügung steht, ist eine sich zunehmend herausbildende, für "altes Bewusstsein" geradezu wahnwitzige Intention anzutreffen: Wenn schon der Mensch nicht in der Lage gewesen ist (und die Geschichte liefert dafür den Beweis), menschlich zu werden, sollte man den Menschen neu, d. h. human kodieren und damit seine archaisch-anarchische Erbschaft, die auf Aggressivität angelegt ist, ausschalten. Das war die viel Aufsehen erregende Botschaft Peter Sloterdijks:

> "Die nächsten langen Zeitspannen werden für die Menschheit Perioden der gattungspolitischen Entscheidung sein. In ihnen wird sich zeigen, ob es der Menschheit oder ihren kulturellen Hauptfraktionen gelingt, zumindest wirkungsvolle Verfahren der Selbstzähmung auf den Weg zu bringen. Auch in der Gegenwartskultur vollzieht sich der Titanenkampf zwischen den zähmenden und bestialisierenden Impulsen und ihren jeweiligen Medien. Schon Zähmungserfolge wären erfreuliche Überraschungen angesichts eines Zivilisationsprozesses, in dem eine beispiellose Enthemmungswelle anscheinend unaufhaltsam rollt. Ob aber die langfristige Entwicklung auch zu einer genetischen Reform der Gattungseigenschaften führen wird – ob eine künftige Anthropotechnologie bis zu einer expliziten Merkmalsplanung vordringt, ob die Menschheit gattungsweit eine Umstellung vom Geburtenfatalismus zur optionalen Geburt und zur pränatalen Selektion wird vollziehen können – dies sind Fragen, in denen sich, wie auch immer verschwommen und nicht geheuer, der evolutionäre Horizont vor uns zu lichten beginnt."[6]

Paradox war freilich bei dieser Argumentation, dass einerseits das Scheitern der humanistischen Utopie konstatiert, andererseits die utopische Wirkungskraft als so stark und weiterwirkend

---

6. Sloterdijk, Peter: Regeln für den Menschenpark, in: Frank Geerk (Hrsg.): Neue Wege des Humanismus, Kultur und Menschlichkeit, Basel 1999, S. 290f.

eingeschätzt wurde, dass diese offensichtlich den menschlichen Menschen mit Hilfe der Genetik zu verwirklichen vermochte. Ist ein solcher zweiter Schöpfungsakt gelungen, der Mensch also gar nicht mehr in der Lage, auf Unmenschlichkeit zu regredieren (weil es sie nicht mehr gibt), kann er allerdings auch nicht mehr erkennen, was gut und was böse ist. Er ist jeder Willensentscheidung enthoben; damit endet der Utopismus, da dessen Wurzelgrund, die Diskrepanz zwischen Idee und Wirklichkeit, weggezüchtet ist.

Als Mensch jedenfalls ist der Mensch dann nicht mehr Mensch, sondern menschlich "nur" als "guter Zombie".

Verbleiben wir auf der Ebene der noch vorwaltenden kulturellen Reflexion über "Neubeginn" und dessen Sinnhaftigkeit, so müssen wir feststellen, dass der Sinnhaftigkeits-Diskurs von der herrschenden Meinung (als die Meinung der Herrschenden) gerne denunziert und diejenigen, die ihn führen, stigmatisiert werden. Er beginnt in mythischer Ferne und ist, wie man in der Genesis nachlesen kann, "evaesken" Ursprungs. Denn im Paradies, als zentralem Ort einer rückwärts gewandten Utopie, ist der vegetativ dahinlebende, an "Sinn" nicht interessierte Adam, der Repräsentant des bewusstlosen Glücks – im Gegensatz zur Frau (Eva), welche die entscheidende Sinnfrage stellt und damit die Enkulturation einleitet: *sie* will wissen, was gut und böse, richtig und falsch ist. Wer vom Baum der Erkenntnis die Frucht bricht, will damit freilich wie Gott sein; die Vertreibung aus dem Paradies ist bekanntlich die Folge eines solchen experimentum medietatis (des Versuchs des Menschen, sich anstelle Gottes in die Mitte der Welt zu setzen). Die Utopie vom Menschen, der fragt und denkt, wird seither, vor allem in der Frau, diese abwertend, bekämpft. Ihr eignet unglückliches Bewusstsein, denn wer fragt und nicht mit einer eindeutigen Antwort rechnen kann – wer sollte



sie geben? – ist in die Unsicherheit verstoßen; zugleich können Ichwille und Ichstärke entwickelt werden. Als Eva und dann auch Adam, durch die Frau "verführt", das göttliche Erkenntnisverbot durchbrachen,

> "hörten sie auf, unmündige, gehorsamspflichtige Geschöpfe zu sein. Ihr von kirchlichen Auslegern als Sündenfall denunziertes Verhalten macht Adam und Eva in Wirklichkeit zu selbstverantwortlichen Subjekten ihres Denkens und Handelns."[7]

Die Utopie vom Menschen hofft auf den aufgeklärten Menschen: einen Menschen, der seine "selbstverschuldete Unmündigkeit", d. h. "das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen", überwindet. "Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen (...)"[8] Dementsprechend bedeutet für Kant der Sündenfall – die Vertreibung aus dem paradiesischen Garten, die Entlassung aus dem Mutterschoße der Natur – den

> "Übergang aus der Rohheit eines bloß thierischen Geschöpfs in die Menschheit, aus dem Gängelwagen des Instincts zur Leitung der Vernunft, mit einem Worte: aus der Vormundschaft der Natur in den Stand der Freiheit".

Künftig werde dem Menschen die Mühseligkeit des Lebens zwar öfter den Wunsch nach einem Paradiese ablocken, wo er in ruhiger Untätigkeit und beständigem Frieden sein Dasein verträumen oder vertändeln könne.

---

7. Schreiner, Klaus: Das verlorene Paradies. Der Sündenfall in den Deutungen der Neuzeit, in: Richard van Dülmen (Hrsg.): Erfindung des Menschen. Schöpfungsträume und Körperbilder 1500 – 2000, Köln/Weimar 1998, S. 44.
8. Kant, Immanuel: Was ist Aufklärung? Sämtliche Werke, in: Karl Rosenkranz/Friedrich Wilhelm Schubert (Hrsg.): Siebenten Theils erste Abteilung, Leipzig 1838. S. 145.

> "Aber es lagert sich zwischen ihm und jenem eingebildeten Sitze der Wonne die rastlose und zur Entwickelung der in ihn gelegten Fähigkeiten unwiderstehlich treibende Vernunft, und erlaubt es nicht, in den Stand der Rohheit und Einfalt zurück zu kehren, aus dem sie ihn gezogen hatte. Sie treibt ihn an, die Mühe, die er hasst, dennoch geduldig über sich zu nehmen, dem Flitterwerk, das er verachtet, nachzulaufen, und den Tod selbst, vor dem ihm grauet, über alle jene Kleinigkeiten, deren Verlust er noch mehr scheut, zu vergessen."

Kant – so resümiert Odo Marquard dessen Gedankengang – wollte sagen, dass der Sündenfall der Schritt des Menschen zu sich selbst sei.
Als Gewinn der Freiheit durch die erste Freiheitstat erweise sich der Sündenfall als eine glückliche Schuld, felix culpa, die kaum noch culpa, sondern nur noch felix sei.[9]
Friedrich Schiller folgt in seiner Jenaer Vorlesung über die "erste Menschengesellschaft nach dem Leitfaden der mosaischen Urkunde" (1790) Kants Interpretation des Sündenfalls, wenn er feststellt, dass im Paradies der Mensch zwar vollendet gewesen sei – aber nur als Pflanze und Tier; sein sanfter Anfang diente der Stärkung zum Kampfe; er war zu ganz anderem bestimmt:

> "Was die Natur in seiner Wiegenzeit für ihn übernommen hatte, sollte er jetzt selbst für sich übernehmen, sobald er mündig war. Er selbst sollte der Schöpfer seiner Glückseligkeit werden, und nur der Antheil, den er daran hätte, sollte den Grad dieser Glückseligkeit bestimmen. Er sollte den Stand der Unschuld, den er jetzt verlor, wieder aufsuchen lernen durch seine Vernunft, und als ein freier, vernünftiger Geist dahin zurück kommen, wovon er als Pflanze und als eine Kreatur des Instinkts ausgegangen war; aus einem Paradies der Unwissenheit und Knechtschaft sollte er sich, wär' es auch nach späten

9. Marquard, Odo: Felix culpa?, in: Manfred Fuhrmann: Text und Applikation, München 1981, S. 58.

> Jahrtausenden, zu einem Paradies der Erkenntniß und der Freiheit hinauf arbeiten, einem solchen nämlich, wo er dem moralischen Gesetze in seiner Brust ebenso unwandelbar gehorchen würde, als er anfangs dem Instinkte gedient hatte, als die Pflanze und die Thiere diesem noch dienen."

Mit dem Sündenfall habe er sich in das wilde Spiel des Lebens geworfen, sich auf den gefährlichen Weg zur moralischen Freiheit gemacht:

> "Wenn wir also jene Stimme Gottes in Eden, die ihm den Baum der Erkenntniß verbot, in eine Stimme seines Instinkts verwandeln, der ihn von diesem Baume zurückzog, so ist sein vermeintlicher Ungehorsam gegen jenes göttliche Gebot nichts anders, als – ein Abfall von seinem Instinkte – also erste Äußerung seiner Selbstthätigkeit, erstes Wagestück seiner Vernunft, erster Anfang seines moralischen Daseins. Dieser Abfall des Menschen vom Instinkte, der das moralische Übel zwar in die Schöpfung brachte, aber nur um das moralische Gute darin möglich zu machen, ist ohne Widerspruch die glücklichste und größte Begebenheit in der Menschengeschichte; von diesem Augenblick her schreibt sich seine Freiheit, hier wurde zu seiner Moralität der erste entfernte Grundstein gelegt."[10]

Ähnlich spricht dann Hegel vom paradiesischen Zustand als einem Zustand sittlicher Indifferenz, der des Menschen unwürdig sei: Zustand des Tiers, der Bewusstlosigkeit, da der Mensch nicht vom Guten und auch nicht vom Bösen wisse.
Die "wahrhafte Natur" des Menschen mache seine Freiheit aus, die "freie Geistigkeit, das denkende Wissen des an und für sich Allgemeinen". Die Schlange habe nicht gelogen, als sie zu Eva sagte, diese werde, wenn sie die Frucht vom Baum der Erkenntnis esse, sein wie Gott: um das Gute und Böse wis-

---

10. Schiller, Friedrich: Sämtliche Werke in zwei Bänden, Bd. 2, Leipzig/Wien 1870, S. 484.

sen.[11] Im ironisch-lyrischen Parlando beschreibt Heinrich Heine den Weg, den der Mensch mit dem experimentum medietatis eingeschlagen habe – wobei freilich auch bei ihm (wie bei fast allen Humanisten und Aufklärern) in patriarchalischer Stereotypie die Auslösung des Prozesses der Kultur und Zivilisation dem unbeweglich-saturierten Adam und nicht der neugierig-alerten Eva zugeschrieben wird:

"Du schicktest mit dem Flammenschwert
den himmlischen Gendarmen,
und du jagtest mich aus dem Paradies,
ganz ohne Recht und Erbarmen!

Ich ziehe fort mit meiner Frau
nach andren Erdenländern,
doch daß ich genossen des Wissens Frucht,
das kannst du nicht mehr ändern.

Du kannst nicht ändern, daß ich weiß,
wie sehr du klein und nichtig,
und machst du dich auch noch so sehr
durch Tod und Donnern wichtig...

Vermissen werde ich nimmermehr
die paradiesischen Räume;
das war kein wahres Paradies –
es gab dort verbotene Bäume.

Ich will mein volles Freiheitsrecht!
find ich die g'ringste Beschränknis,
verwandelt sich mir das Paradies
in Hölle und Gefängnis."[12]

"Neuanfang" bedeutet den Durchbruch des Menschen zu seinem

11. Hegel, Georg Friedrich Wilhelm: Vorlesungen über die Philosophie der Religion, in: Hermann Glockner (Hrsg.): Sämtliche Werke, Bd. 1, Stuttgart 1965, S. 285 ff.
12. Heine, Heinrich: Adam der Erste. Werke und Briefe in zehn Bänden, in: Hans Kaufmann (Hrsg.), Bd. 1, Berlin-Ost 1961, S. 319 f.

Subjektsein, der jedoch die Gefahr der Hybris einschließt; der selbstbewusste Mensch ist nun nicht mehr außengesteuert, gegängelt und gelenkt, sondern autonom. Ist dies gleichzusetzen mit Identität, einem Begriff, der in der politischen Diskussion eine große Rolle spielt und neuerdings auch wieder als nationale Identität, verbunden mit dem Stolz, ein Deutscher zu sein, eingefordert wird? Nach Michael Naumann würden dem Begriff ein paar Jahre Quarantäne gut tun, denn ein Volk habe ebenso wenig seine 'Identität', wie es einen einzigen Reisepass hat.
Bei Identität handelt sich um eine erhoffte, aber schwer zu beschreibende Befindlichkeit, nämlich, so die lexikalische Definition,

> "die vollkommene Gleichheit oder Übereinstimmung in Bezug auf Dinge oder Personen bzw. die selbsterlebte innere Einheit der Person". Man könnte auch von einer "uneingeschränkten Solidarität"

mit sich selbst sprechen. Um individualpsychologisch eine solche "Wesensgleichheit" erleben zu können, wird man Selbstreflexion, im Besonderen Sensibilität gegenüber dem eigenen Vor- und Unterbewusstsein, weitgehend ausschalten müssen. Es bedarf großer Naivität oder deren Suggestion, Psyche und Physis (Geist, Gefühl, Triebdynamik) als einen Zustand prästabilierter Harmonie zu empfinden. In der Moderne jedenfalls, so Friedrich Schiller, kann man nicht mehr wie die "Alten" naiv sein, wohl aber ein Gefühl für das Naive entwickeln (was er "sentimentalisch" nannte). Diese empfanden natürlich; wir empfinden das Natürliche. Identität erweist sich dann als ein aus dem Wissen um "Zerrissenheit" aufsteigender Wunsch nach Überwindung solcher Zerrissenheit; man *würde* eben gerne "bei sich selbst sein" – ein Optativ.

Nimmt man Identität als sozialpsychologischen Terminus, etwa als Gleichsetzung des Ich mit einer Gruppe, einem Volk, einer Nation, so ist diese nur dann vollständig erreichbar, wenn man seine eigene (widersprüchliche) Individualität ausschaltet und stattdessen sich der Außensteuerung überantwortet. Politisch wie religiös fundierte Ideologien, aber auch Warenästhetik und Spaßgesellschaft bringen es verhältnismäßig leicht fertig, durch Gehirn- bzw. Gefühlswäsche den Menschen in einen Zombie zu verwandeln. Identität entsteht durch Vereinfachung bzw. Simplifikation von Komplexität. So kommt Theodor W. Adorno zu dem Gegensatz, dass das Nicht-Identische das eigentlich Identische sei.

Jedes Zusammenleben bedarf aber durchaus der Zurücknahme persönlicher Unverwechselbarkeit und ein Eingehen auf die Besonderheit der Anderen. Identität heißt dann, sich einer Gruppe zugehörig fühlen und gleichzeitig ein Bewusstsein von sich als selbstständigem Individuum zu haben und beizubehalten. Eine solche Äquilibristik kennzeichnet Kultur, weshalb sie nie eindimensionale "Leitkultur" sein kann. Zugleich aber wird Kultur als Nicht-Leitkultur zur Orientierungskultur: Diese, im Besonderen Kunst, konfrontiert uns mit Bildern vom Menschen, denen nicht *ein* Bild vom Menschen zugrunde liegt; und diese Vielfalt wird "bildlich" ("sinnlich") vermittelt.

Es geht darum, durchs Transzendieren aufs Andersein das Eigensein mit dem humanen Gemeinsamsein verbinden zu können. Auf die Religion übertragen, führt solche, auf eine Identität der Identitäten bauende Vernunft zu einer Entidentifikation insofern, als die eigene religiöse Identität, zum Beispiel katholisch oder evangelisch oder jüdisch oder islamisch zu sein, nicht mit Wahrheitsbesitz verbunden ist. Persönliche Religio ist eingebettet im produktiven Zweifel; "der rechte Ring vermutlich ging verloren".

Wahrheit ist ersetzt durch "redliches" subjektives Bemühen, das Lessing in der Ringparabel des "Nathan der Weise" beschreibt:

> "Es eifre jeder seiner unbestochnen,
> von Vorurteilen freien Liebe nach!
> Es strebe von euch jeder um die Wette,
> die Kraft des Steins in seinem Ring an Tag
> zu legen! Komme dieser Kraft mit Sanftmut,
> mit herzlicher Verträglichkeit, mit Wohltun,
> mit innigster Ergebenheit in Gott zu Hilf'!"[13]

Damit ist eine Position beschrieben, welche die immer mehr um sich greifende Gefahr eines Kampfes religiös fundierter, das heißt alleinige Wahrheit in Anspruch nehmender Religionen bzw. Kulturen zu bannen in der Lage wäre. Unmöglich ist es dann, für eine allein selig machende Wahrheit zu missionieren, da es diese nicht gibt; aber jeder kann im Rahmen solcher Relativierung im Sinne *seiner* Wahrheit denken und handeln, so weit das Denken und Handeln derjenigen, die eine andere Wahrheit als die ihre empfinden, nicht verletzt wird. Damit es sich dabei nicht nur um ein Nebeneinander, sondern um ein Aufeinandereingehen und -zugehen handelt, bedarf es eines integralen Ordnungssystems, das die Verwirklichung solcher Sinnhaftigkeit ermöglicht und die Grundlage des demokratischen Pluralismus ausmacht. Dabei wird die Kategorie des Sinns mit der des Interesses verschränkt und auf eine anthropologische Erfahrung bezogen; wegweisend dafür ist der von Kant formulierte kategorische Imperativ:

> "Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte."[14]

---

13. Lessing, Gotthold Ephraim: Nathan der Weise, in: Lessings Werke, Bd. 1, Leipzig 1869, S. 105.
14. Kühn, Manfred: Kant. Eine Biographie, München 2003, S. 320 ff.

Bei Jürgen Habermas ist die Sollgeltung von Normen nicht wie bei Kant unbezweifelbares Gesetz, sondern muss immer wieder neu im Diskurs erarbeite werden:

> "Demokratische Moral ist nicht eine Sache der privilegierten Einsicht von Philosophen und Priestern, oder durch die Autorität politischer bzw. gesellschaftlicher Traditionen bestimmt. Die Diskursethik ist ein Versuch, den strengen Anspruch des kategorischen Imperativs bei vorbehaltsloser Anerkennung des egalitären und pluralistischen Charakters der modernen Kultur aufrechtzuerhalten und neu zu formulieren."[15]

Die von Habermas geforderte Diskursethik setzt voraus, dass die Teilnehmer am Diskurs, als einem Ort der moralischen Prüfung von Normen, sich nicht belügen, betrügen oder gar umbringen. Die Teilnehmer am Diskurs müssen also kommunikationsbereit und kommunikationsfähig sein, was Ausdruck einer idealistischen Anthropologie ist. An sie zu glauben und sie im Handeln zu verifizieren, ist nach den Erfahrungen menschlicher Aggressions- und Leidensgeschichte heute ultima ratio, "letztmöglicher Weg, wenn nichts anderes mehr Aussicht auf Erfolg hat". Das Vertrauen auf "metaphysische Regelung", die eine bestmögliche Welt bewirkt, ist längst zerfallen; es bleibt – freilich eine sehr fragwürdige Hoffnung, die mehr mit Verzweiflung denn Siegesgewissheit zu tun hat – der Verlass auf die Vernunft des Menschen. Die Götter, die in Bertolt Brechts Stück "Der gute Mensch von Sezuan" auf die Erde herabgestiegen sind, um einen menschlichen Menschen ausfindig zu machen, kehren unverrichteter Dinge und unfähig, die "Dinge" zu "richten", in ihr Jenseits zurück; (fanden sie doch nur das Freudenmädchen Shen Te, die auch immer wieder böse sein muss, um gut sein zu können). Ein Spieler tritt nach

15. Kuhlmann, Andreas: Das gute Leben und der Sinn. Jürgen Habermas über Moraltheorie und Philosophie, in: Frankfurter Rundschau, 26. 11. 1991.

solchem metaphysischen Bankrott am Ende des Stücks vor den Vorhang:

> "Verehrtes Publikum, jetzt kein Verdruß:
> Wir wissen wohl, das ist kein rechter Schluß.
> Vorschwebte uns: die goldene Legende.
> Unter der Hand nahm sie ein bitteres Ende.
> Wir stehen selbst enttäuscht und sehn betroffen
> Den Vorhang zu und alle Fragen offen.
> Dabei sind wir doch auf Sie angewiesen
> Daß Sie bei uns zu Haus sind und genießen.
> Wir können es uns leider nicht verhehlen:
> Wir sind bankrott, wenn Sie uns nicht empfehlen!
> Vielleicht fiel uns aus lauter Furcht nichts ein.
> Das kam schon vor. Was könnt die Lösung sein?
> Wir konnten keine finden, nicht einmal für Geld.
> Soll es ein andrer Mensch sein? Oder eine andre Welt?
> Vielleicht nur andere Götter? Oder keine?
> Wir sind zerschmettert und nicht nur zum Scheine!
> Der einzige Ausweg wär aus diesem Ungemach:
> Sie selber dächten auf der Stelle nach
> Auf welche Weis' dem guten Menschen man
> Zu einem guten Ende helfen kann.
> Verehrtes Publikum, los, such dir selbst den Schluß!
> Es muß ein guter da sein, muß, muß, muß!"[16]

16. Brecht, Bertolt: Der gute Mensch von Sezuan, in: Gesammelte Werke. Bd. 4, Frankfurt am Main 1967, S. 1607.

Literaturverzeichnis

Brecht, Bertolt: Der gute Mensch von Sezuan, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Frankfurt am Main 1967.

Camus, Albert: Der Mythos von Sisyphos. Ein Versuch über das Absurde, Hamburg 1959.

Enzensberger, Hans Magnus: Schwierige Arbeit, in: Blindenschrift, Frankfurt am Main 1964.

Hegel, Georg Friedrich Wilhelm: Vorlesungen über die Philosophie der Religion, in: Hermann Glockner (Hrsg.): Sämtliche Werke, Bd. 1, Stuttgart 1965.

Heine, Heinrich: Adam der Erste. Werke und Briefe in zehn Bänden, Bd. 1, Berlin/Ost 1961.

Kant, Immanuel: Metaphysik der Sitten, Königsberg 1784.

Kant, Immanuel: Was ist Aufklärung? Sämtliche Werke, in: Karl Rosenkranz/Friedrich Wilhelm Schubert (Hrsg.): Siebenten Theils erste Abteilung, Leipzig 1838.

Kuhlman, Andreas: Das gute Leben und der Sinn. Jürgen Habermas über Moraltheorie und Philosophie, in: Frankfurter Rundschau, Frankfurt 26.11.1999.

Lessing, Gotthold Ephraim: Nathan der Weise, in: Lessings Werke, Bd. 1, Leipzig 1869.

Lessing, Gothold Ephraim: Die Erziehung des Menschengeschlechts, in: Lessings Werke, Bd. 4, Leipzig 1869.

Marquard, Odo: Felix culpa? In: Manfred Fuhrmann u. a. (Hrsg.): Text und Applikation, München 1981.

Schiller, Friedrich: Sämtliche Werke in zwei Bänden, Bd. 2, Leipzig/Wien 1870.

Schiller, Friedrich: Sämtliche Werke. Aufgrund der Originaldrucke, hrsg. von Gerhard Fricke/Herbert G. Göpfert, Bd. 4, München/Wien 1976.

Schreiner, Klaus: Das verlorene Paradies. Der Sündenfall in den Deutungen der Neuzeit, in: Richard van Dülmen (Hrsg.): Erfindung des Menschen. Schöpfungsträume und Körperbilder 1500 – 2000, Köln/Weimar 1998.

Sloterdijk, Peter: Regeln für den Menschenpark, in: Frank Geerk (Hrsg.): Neue Wege des Humanismus, Kultur und Menschlichkeit, Basel 1999.

Blauhelm-Operationen der UNO. Die UNO ist keine Weltregierung, folglich hat sie keine Weltpolizei

Franz Ansprenger

Auszüge aus dem Jahresbericht 2001 des Generalsekretärs Kofi Annan:

16. Where the United Nations is involved in peacekeeping or peace-building, preventing the recurrence of conflict is a central priority. In most cases today, our mandates for peacekeeping extend beyond the classic missions of the past, where lightly armed forces were interposed between armies, and involve providing assistance to local authorities in a wide range of areas. They may include humanitarian relief and mine action; disarmament, demobilization and reintegration of combatants; training of the police and judiciary; monitoring human rights; providing electoral assistance and strengthening national institutions to ensure that future problems can be resolved by democratic means without recourse to violence. In East Timor and the Federal Republic of Yugoslavia, where the United Nations heads transitional administrations, our responsibilities are still greater. [...]

43. The key factors for successful peacekeeping remain the will of parties on the ground; realistic mandates based on a well-understood and common overall strategy; and readiness to support those mandates politically and through the provision of appropriate human and material resources. To have a lasting impact, peacekeeping must be supported and accompanied by a process of peace-building, to prevent the recurrence of armed conflict and permit recovery and development.

I. Das Standbein der UNO – "to maintain international peace and security" durch effektives Kriegsverbot – ist schon sehr bald nach dem Neubeginn 1945 eingeknickt

Als 1944/45 die USA, die UdSSR, Großbritannien, Frankreich und das China Chiang Kaisheks – die Hauptmächte (in den Augen ihrer Regenten "Großmächte", was aber schon damals nicht für alle fünf zutraf) der Anti-Hitler- und der Anti-Japan-Koalition, die sich "United Nations" nannte – daran gingen, die Weltpolitik neu zu organisieren, stellten sie die UNO auf die Beine. Spielbein würde eine Zusammenarbeit aller Mitgliedstaaten beim wirtschaftlich-sozialen Wiederaufbau sein. Diese Aufgabe enpuppte sich über die Jahrzehnte als das, was wir heute in vielfachen papiernen Visionen "nachhaltige Entwicklung" nennen, und woran immer noch auf Weltkonferenzen und im Alltag der UNO eher herumgespielt als ernsthaft gearbeitet wird. Standbein jedoch war, eine Wiederholung der zwei Weltkriege zu verhindern – positiv formuliert: den Frieden und die Sicherheit zwischen den Staaten zu erhalten. Das ist die korrekte Übersetzung der in der Zwischenüberschrift zitierten, in der Charta der UN hartnäckig, beschwörend wiederholten Formel. Zu diesem Zweck verboten die Vereinten Nationen sich selbst, nämlich ihren Mitgliedstaaten, was während der Jahrhunderte der so genannten Neuzeit als vornehmstes Recht souveräner Staaten anerkannt war: gegeneinander "zum Kriege zu schreiten".
Bilanz je nach Gemütslage: das Glas ist halb voll – oder halb leer. Der Dritte Weltkrieg (in ungefähren Dimensionen des Zweiten) hat nicht stattgefunden. Aber deshalb ist der Frieden keineswegs zwischen allen Staaten erhalten worden, vom Frieden innerhalb

gewisser Staaten (Verhinderung von Bürgerkriegen) ganz zu schweigen. Aber letzteres war ursprünglich kein Ziel der UNO. Schon die Auflösung des Britischen Kolonialreichs, die unmittelbar nach 1945 begann, verlief zwar im wesentlichen gewaltfrei, zog aber 1947/48 einen regelrechten Krieg zwischen den Nachfolgestaaten Pakistan und Indien um Kaschmir, 1948/49 zwischen Israel und den arabischen Nachbarstaaten, nach sich.
In beiden Fällen versäumte es der Sicherheitsrat der UNO zu tun, was seine Aufgabe gewesen wäre, nämlich "to distinguish victim from aggressor", um das "Executive Summary" des Brahimi Report von 2000 zu zitieren. Stattdessen ließen sich alle Organe der UNO auf das ein, was seitdem "Peacekeeping" genannt wird und wovon in der Charta nichts steht. In dürren Worten: die UNO stülpt Soldaten, die von ausgesuchten Mitgliedstaaten ausgeliehen werden, einen Blauen Helm auf und schickt sie (ursprünglich) als eine Art Stolperdraht zwischen die Fronten, sobald diese gemäß alter Gewohnheit klassischen Völkerrechts zu Waffenstillstandslinien geronnen sind.
Die Tücke des Schicksals sorgt dafür, dass die Welt im Jahre 2002 immer noch mit den erwähnten zwei Konflikten leben muss, dass die Glut kriegerischer Gewalt immer noch in Kaschmir wie in Israel/Palästina unter der Asche so genannter Friedensprozesse schwelt, obwohl die zuständigen "Friedenssicherungs"-Operationen brav von Termin zu Termin fortgeschrieben werden – UNTSO, die UN Truce Supervision Organisation mit Sitz in Jerusalem seit 1948, und UNMOGIP, die UN Military Observer Group in India and Pakistan seit Januar 1949. Es war von vornherein klar und gehörte zum Konzept, dass die Blauhelm-Kontingente viel zu schwach waren, um eine neue Runde ernsthafter Kriegshandlungen zu verhindern. Konsequenterweise zogen sie zwischen Ägypten und Israel 1967 ab und zo-

gen 1982 zwischen Israel und Libanon die Köpfe ein.

2. Die Ausweitung der "Peacekeeping Operations" (PKO) auf Regime-Stabilisierung zwecks "...Wiederherstellung von Demokratie und Schutz der Menschenrechte"[1] hat das Problem weiter kompliziert und insbesondere den Grundsatz der "impartiality" unterhöhlt

Mit ONUC, der "Opération des Nations Unies au Congo", dehnte die UNO 1960-64 ihre neue Aktivität auf Bürgerkriege aus. Gleichwohl versuchte man, die beiden Prinzipien der "Stolperdraht"-Missionen zu retten, die – logisch miteinander verknüpft – deren Voraussetzung darstellen: alle Konfliktparteien müssen dem Einsatz der Blauhelme zustimmen, und die UNO muss sich als unparteiisch verstehen. Macht das in Bürgerkriegen Sinn? Generalsekretär Boutros-Ghali nannte in einer Rede in Kanada 1993 "(...) Wiederherstellung von Demokratie und Schutz der Menschenrechte" als Ziel für solche Interventionen. Das ist kaum anders denkbar denn als Sieg einer Bürgerkriegspartei über die andere (oder alle anderen), während Krieg zwischen Staaten mindestens theoretisch durch Friedensschluss "auf gleicher Augenhöhe" beendet werden kann. Erfolge blieben jedenfalls auch bei UNO-Einsätzen in Bürgerkriegen, die inzwischen fast zur Regel geworden sind, aus. Sie waren bestenfalls kurzfristig (Kongo), wandelten sich manchmal in Katastrophen (Somalia, Ruanda) oder blieben in Grauzonen zwischen Bürgerkrieg und zwischenstaatlichem Krieg stecken; der Versuch, UNPROFOR im Bosnienkrieg "unparteiisch" zu halten, wurde 1995 in Srebrenica ad

1. Boutros-Ghali 1993.

absurdum geführt.
Gleichwohl zählt der Brahimi Report, den Generalsekretär Annan 2000 anforderte, um dem "Peacekeeping" künftig als Wegweiser zu dienen, die "impartiality" nach wie vor zu ihren "bedrock principles".

3. Eiertänze um das Konzept eines "robusten Peacekeeping" sind nur die logische Konsequenz aus der Preisgabe der "impartiality"

Selbst der Brahimi Report verstrickt sich hier in Widersprüche, wenn er in unmittelbar aufeinander folgenden Absätzen des "Executive Summary" den Blauhelm-Soldaten abverlangt, einerseits (wie in Srebrenica) ihre Waffen nur zur Selbstverteidigung einzusetzen, andererseits das Mandat für ihre Mission notfalls mit Gewalt durchzusetzen. Diese beiden Absätze lauten:

> "The Panel concurs that consent of the local parties, impartiality and the use of force only in self-defence should remain the bedrock principles of peacekeeping. Experience shows, however, that in the context of intra-State/transnational conflicts, consent may be manipulated in many ways. Impartiality for United Nations operations must therefore mean adherence to the principles of the Charter: where one party to a peace agreement clearly and incontrovertibly is violating its terms, continued equal treatment of all parties by the United Nations can in the best case result in ineffectiveness and in the worst may amount to complicity with evil. No failure did more to damage the standing and credibility of United Nations peacekeeping in the 1990s than its reluctance to distinguish victim from aggressor.
>
> In the past, the United Nations has often found itself unable to respond effectively to such challenges. It is a fundamental pre-

mise of the present report, however, that it must be able to do so. Once deployed, United Nations peacekeepers must be able to carry out their mandate professionally and successfully. This means that United Nations military units must be capable of defending themselves, other mission components and the mission's mandate. Rules of engagement should be sufficiently robust and not force United Nations contingents to cede the initiative to their attackers."

4. Die Verstrickung von PKO in Bürgerkriege müsste, wenn Parteinahme für eine Konfliktpartei vermieden werden soll, dazu führen, der UNO Regierungsgewalt im Konfliktgebiet zu übertragen

Das ist meines Erachtens der einzige Ausweg aus dem oben angedeuteten logischen Dilemma. Dazu hat sich jedoch der Sicherheitsrat bisher nur ausnahmsweise durchgerungen: In Kambodscha übernahm 1991 UNTAC, United Nations Transitional Authority in Cambodia, auf Zeit die Staatsgewalt und legte sie 1993 in die Hände einer halbwegs frei und fair gewählten einheimischen Regierung zurück. Das Unternehmen kostete ca. 915 Millionen US-Dollar pro Jahr – fast so viel wie die gescheiterte UNPROFOR in Ex-Jugoslawien (ca. 1.020 Millionen Dollar pro Jahr). In Osttimor wiederholte die UNO 1999-2002 mit UNTAET, Transitional Administration in East Timor, das Kambodscha-Experiment – wie es vorläufig aussieht mit Erfolg. Diese Mission kostete "nur" knapp 477 Millionen Dollar. In Namibia wurde 1989 UNTAG, Transitional Assistance Group, zu Beginn ihres Einsatzes nur mit knapper Not aus dem Dilemma gerettet, entweder für das südafrikanische Militär oder für die Befreiungsbewegung SWAPO Partei zu ergreifen. Denn hier hatte man die

vorher bei der UNO für illegal erklärte Apartheid-Verwaltung im Amt gelassen, die nun angeblich vertragswidrig nach Namibia einsickernde SWAPO-Kader zusammenschießen ließ.

5. Die Einbeziehung von Großmächten in PKO seit 1990 hat die UNO nur scheinbar gestärkt, in Wirklichkeit bedroht sie die Effizienz der Mandate und der Kommandoketten

Das Problem wird deutlich, wenn man den Bogen vom Führungsanspruch des Generalsekretärs Hammarskjöld bei ONUC zur NATO-Politik im Kosovo-Konflikt und zum Gerangel schlägt, wer in Afghanistan wen als "lead nation" der ISAF ablösen soll. Die Beschwörung in den Empfehlungen des Brahimi Report,

> "Security Council resolutions should meet the requirements of peacekeeping operations when they deploy into potentially dangerous situations, especially the need for a clear chain of command and unity of effort..."

sowie

> "The entire leadership of a mission should be selected and assembled at Headquarters [der UNO, F.A.] as early as possible in order to enable their participation in key aspects of the mission planning process, for briefings on the situation in the mission area and to meet and work with their colleagues in mission leadership..."

entfernen sich immer weiter von der Realität; die Regierungen in London, Paris, Berlin – geschweige denn Washington! – geben sich offensichtlich nicht damit zufrieden, dass

> "... countries that have committed military units to an opera-

> tion should have access to Secretariat briefings to the Council on matters affecting the safety and security of their personnel, especially those meetings with implications for a mission's use of force."

Bosnien, Kosovo und Afghanistan deuten vielmehr darauf hin, dass die Regenten auch kleinerer Staaten (wie der Türkei) sich vielmehr wieder stärker auf ihre angebliche Souveränität besinnen und es vorziehen, militärische "Sicherung des Friedens" in lockeren ad-hoc-Koalitionen unter Aufsicht der USA zu betreiben, nicht einmal mehr mit dem Instrumentarium der NATO, geschweige denn im komplizierten Netzwerk der Vereinten Nationen.

6. Ein Fortschritt in der Konzeption von PKO gemäß dem Brahimi Report ist die stärkere Betonung der Polizei gegenüber der Militär-Komponente

Man kann nur hoffen, dass es der geschickten Diplomatie der USA gegen die Kandidatur des Ägypters Boutros-Ghali ins Amt des UN-Generalsekretärs Kofi Annan gelingt, der "Weltorganisation" einen bescheidenen Platz in der realen Welt des 21. Jahrhunderts mit etwas eigenem Handlungsspielraum abzustecken.
UNTAG in Namibia war erfolgreich, weil die Blauhelm-Soldaten praktisch überhaupt keine Rolle spielten (außer als Abschreckung gegen Abenteuer der Konfliktparteien), vielmehr UN-Polizisten und UN-Zivilbeamte im politischen Alltag über ein Jahr hinweg und nicht erst an den Wahltagen "Freiheit und Fairness" durchzusetzen halfen.
Das nähert sich der Wirklichkeit in Bürgerkriegs- und Entkolonisierungssituationen an. Konkrete, präzise auf Bedingungen vor

Ort gezielte gemeinsame Polizei- und Beratungsarbeit von Beamten aus unterschiedlichen Ländern erscheint unter UNO-Ägide heutzutage eher möglich als die Aufstellung einsatzfähiger und gleichzeitig tatsächlich vom UNO-Generalsekretär befehligter Militärverbände.

7. Fazit

In absehbarer Zukunft kann die UNO keine "Weltpolizei" aufbieten, weil sie keine Weltregierung darstellt und folglich kein globales Gewaltmonopol beanspruchen kann. Vielleicht ist es ihr aber möglich, lokal begrenzt mit klarem Mandat zur Regierung auf Zeit polizeilichen Schutz von Menschenrechten und Sicherheit beim Aufbau von Demokratie zu garantieren.



Literatur

Ansprenger, Franz: Freie Wahlen in Namibia, Frankfurt a.M. 1991.

Ansprenger, Franz: Blauhelme – Markenzeichen und Alpdruck der Vereinten Nationen, in: Klaus Hüfner (Hrsg.): Die Reform der Vereinten Nationen, Opladen 1994, S. 55-79.

Ansprenger, Franz: Wie unsere Zukunft entstand. Von der Erfindung des Staates zur internationalen Politik – ein kritischer Leitfaden, Schwalbach/Ts. 2000.

Brahimi Report: UN Doc. A/55/305-S/2000/809 vom 21.08.2000 – www.un.org/Depts/german/sr/sr_sonst/a55305.pdf.

Griep, Ekkehard: Neue Maßstäbe für die UN-Friedensmissionen. Der Brahimi-Bericht und seine Folgen. Eine Bestandsaufnahme. Vereinte Nationen (Bonn) 50-2002-2, S. 61-66.

Jett, Dennis C.: Why Peacekeeping fails? Houndmills/London 2000.

Kühne, Winrich: Zukunft der UN-Friedenseinsätze. Lehren aus dem Brahimi-Report. Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn November 2000, S. 1355-1364.

The Blue Helmets: A review of United Nations peace-keeping, New York 1999, 3.Aufl., UN sales no. E. 96.I.14, S. 825.

Wheeler, Nicholas J./Tim Dunne: East Timor and the new humanitarian interventionism. International Affairs (London) 77-2001-4, S. 805-828.

Neubeginn.
Die Möglichkeiten der Entwicklungszusammenarbeit

Jürgen Wilhelm

Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) ist eine Personalentsendeorganisation; er reagiert mit seinem Personalangebot immer dann, wenn es im Partnerland an qualifizierten Fachkräften fehlt oder wenn Entwicklungsvorhaben aus eigener Kraft nicht geleistet werden können. Der Zivile Friedensdienst (ZFD) ist ein neues Element in der Entwicklungszusammenarbeit zur zivilen Konfliktbearbeitung und zur Krisenprävention. Er gehört seit 1999 zum Aufgabenbereich des Deutschen Entwicklungsdienstes. Beide Aufgabengebiete bedingen sich gegenseitig und sind unmittelbar miteinander verbunden. Wirksame Krisenprävention und Friedensförderung in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) sind nur möglich, wenn Maßnahmen des Zivilen Friedensdienstes mit anderen EZ-Maßnahmen ergänzt und flankiert werden.

Gewaltsam ausgetragene Konflikte zerstören die Ergebnisse der Entwicklungszusammenarbeit und entziehen häufig den Projekten der EZ die Grundlage für wirkungsvolles Handeln. Projekte der Entwicklungszusammenarbeit können wiederum ungewollt konfliktverschärfend wirken. Mit der Einrichtung der neuen Arbeitsbereiche Friedensförderung und zivile Konfliktbearbeitung reagiert der Deutsche Entwicklungsdienst auf sein komplexes Arbeitsumfeld. Mit dem neuen Arbeitsbereich verfolgt der DED einen integrativen Ansatz. Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit und der Armutsbekämpfung kommen auf der Basis ei-

ner vorherigen Analyse ihres Friedens- und Konfliktpotentials zusammen mit komplementären neuen Handlungsfeldern, die sich mit Methoden und Mechanismen der zivilen Konfliktbearbeitung auseinandersetzen, gezielt zum Einsatz. Die zentrale Aufgabe des Arbeitsbereiches Zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung ist die Verhinderung oder Überwindung von Gewalt als Mittel zur Lösung von Konflikten.

I. In welcher Situation wird der DED in einer Nachkriegsgesellschaft oder einer konfliktreichen Gesellschaft tätig? Welche Rahmenbedingungen findet er vor?

Projekte in der Friedensförderung und zivilen Konfliktbearbeitung kommen nur dann zum Einsatz, wenn es die Sicherheitslage zulässt, genügend politischer Reformwille seitens der Machthaber oder zumindest großer Teile der Bevölkerung vorhanden ist und wenn die Eskalationsstufe es zulässt. Das heißt, es werden keine Projekte in der Phase offener Kampfhandlungen durchgeführt, wohl aber in spannungsreichen Situationen, in denen es vereinzelt zu Gewalttaten kommen kann.

Die Konfliktursachen sind in den Nachkriegsgesellschaften noch präsent. Die wirtschaftliche Situation des Landes ist gekennzeichnet vom Krieg und den dort geltenden Gesetzen. Eine Versorgung zur Befriedigung der elementarsten Grundbedürfnisse ist oft nicht gegeben, Rechtssicherheit liegt nicht vor. Der Aufbau demokratischer Strukturen, die allen gesellschaftlichen Gruppen einen Zugang zu den Ressourcen ermöglichen, ist notwendig.

Die Menschen in unseren Partnerländern haben in der Regel eine lange Zeit der Gewalterfahrung hinter sich, die häufig wieder eine gewaltsame Reaktion hervorruft, so dass es zu einer gegen-

seitigen Legitimation von immer mehr Gewalt kommt. Gleichzeitig tritt mit zunehmender Gewaltanwendung ein Prozess der sogenannten kognitiven Verarmung und des Opfertums ein. Damit wird die Gegenseite nur noch mit dem gewaltsamen Täter und die eigene Seite nur noch als friedliebende, sich verteidigende Opferseite identifiziert. Solche Bilder wiederum wirken sich strukturbildend auf die Interpretation von Information und Erziehungssystem aus. Häufig erzeugt das Nicht-Funktionieren des Sicherheitssektors eine große Lethargie in der Zivilbevölkerung und eine starke Beeinträchtigung der Entwicklung der Gesellschaft. Traditionelle Methoden der gewaltfreien Konfliktbearbeitung wurden hingegen nach jahrelangen bewaffneten Auseinandersetzungen verdrängt oder vergessen.

2. Was kann eine friedensfördernde Entwicklungszusammenarbeit leisten und was sind wesentliche Faktoren für einen Erfolg?

Projektansätze der Entwicklungszusammenarbeit, Maßnahmen zur Armutsminderung, zum Ressourcenschutz und auch zur Entschuldung leisten einen Beitrag zur Verringerung von strukturellen Konfliktursachen. Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit können aber durch die mit den Projekten einhergehende Bereitstellung von zusätzlichen Ressourcen auch konfliktverschärfend wirken. Der Arbeitsbereich Friedensförderung und zivile Konfliktbearbeitung stellt analytische Instrumente bereit, die sicherstellen sollen, dass alle Projekte des DED eine friedensfördernde und keine konfliktverschärfende Wirkung haben. Eines dieser Instrumente ist der Do-no-harm-Ansatz. Dieser wird in allen Phasen der Projektplanung und -umsetzung angewandt. Mit diesem Ansatz kann der DED messen, ob und wie seine Projekte zur Friedensförderung beitragen und er kann sicher stellen, dass

sie nicht ungewollt konfliktverschärfend wirken.
Bei der Bewertung der Wirkung seiner Projekte geht der DED von einem erweiterten Entwicklungsbegriff aus. Der bisherige Entwicklungsbegriff bezog sich in erster Linie auf die Steigerung des materiellen Lebensstandards und die Entwicklung von technischen, sozialen und ökologischen Kapazitäten einer Gesellschaft. Der erweiterte Entwicklungsbegriff bezieht das politische und soziale System ein. Politische Systeme und Gesellschaften verfügen über unterschiedlich entwickelte Potentiale, um mit Konflikten gewaltfrei umzugehen, und über unterschiedliche Erfahrungen der Gewaltanwendung. Ein Ausblenden der Konflikte bzw. der Konfliktparteien und Kriegsopfer kann verheerende Folgen haben. Immer mehr Projekte finden im konfliktären Umfeld statt, wodurch neben einer technischen Expertise der konstruktive Umgang mit den Konflikten an Bedeutung gewinnt. Die sogenannten Spelten-Indikatoren helfen, das Umfeld auf seine Konfliktpotentiale hin einzuschätzen und geben der Entwicklungszusammenarbeit die Chance, zu einem frühen Zeitpunkt deeskalierend einzugreifen.
Handlungsfelder und Zielgruppen im gesellschaftlich-politischen Bereich sind die lokale Politik, Gemeindeverwaltungen und die lokalen Sicherheitsorgane, aber auch eine stärkere Arbeit mit den Konfliktparteien und denjenigen Gruppen, die besonders unter der politischen Gewalt gelitten haben. Durch Ansätze zur Förderung lokal angepasster Mechanismen ziviler Konfliktbearbeitung berücksichtigt der DED die politische und soziale Dimension von Entwicklung. Die Beispiele, auf die ich später noch eingehen werde, verdeutlichen diesen Ansatz.

Was sind die Instrumente und Ziele des Zivilen Friedensdienstes?

Allgemeines oberstes Ziel des DED im Bereich der Friedensförderung ist die Verhinderung oder Begrenzung der Gewalt bei der Lösung von Konflikten.

Lokale Strukturen nutzen:

Eine Maßnahme ist die Stärkung lokal angepasster Mechanismen der gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten. Um dieses Ziel zu fassen, ist es notwendig die Gruppen und Personen, die sich für eine gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten aussprechen und über Konfliktlinien hinaus kooperieren wollen (Friedensallianzen bzw. Friedenspotenziale), zu stärken. Der DED will zur Unterstützung und Vernetzung dieser Gruppen beitragen ebenso wie zur Bekanntmachung der Friedensinitiativen in den Medien des Gastlandes. Darüber hinaus will der DED Projekte unterstützen, die zur Kooperation und Zusammenarbeit zwischen den Konfliktparteien beitragen. Traditionelle Formen gewaltfreier Konfliktbearbeitung werden reaktiviert.

Vertrauensbildende Maßnahmen:

Der DED will mit seinen Projekten Angst, Vorurteile, fehlende Sicherheit und Erziehung zum Hass abbauen und gleichzeitig den Dialog zwischen den Konfliktparteien aufbauen. In diesem Bereich ist der DED insbesondere in der Friedenspädagogik mit Begegnungsprogrammen, Schlichtungsprojekten und bei der Unterstützung alternativer Informationsquellen tätig. Dieses Ziel ist wichtig zur Krisenprävention, es hat aber ebenso große Relevanz im Bereich der Konfliktnachsorge.

Stärkung der persönlichen Sicherheit:
Durch eine Kontrolle des Sicherheitssektors sowie der Durchsetzung von Transparenz und Effizienz durch die Zivilgesellschaft wird die Sicherheit der lokalen Bevölkerung erhöht. Gleichzeitig soll die Stärkung der Zivilgesellschaft dazu beitragen, dass der Sicherheitssektor nicht nur effektiver funktioniert, sondern nachhaltig "von unten" kontrolliert werden kann. Zugleich sollen Initiativen aus der Zivilgesellschaft zur Stärkung der menschlichen Sicherheit unterstützt werden. Diese Maßnahmen können sowohl präventiver als auch nachsorgender Art sein.

Beitrag zur Versöhnung:
Der DED will einen Beitrag dazu leisten, dass Konfliktparteien, Opfergruppen und ehemalige Kriegsparteien gewaltfrei miteinander leben können. Versöhnung bedeutet hier aber auch, einen Beitrag dazu zu leisten, dass es eine Form gibt, mit der Vergangenheit umzugehen, die die Betroffenen selbst wünschen und die ein friedliches Miteinander zwischen den Konfliktparteien ermöglicht und unterstützt. Hierzu gehören insbesondere die Rehabilitation und Reintegration der Konfliktparteien, ehemaliger Kombattanten und die Unterstützung für Gruppen, die besonders von der politischen Gewalt betroffen sind.

Der Zivile Friedensdienst des DED

Der Deutsche Entwicklungsdienst führt zur Zeit 28 Projekte in den Ländern Simbabwe, Peru, Sudan, Guatemala, Uganda, Bolivien, Tschad, Kambodscha, Ruanda, Chile, Guatemala, Ecuador und Niger durch. Die thematischen Schwerpunkte liegen in folgenden Bereichen: Dialogprogramme, Trauma-Arbeit, Men-

schenrechtsarbeit, Reintegration von Flüchtlingen und ehemaligen Soldaten und in dem Training der Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung. Welche konkreten Maßnahmen und Schritte damit verbunden sind, wird an den einzelnen Beispielen deutlich.

Beispiel Guatemala:
Versöhnungsarbeit in Guatemala

Seit Anfang 2000 führt der DED Maßnahmen der Konfliktbearbeitung in Guatemala durch. Er setzt dabei an zwei wesentlichen Punkten an: den Empfehlungen der Wahrheitskommission für Guatemala als Voraussetzung für die Bearbeitung der Folgen des jahrzehntelangen Bürgerkrieges und der friedlichen Bearbeitung struktureller Ursachen des gewalttätigen Konflikts.

Die Alianza Contra la Impunidad (Die Allianz gegen die Straffreiheit) ist ein 1996 gegründeter Zusammenschluss von Organisationen und Einzelpersonen der Zivilgesellschaft, deren gemeinsames Ziel die Arbeit gegen die Straffreiheit für politisch motivierte Gewalttaten und Verbrechen gegen die Menschenrechte ist. Als Schwerpunkte ihrer Arbeit definiert die Alianza Contra la Impunidad (ACI) die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen, die Förderung der Menschenrechte und die Einforderung eines funktionierenden Justiz- und Staatsapparates. Neben Untersuchungen zu Menschenrechtsverletzungen führt die ACI Workshops zu den Empfehlungen der Wahrheitskommission in verschiedenen Teilen des Landes durch, um so die Herausbildung einer Kultur des Friedens in der guatemaltekischen Nachkriegsgesellschaft zu unterstützen. In Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen der Alianza werden regelmäßig Diskussions- und Videoforen durchgeführt, um die Ergebnisse der Arbeit der ACI einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.

Durch das politisierte Arbeitsumfeld der ACI nehmen ad-hoc-Maßnahmen zu politischen Tagesereignissen einen breiten Raum in der Arbeit der Organisation ein. In diesem Zusammenhang werden von der ACI regelmäßig Analysen zur politischen Lage erstellt sowie Diskussionsforen und Seminare durchgeführt.
Die Veränderung der Kultur der Gewalt, die in der guatemaltekischen Nachkriegsgesellschaft weit verbreitet ist, erfordert einen systematischen und strukturell orientierten Ansatz, der von der ACI in ihrer Arbeit umgesetzt wird. Neben dieser Fortbildungsarbeit in verschiedenen Teilen des Landes trägt die Untersuchung beispielhafter Fälle von Straflosigkeit zu einem kritischen Verständnis der Entstehung und Wirkungsweise der gegenwärtigen Gewaltkultur bei und versucht aus diesem Verständnis heraus Ansätze für Alternativen zu entwickeln. Der Deutsche Entwicklungsdienst unterstützt die Arbeit des ACI in allen Bereichen seit Februar 2000.

Beispiel Kambodscha: Ohne Waffen in die Felder. Train the Trainers – Maßnahmen zur Förderung gewaltfreier Konfliktbearbeitung

Bürgerkrieg und Gewaltherrschaft haben Kambodscha mehr als seine 2 Millionen Todesopfer gebracht. Die Nachbarn von heute sind die Gegner im Konflikt von gestern, der Bauer von nebenan möglicherweise verantwortlich für den Tod eines Familienangehörigen im selben Dorf; somit ist der Krieg in den Köpfen noch nicht zu Ende. Dem brutalen Vorgehen der Roten Khmer in den 70er Jahren, ihrer Zwangskommunisierung und der Abschaffung jeglichen Privatbesitzes folgten Jahre vietnamesischer Fremdherrschaft. Diese Perioden haben zuerst die Reste noch vorhandener, historisch gewachsener, kultureller und sozialer Bindun-

gen und Strukturen in der kambodschanischen Gesellschaft zerstört und ihr dann fremde Systeme aufoktroyiert. Sie sind Ursachen eines dramatischen Werteverfalls und einer Verrohung der Menschen, in deren Folge sich Gewalt als normatives Mittel zur Austragung von Konflikten und zur Durchsetzung der individuellen Interessen etablierte. Gerade die sozial Schwachen leiden unter dem Machtmissbrauch und der Korruption örtlicher und zentraler Behörden, wenn es um die Einforderung ihrer rechtmäßigen Interessen geht. Dies führt zur weiteren Diskriminierung der ohnehin schon benachteiligten Gruppen der Gesellschaft.

SILAKA ist eine Beratungs- und Trainingsorganisation in Phnom Penh. SILAKAs Trainer bilden Mitarbeiter von Organisationen, die in der Entwicklungsarbeit in den Provinzen tätig sind, in Methoden der Mediation und Konfliktbearbeitung fort. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt in oft abgelegenen, ländlichen Gebieten. Die Friedensfachkraft (FFK) des DED trainiert diese Trainer. Zum Erfolg von SILAKAs Fortbildungen gehört ein flexibles Angebot, das sich jederzeit neuen Situationen oder dem Bedarf des lokalen Auftraggebers anpasst. Die Friedensfachkraft berät bei der Analyse und Zusammenstellung des Curriculums sowie bei der Entwicklung von maßgeschneiderten Kursen für die unterschiedlichen Zielgruppen. Buddhistische Mönche, die in der Friedensarbeit aktiv sind, sind beispielsweise eine wichtige Zielgruppe. Die Führungsfachkraft und ihr Partner bieten ihnen an, sich in der Mediationsarbeit zu qualifizieren und zum Zweck der Vernetzung regelmäßige Treffen dieser Mönche zu organisieren. Gemeinsam mit ihren Partnern erarbeitet die Friedensfachkraft geeignete Beratungsmethoden zur Integration von Konfliktbearbeitung und Mediation als Querschnittsthema jener Organisationen, die ihren Schwerpunkt nicht in diesen Bereichen haben.

Nachhaltigkeit bedeutet aber auch die Nachbetreuung ehemaliger Kursteilnehmer und ihren regelmäßigen Erfahrungsaustausch. Die Fachkraft des DED und die Mitarbeiter von SILAKA erarbeiten hierfür geeignete Konzepte.
Zur Vision von SILAKA gehören die Förderung der Versöhnung, der Aufbau von self-awareness/Selbstbewusstsein und der Zivilgesellschaft im Land. SILAKA in ihrer Beratungs- und Fortbildungstätigkeit zu unterstützen und bestmöglich zu befähigen, ist das Ziel der Kooperation von Seiten des DED. Obererstes Ziel, von dem alle Einwohner profitieren, ist ein Ende der Gewaltkultur in Kambodscha.
Die junge Zusammenarbeit hat schon Erfolge vorzuweisen. FFK und seine hoch motivierten Partner von SILAKA führten kurz nach dem gemeinsamen Arbeitsbeginn im Mai 2001 eine Programmplanung und einen Workshop durch, aus denen ein Programmodul zur Konflikttransformation entstand. Die Friedensfachkraft und ihre Partner von SILAKA haben Reisen in die Provinzen Battambang und Bantey Meanchey unternommen, um dort verstärkt dezentral die Aktivitäten auszuweiten. Mit SILAKA hat der DED einen jungen Projektpartner gefunden, der sich in Kambodscha bereits bewährt hat. SILAKA hat das *Forum for Peace Through Love and Compassion* koordiniert, ein Netzwerk lokaler und internationaler, in der Friedens- und Versöhnungsarbeit aktiver Organisationen. In diesem Rahmen fanden vor einigen Jahren große Friedensmärsche statt. Der Fortschritt in Richtung Frieden ist somit bereits angelaufen.

Beispiel Sudan: Neuanfang mit 20 Feddan Land – ZFD im Sudan

Der Sudan, flächengrößter und zugleich einer der ärmsten Staa-

ten Afrikas, leidet unter dem längsten Bürgerkrieg auf dem afrikanischen Kontinent. Dieser Krieg dauert bis heute an und ist mehr als ein "Religionskrieg" zwischen dem islamischen Norden und dem animistischen und christlichen Süden. Er wird um die Identität verschiedener Gruppen geführt, die kaum mehr gemeinsam haben als ihre ehemaligen kolonialen Herren. Der Fund von Bodenschätzen, vor allem Erdöl, in den Grenzgebieten zwischen Norden und Süden fügt den Ursachen des Konflikts in jüngster Zeit noch eine ökonomische Komponente hinzu. Der Krieg, Vertreibungen und daraus resultierende Hungersnöte haben in den vergangenen zehn Jahren tausende von Angehörigen des Dinka-Stammes aus dem Süden in den Nord-Sudan und in die Grenzgebiete zwischen Nord- und Süd-Sudan getrieben. Ca. 158.000 Menschen sind geflüchtet – ca. 70.000 davon leben in 12 Flüchtlingscamps inmitten der Siedlungsgebiete der Rizzegat Araber im Norden. Beide Volksgruppen sind traditionell verfeindet.

Lebensperspektive für 4.000 Dinka-Familien

Das Leben in den Lagern und die Menschenrechtssituation sind katastrophal. Schulen und Gesundheitsversorgung wie auch die Versorgung mit Lebensmitteln sind – trotz sporadischer Hilfsprogramme internationaler Organisationen – absolut unzureichend. Ein Neuansiedlungsprogramm auf freiwilliger Basis bietet nun 4.000 Dinka-Familien wieder eine Lebensperspektive – und entschärft zugleich die angespannte Lage in und um die Flüchtlingslager. Im Rahmen des Programms wurden zwei Dörfer in einem bisher sehr dünn besiedelten Gebiet gegründet. Sie bieten den Dinka eine dauerhafte Möglichkeit für Ackerbau und Viehzucht in sicherer Umgebung. Jede Familie hat dort 20 Feddan (entspricht 8,4 ha) gutes Ackerland mit Besitztitel erhalten, dazu

auch Saatgut für den ersten Anbau und landwirtschaftliche Kleingeräte. Eine Friedensfachkraft des DED berät die Flüchtlinge gemeinsam mit einem einheimischen Counterpart z. B. in Fruchtfolge und Cash-Crop-Produktion.

Zivile Konfliktbearbeitung mit Vertretern beider Volksgruppen

Die insgesamt vier Entwicklungshelfer arbeiten auch am Aufbau lokaler Strukturen zur Vermeidung von Konflikten und an einkommenschaffenden Maßnahmen. Das ist dringend notwendig, denn die Altsiedler im Projektgebiet gehören anderen Stämmen an und sind dort schon seit vielen Jahren ansässig. Die Friedensfachkräfte haben bei der Bildung gemischter Arbeitsgruppen und Komitees mit Vertretern beider Volksgruppen beraten und bilden diese in Methoden ziviler Konfliktbearbeitung weiter. Die Komitees sind für Wasser- und Landverteilung, für gemeinsame Schulen und für die Gesundheitsfürsorge zuständig. Über die Gruppen partizipieren die Zielgruppen an der Projektsteuerung und beide Bevölkerungsgruppen sind integriert. Schließlich sind einkommenschaffende Maßnahmen notwendig, um die wirtschaftliche Eigenständigkeit der – vielfach frauengeführten – Haushalte zu stärken und eine Infrastruktur aufzubauen. Mit Kleinkrediten können die Kreditnehmer (wiederum beider Volksgruppen) z. B. Eseltransportkarren herstellen oder beschaffen sowie kleine Geschäfte für landwirtschaftlichen Kleinhandel aufbauen.

Das Neuansiedlungsprojekt im West-Sudan besteht seit 2000; Kooperationspartner sind Oxfam, Save the Children Fund UK, die Europäische Gemeinschaft (ECHO), die das Projekt seit Anfang 2002 mit zwei Millionen Euro unterstützt, UNICEF und

UNDP als Mit-Geldgeber, schließlich auf einheimischer Seite die Regierung des Staates Süd-Dafur und traditionelle Führer beider Volksgruppen. Das Projekt veranschaulicht den Betroffenen und uns zwei Dinge: dass die Schaffung von Einkommen für alle die Lösung und Bearbeitung von Konflikten stark begünstigt. Und dass Frieden die Voraussetzung für Entwicklung ist.

Beispiel Afghanistan.
DED – Sonderprojekt: Wiederaufbau Afghanistan

Afghanistan ist eines der ärmsten und am wenigsten entwickelten Länder der Welt. Die Bevölkerung wird auf ca. 26 Millionen Menschen geschätzt. 42 Prozent der Bevölkerung sind unter 14 Jahre alt. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt etwa 46 Jahre. Ethnisch setzt sich die Landesbevölkerung aus ca. 38 Prozent Paschtunen, 25 Prozent Tadschiken, 19 Prozent Hazaras, 6 Prozent Usbeken und anderen kleineren ethnischen Gruppen wie den Aimaken, Turkmenen und Balochen zusammen. 50 Prozent der Menschen sprechen Dari und 35 Prozent Pashtu. Die wirtschaftliche und politische Lage ist durch den schon Jahrzehnte dauernden Krieg geprägt und wurde zusätzlich noch durch Dürre und andere Naturkatastrophen verschärft. In den vergangenen 10 Jahren haben schätzungsweise 6 Millionen Menschen das Land verlassen. Ende des Jahres 2000 gab es mindestens 375.000 Binnenflüchtlinge. Unter den katastrophalen Lebensbedingungen leiden vor allem Kinder, Frauen und ältere Menschen. Etwa eine halbe Million Kriegsversehrte, Witwen (rund ein Viertel der verheirateten Frauen sind Witwen), Waisen, Straßenkinder und durch Krieg bzw. Bürgerkrieg traumatisierte Kinder gehören zu den besonders benachteiligten Gruppen. Fast 80 Prozent der Afghanen haben keinen Zugang zu einer medizinischen Versorgung. Die Ernährungsgrundlagen sind



nicht mehr gegeben, der Zugang zu Trinkwasser ist kaum noch gewährleistet, der Tierbestand ist auf 30 Prozent des Normalbestandes gesunken. Die durch die Dürre stark reduzierte landwirtschaftliche Produktion ist durch die Kampfhandlungen fast völlig eingestellt worden. Fast 80 Prozent der Kinder im Alter von sieben bis vierzehn Jahren gehen nicht mehr zur Schule. Mindestens 56 Prozent der Männer und 81 Prozent der Frauen sind Analphabeten. Die nachhaltige Förderung des Friedensprozesses in Afghanistan und eine schrittweise Stabilisierung der Lage im Land steht an erster Stelle. Hauptziel der beabsichtigten Maßnahmen ist kurzfristig eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung in ausgewählten Provinzen und mittelfristig eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage.
Im Rahmen der Washington-Konferenz (20. November 2001) und der ADB/Weltbank/UNDP-Konferenz Islamabad, Preparing for Afghanistan (27.-29. November 2001) wurde die Notwendigkeit der Anwendung des "Kontinuums-Ansatzes" für die Situation in Afghanistan nach 23 Jahren Krieg und Bürgerkrieg besonders hervorgehoben. In der Praxis laufen entwicklungsorientierte Nothilfe, humanitäre Hilfe und Wiederaufbauaktivitäten parallel. Infolge der außergewöhnlichen politischen Brisanz der Situation in Afghanistan ist von der internationalen Gebergemeinschaft beabsichtigt, mit dem Wiederaufbau nach einer möglichst kurzen Übergangsphase der entwicklungsorientierten Nothilfe zu beginnen, wobei im Kontext der Terrorismusbekämpfung auch Gebiete der Taliban einbezogen werden müssen. Durch die komplexen Konflikte im multiethnischen Afghanistan erscheint es sinnvoll, bereits in diesem Stadium friedensbildende und vertrauenstiftende Maßnahmen zu integrieren.

Der Beitrag des DED

Im April 2002 nahmen die ersten Entwicklungshelfer (EH) ihre Arbeit in Kabul auf. Wir beabsichtigen im Jahr 2002 insgesamt 29 EH nach Afghanistan zu entsenden. Der Landesdirektor wird im Juni 2002 ausreisen und das bereits eröffnete gemeinsame Büro der deutschen Entwicklungszusammenarbeit – Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und DED – in Kabul beziehen.

Unser Programm für Afghanistan wird folgende Maßnahmen umfassen:

Bis zu zwölf Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer des DED sollen in entwicklungsorientierten Nothilfeprojekten der Deutschen Welthungerhilfe (DWHH) eingesetzt werden. In Ernährungssicherungsprojekten arbeiten DED-Fachkräfte bereits daran mit, die brachliegende landwirtschaftliche Produktion wieder in Gang zu bringen. In Kürze werden wir Brunnenbauer und Wasserbauingenieure entsenden, die helfen sollen, die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Bis zu acht Entwicklungshelfer sollen Projekte der GTZ, des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und der KfW in den Bereichen Grundbildung – insbesondere für Mädchen und Frauen – und Basisgesundheitsversorgung unterstützen. Sie helfen z. B. beim Wiederaufbau von Schulen und Krankenhäusern und kümmern sich um logistische Maßnahmen für die Wiedereingliederung von rückkehrenden Flüchtlingen.

Bis zu vier EH werden lokale Nichtregierungsorganisationen, Selbsthilfeinitiativen und kommunale Verwaltungen beraten und schulen. Ziel ist es, die Zivilgesellschaft zu stärken, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu fördern sowie die vom Krieg besonders stark betroffenen Bevölkerungsgruppen sozial zu integrie-

ren. Bis zu fünf Entwicklungshelfer sollen in der Beschäftigungsförderung arbeiten und so Einkommensmöglichkeiten für die Bevölkerung schaffen. Sie werden z. B. Kleinunternehmer und Gewerbebetriebe in ihrer Start- bzw. Wiederaufbauphase beraten. In Kooperation mit der "Arbeitsgruppe Entwicklung und Fachkräfte im Bereich der Migration und Entwicklungszusammenarbeit" (AGEF) und der "Zentralstelle für Arbeitsvermittlung" (ZAV) sollen sie bei der Reintegration von Flüchtlingen und Migranten, insbesondere Frauen, helfen.

Was sind die Herausforderungen und Ziele?

Andere Politikbereiche beeinflussen gewollt oder ungewollt die Entwicklung in den Partnerländern und auf globaler Ebene. Die Bemühungen der Entwicklungszusammenarbeit können unterstützt, sie können jedoch auch konterkariert werden. Beispiele der Handelspolitik, Agrarpolitik oder Rüstungspolitik haben dies in der Vergangenheit immer wieder gezeigt. Der Erfolg entwicklungspolitischer Bemühungen liegt nicht allein in der Hand des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), auch wenn das BMZ immer mehr Aufgaben übernimmt. Dies gilt es anzuerkennen. In der Konsequenz bedeutet dies, dass die Entwicklungspolitik sich nicht nur auf die Förderung von Projekten und Programmen der Entwicklungszusammenarbeit beschränken kann, sondern sie muss auch die anderen Politikfelder hinsichtlich den übergeordneten Zielen, wie sie z. B. auf den Weltkonferenzen der 1990er Jahre festgehalten wurden, motivieren und in die Pflicht nehmen. Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, die Achtung der Menschenrechte, der Beschluss der Bundesregierung die extreme Armut bis zum Jahr 2015 zu halbieren sind Ziele, die sich nicht nur die Entwicklungs-

zusammenarbeit gesetzt hat, sondern für alle Politikbereiche gelten. In diesem Sinne müssen die Interessendivergenzen zwischen den Politikfeldern für eine stärkere Berücksichtigung der globalen Entwicklungsziele gelöst werden.

Die Erkenntnis ist nicht neu, in den letzten Jahren gab es von Seiten der politischen Parteien und auch von Nichtregierungsorganisationen, die verstärkt auf die politischen Inkohärenzen hingewiesen haben, Vorschläge für eine Verbesserung. Mehrere, vor allem institutionelle Schritte wurden unternommen, die jedoch nicht ausreichen, solange der politische Wille zu mehr Kohärenz im Sinne der entwicklungspolitischen Zielsetzung nicht gegeben ist.

Der Entwicklungspolitik fehlt die mächtige innenpolitische Interessengruppe, so wie sie in anderen Politikfeldern, wie z. B. der Agrarpolitik gegeben ist. Dies führt zu der Notwendigkeit, entwicklungspolitische und globale Zusammenhänge in die Gesellschaft zu tragen und die interkulturelle Kompetenz der Entwicklungszusammenarbeit zu nutzen. Das gilt im gleichen Maße auch für die Gesellschaften in unseren Partnerländern. Wenn es keine starke Zivilgesellschaft in den Gastländern gibt, wer kontrolliert die Umsetzung und die Wirksamkeit demokratischer und wirtschaftlicher Reformen und die Garantie der Rechtsstaatlichkeit? Die geforderte stärkere Verzahnung von Entwicklungs-, Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik erfordert in der Konsequenz auch eine Neubewertung der Indikatoren und Länderkooperationen. Die internationale Gebergemeinschaft kann sich im Sinne einer Vermeidung von Folgekosten nicht nur auf sogenannte good performers konzentrieren, sondern muss auch Lösungen für bad performers suchen. Initiativen für einen umfassenden Dialog mit den wichtigsten Akteuren in den betroffenen Ländern auf allen Ebenen, einschließlich

der Zivilgesellschaft, Ausbau des Zivilen Friedensdienstes und der Maßnahmen zur Krisen- und Konfliktprävention sind nur erste Schritte, die hier zu nennen sind.

Last but not least ist es auch eine Frage der Finanzierung, wie den strukturellen Ursachen von Konflikten begegnet werden kann. Konfliktursachen wie extreme Armut, mangelnde Bildung, Verknappung der Ressourcen durch Erosion, Ausbreitung der Wüstenflächen, Überwaldung und Überfischung können nicht ohne entsprechende finanzielle Mittel gelöst werden. Der Rückgang der deutschen EZ-Leistungen seit Anfang der 90er Jahre von 0,39 % des Bruttosozialprodukts 1991 auf 0,27 % des BSP im Jahre 2000 wirkt ernüchternd. Die Hoffnung auf die Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Mexiko Mitte März soll zum Abschluss aber einen optimistischen Ausblick geben.



Zeitzeugen berichten

Anita Lasker-Wallfisch

1925 wurde ich in eine jüdisch komplett assimilierte Familie in Breslau geboren. Mein Vater war unter anderem Rechtsanwalt und Notar am Oberlandesgericht und Frontkämpfer mit eisernem Kreuz erster Klasse. Als Hitler diese ganze Geschichte angefangen hatte, hat mein Vater sich absolut nicht vorstellen können, dass man in Deutschland so einen Irrsinn mitmacht. Das kann ja nicht lange dauern! Wie Sie wissen, hat man sich geirrt! Leider war die Idee auszuwandern jedoch kein Thema für meinen Vater. Wie kann man im Ausland als Rechtsanwalt seinen Lebensunterhalt verdienen? Wir waren drei Kinder im Haus. Leider wurde er Opfer dieses Optimismus. Der Krieg brach aus. Nach dem 9. November, der Reichsprogromnacht, hat man dann langsam verstanden, dass man als Jude in Deutschland nicht überleben kann. Da war es bereits zu spät an Auswanderung zu denken. Im Grunde hat sich nicht so furchtbar viel verändert auf dieser Welt, denn niemand will unbedingt gerne Fremde im Land aufnehmen und noch dazu Juden. Wir blieben also sitzen.

Dann brach der Krieg aus, meine Schwester und ich wurden zum Arbeitsdienst eingezogen und meine Eltern wurden deportiert. Das ist so ein Wort, das man so dahinsagt, ohne zu wissen, was es eigentlich bedeutet. Man hat damals vorgegaukelt, dass man in den Osten verschickt wurde, um zu arbeiten. Wir haben aber sehr bald bemerkt, dass niemand zurückkam, und dann fing man an von Gaskammern zu munkeln. Man wusste, das Leben ist zu Ende, es ist nur eine Zeitfrage, wann man selbst drankommt. Meine Schwester und ich blieben damals zurück und gingen nicht mit den Eltern mit, da wir nicht auf der Liste der Deportation standen. Vielleicht können Sie sich vorstellen, was für ein großes

Trauma es war, nicht als Familie zusammen zu bleiben und wir wollten natürlich mit den Eltern mitgehen. Folgendes rechne ich meinem Vater mehr als an : Er ist aus dem Haus gegangen und ist ziemlich schnell wieder zurückgekommen. Angeblich war er bei der Gestapo um zu fragen, ob wir mitgehen dürften. Ich glaube nicht, dass er überhaupt dort war. Er kam also und sagte: "Nein, ihr dürft nicht mitgehen. Da, wo wir hingehen, kommt man zeitig genug hin." Mit anderen Worten: Er wusste bereits, dass man von dort, wo sie hingehen, nicht wieder zurück kommt. Meine Schwester und ich sind also damals geblieben. Einfach dazusitzen und zu warten bis einer einen abholt, um einen zu ermorden, ist kein sehr gutes Gefühl.
Wir wuchsen zweisprachig auf – deutsch-französisch. In der Fabrik, in der wir gearbeitet und Klopapier hergestellt haben, gab es französische Kriegsgefangene. Es dauerte nicht lange, bis wir, natürlich heimlich und vollkommen verboten, mit Ihnen in Kontakt kamen. Dadurch wurden wir sehr bald Urkundenfälscher und fälschten für diese Kriegsgefangenen und Auszureisenden Papiere. Was ich betonen möchte ist, dass es absolut nicht annehmbar für uns war, einfach da zu sitzen und darauf zu warten, bis einer einen abholt, um einen zu ermorden, nur weil man Jude ist. Obwohl wir noch sehr jung waren, wollten wir, dass, wenn man uns schon ermordet, es wenigstens für etwas sein soll, das schwerwiegender ist als die Sünde Jude zu sein! Und wir wurden auch verhaftet und kamen ins Gefängnis, was sehr gut war, denn je länger man damals im Gefängnis saß, desto später kam man in ein KZ. Aber schließlich bekamen wir eine Gerichtsverhandlung und wurden verurteilt: meine Schwester zu Zuchthaus, ich zu Gefängnis. Da man aber auch die Gefängnisse judenrein machen musste, landeten wir in Auschwitz. Meine eigene Geschichte ist

etwas anders als die Allgemeine, denn da ich eine Verbrecherin war, kam ich mit einem Verbrecherzug nach Auschwitz, nicht mit einem dieser riesigen Transporte von Viehwagen, die Sie wahrscheinlich hundertmal in Dokumentationsfilmen gesehen haben. Ich war ein Karteihäftling, denn in Deutschland ist man ja sehr genau. Ich war nicht nur einer der Millionen verdammten Juden, ich war ein Verbrecher, und das war gut, denn für mich gab es eine Karteikarte. Und das heißt, dass man nicht gleich bei der Ankunft in Auschwitz der Selektion unterfallen ist: Wer zu jung ist und nicht arbeiten kann, geht ins Gas, wer zu alt ist, geht ins Gas, und wer noch arbeiten kann, geht ins Lager. Ich bin gleich ins Lager reingekommen, und durch weitere Glücksfälle – ich bin Musikerin – gab es im Lager eine Kapelle, die dringend ein Cello brauchte. Ich bin also durch Geschichten, die jetzt zu lang sind zu erzählen, in diese Kapelle reingekommen, als einzige Cellistin, was auch psychologisch ein großer Vorteil war, man konnte sich auf mich beziehen. Ich war nicht einfach Nummer 69388, sondern man konnte von mir sprechen: "Das ist die Cellistin!"
Als die Russen näher kamen, wurden wir nach Belsen evakuiert; dort gab es keine Kapelle mehr, dort ist man krepiert! Der Unterschied zwischen den verschiedenen Lagern ist, dass man in Auschwitz technisierte Massenmorde beging – mit System; in Belsen dagegen ist man krepiert, denn da gab es nichts mehr zu essen, da gab es überhaupt nichts mehr. Am 15. April 1945 wurden wir im letzten Moment von den Engländern befreit und damit begann die zweite Phase des Überlebens. Die Tatsache, etwas überlebt zu haben, was Millionen von Menschen nicht überlebt haben, bringt mich zu dem Begriff Trauma – ich habe das Wort nicht gerne. Man fragt sich automatisch: Warum? Warum ich und warum nicht jener? Aber dadurch, dass man lebt, hat man irgendwie die Pflicht darüber zu sprechen, was wiederum



ein Grund ist zu leben.
Als ich endlich in England war, was sehr schwierig war – ein Jahr war ich noch in Belsen, dann unter anderem in Brüssel – hat niemand jemals eine Frage an mich gerichtet. Ich kann wirklich sagen, dass man bis zum 50. "Memorial" der Befreiung der Lager in England nicht darüber gesprochen hat, es war ein Tabu-Thema. Hier hat man wahrscheinlich aus anderen Gründen nicht darüber gesprochen. Plötzlich aber öffneten sich die Schleusen. Jetzt plötzlich kamen die Leute an und fragten, und vor diesem Hintergrund entstand auch mein Buch.[1] Und ich glaube irgendwie, dass wir, wenn wir es schon überlebt haben, eine Pflicht zu erfüllen haben – die Pflicht nicht zu schweigen –, auch wenn es einem manchmal ein bisschen zu viel wird. Ich spreche sehr viel in Schulen und frage immer, ob irgendjemand einen Juden kennt. Es geht kaum eine Hand hoch. Ich habe das Gefühl, dass jüdisch zu sein in Deutschland immer noch bedeutet, anders zu sein und das ist für mich sehr schwer zu akzeptieren.
Von den Juden, die jetzt hier sind, sind die meisten aus Russland. Und wie das so ist, wenn man als Minorität irgendwo ankommt und fremd ist, sucht man sofort Menschen, die dieselbe Sprache sprechen und dadurch bilden sich vollkommen natürlich Gruppen heraus. Und dann bildet sich wieder so eine Art Ghetto mit Menschen, die irgendwie nicht dazu gehören. Aber als ich in Deutschland gelebt habe, vor beinahe hundert Jahren, gab es keine Ghettos, wir waren vollkommen integriert. Trotzdem hieß es eines Tages: "Juden auf eine Seite und ihr auf die andere!" Und plötzlich war man ein Jude! Als man mich zum ersten Mal "dre-

1. Lasker-Wallfisch, Anita: Ihr sollt die Wahrheit erben. Die Cellistin von Auschwitz. Erinnerungen. Reinbek bei Hamburg 2000.

ckiger Jude" genannt hat, bin ich zu meinem Vater gegangen und habe gesagt: "Was ist denn das eigentlich?" Verstehen sie, so integriert war man hier, jetzt ist das nicht mehr so. Und ich finde, dass schlimmste an uns Menschen ist, dass wir uns ständig Etiketten geben! Ich habe schon wieder ein Etikett bekommen! Jetzt bin ich ein "survivor". Erst war ich ein normaler Mensch, dann war ich ein dreckiger Jude, dann war ich Ungeziefer, dann war ich plötzlich eine "displaced person" und habe nirgends hingehört. Immer fortwährend hängen wir uns Etiketten an! Wenn wir doch endlich damit aufhören würden! Wir sind alles Menschen und niemand ist dafür verantwortlich, als was er geboren ist! Sind sie gefragt worden, wo Sie geboren werden wollen? Vielleicht wollte ich auch lieber nicht in Deutschland geboren werden, sondern in Russland, oder woanders! Das ist eine Frage, die man nicht gefragt wird, aber in dem Moment, in dem man geboren ist und auf dieser Welt herumspaziert, hat man eine Verantwortung. Ich habe das Gefühl, dass es hier immer noch ein Problem ist, jüdisch zu sein! Das ist ein Skandal! Man muss irgendwo eintragen, ob man Jude ist. Gott sei Dank gibt es das in England nicht. Niemand fragt dort, was man ist.
Meine Erklärung dafür ist, dass Großbritannien Kolonien hatte, und man deshalb an schwarze Gesichter gewöhnt ist. Man überlegt sich nicht, wie man Fremde, die nicht dazugehören, systematisch aus der Welt schaffen soll. Meiner Meinung nach ist das einzigartig in Deutschland. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass wir heute von vielen Genoziden reden, von vielen Morden – ich will keine Vergleichsstudie zwischen Genoziden machen, alle sind furchtbar schlimm und nichts ist zu entschuldigen – aber der Holocaust hat eine ganz bestimmte Charakteristik, die auf die anderen nicht zutrifft. Der Holocaust hat sich nicht auf einem bestimmten Platz abgespielt. Wenn man gesagt hätte: "Deutsche



Juden raus! Ihr nehmt uns noch alle unsere Plätze weg!", hätte man es noch verstehen können. Nein, es hieß, alle Juden, die man erreichen kann, müssen ermordet werden. Wir waren nicht organisiert, so wie man das heute gerne sagt, um die Welt zu regieren. Wir sollten alle ermordet werden, niemand hat sich verteidigen können! Der Judenmord war universal, also ist er doch ein bisschen anders als die anderen Morde, das heißt aber nicht, dass er besser oder schlechter ist, er ist anders.
Für mich kam nicht in Frage, in Deutschland zu bleiben oder hier zu leben! Ich meine, ich könnte ja jeden Tag jemandem die Hand reichen, der meine Eltern ermordet hat. Außerdem, und ich glaube, das gilt sogar heute noch, ist das Verhältnis zwischen Juden und Deutschen immer noch ein bisschen prekär, denn es sind wahnsinnig viele Schuldgefühle bei den Deutschen vorhanden. 45 Jahre lang bin ich nicht nach Deutschland zurückgekommen, und der Grund dafür ist, dass man mich gefragt hat: "Warum fährst du nicht, wer weiß, es ist doch alles schon so lange her!" Es ist beinahe unmöglich mit einem Deutschen zu sprechen, von dem man nicht binnen zweier Sekunden gehört hat: "Wir waren keine Nazis, in meiner Familie waren keine Nazis. Also im Grunde gab es nicht einen einzigen Nazi in Deutschland". Die Unterhaltungen sind unnatürlich. Irgendwie habe ich das nicht mehr nötig, ich will normal mit den Menschen verkehren. Jetzt hat sich das verändert, ich bin jetzt vielmehr mit jungen Leuten zusammen und habe das Gefühl, dass ich jetzt wieder normal mit einem Deutschen sprechen kann, wenn er nicht gleich zu sagen hat, er sei kein Nazi gewesen.
Ich möchte noch etwas zum Abschluss sagen. Wir sprechen hier von Erinnerungsarbeit und man spricht so von seinen Erinnerungen: War das eigentlich so oder war das ein bisschen anders? Im

Grunde ist das gar nicht wichtig! Wichtig ist nur, dass wir, in dieser Gesprächsrunde, alle Furchtbares erlebt haben, jeder Einzelne auf seine eigene Art und Weise. Das ist ja gar nicht so wahnsinnig interessant. Das Interessante ist, wie gehen wir jetzt weiter? Was lernen Sie dabei? Vielleicht soll man sich mal die Frage stellen: Was ist denn das eigentlich, Antisemitismus? Was sind denn das eigentlich, Juden? Ja, ich glaube, niemand kann es mir beantworten. Wenn sie mich fragen, kann ich es ihnen auch nicht beantworten, ich bin einer, aber warum, weiß ich nicht. Und wir sind derartig divers, wir sind so verschieden, sprechen verschiedene Sprachen, vielleicht können wir mal in die Geschichte der Juden einsteigen und sehen, was wir alles für vollkommen verschiedene Menschen sind. Warum hassen wir Juden, warum hassen wir Fremde? Ich glaube, die Arbeit, die wir hier machen, ist nicht darauf bezogen, was wir alles erlebt haben, sondern darauf, was weiter werden wird. Das ist das Interessante! Wenn es uns nicht mehr gibt, werden wir nicht mehr davon sprechen können. Wie kann man lernen, wie man sich seinem Mitmenschen gegenüber verhalten soll? Ich glaube, darum handelt es sich.

Anneliese Knoop-Graf

Ich bin die Schwester von Willi Graf. Die Schwester eines ermordeten Widerstandskämpfers zu sein ist auch ein Schicksal, eine Aufgabe für sich. Ich habe mit meinem Bruder, der drei Jahre älter war als ich – ich bin Jahrgang 1921 – eine ganze Weile in München zusammengelebt. Dadurch lernte ich dann die Mitglieder der Weißen Rose kennen. Wobei ich das Wort Mitglieder mit Vorbehalt benutze; es gab schließlich keinen Verein, in den man eingetreten ist und eine Mitgliedschaft erwerben konnte. Es war ein Geheimbund, zu dem man nur vorsichtig Kontakt fand.
Mein Bruder hatte Hans Scholl und Alexander Schmorell in einer Münchener Studentenkompanie kennengelernt. Sie waren alle Medizinstudenten. Ab 1942 haben sie Flugblätter gegen die Nazis verbreitet. Flugblätter, die klar machen sollten, welche bestialischen Handlungen die Nazis begehen und wie wichtig es war, dass sich jeder einzelne auf seine Weise gegen dieses System wehrt. Wenn er es nicht tut, so stand in den Flugblättern geschrieben, wurde er selbst mitschuldig an all diesen Verbrechen.
Mein Bruder hat sich also diesem Kreis angeschlossen. Er war von Anfang an, schon als Jugendlicher, ein ausgesprochener Gegner der Nazis. Er ist nicht in die Hitlerjugend gegangen, obwohl ihm beschieden wurde: "Dann kannst du kein Abitur machen!" Das konnte er dann doch! Er war auch innerhalb der Familie eigentlich ein Außenseiter. Wir stammen aus einem sehr katholischen, rheinischbetonten Elternhaus. Wir sind zwar in Saarbrücken aufgewachsen, aber unsere Eltern stammten aus Bonn und Köln. Sie spielten auch im Kampf um die Saar 1935 eine gewisse Rolle. Vielleicht kennen Sie die Parole von damals: "Heim ins Reich!"

Heute bin ich über die Vergangenheit viel besser informiert, als ich es damals war und für mich ist es fast unvorstellbar, dass Menschen, die doch wussten, was inzwischen im Reich vor sich ging, sich so stark dafür machten, in dieses Reich wieder zurückzukehren! Das hatte politische Gründe! Ich erinnere an Versailles und alles, was uns damals vorgegaukelt wurde. Mein Bruder aber fiel völlig aus dem Rahmen, indem er sagte: "Ich mache das alles nicht mit!" Es ist ganz wichtig zu wissen, dass er schon mit fünfzehn, sechzehn Jahren fest davon überzeugt war, gegen die Nazis sein zu müssen. Entgegen dem Willen unserer Eltern, entgegen dem Willen der Schule, entgegen dem Willen der Kirche.
Ich kam zusammen mit ihm im November 1942 nach München, ich studierte Sprachen, er, wie gesagt, Medizin. Er war seit Beginn des Krieges an allen Fronten dabei. Als Mediziner musste er Kranke und Verwundete versorgen. Er brauchte also nicht auf andere Menschen zu schießen. Er wurde dann für ein Semester von der Front nach München für sein Studium beurlaubt, und bat mich, auch nach München zu kommen, damit wir wieder einmal als Geschwister zusammen sein konnten. Als Kinder war unser Kontakt sehr eng. Als ich dann in meine typisch pubertären Verhaltensweisen verfiel, die er als großer Bruder nur kopfschüttelnd betrachtete, lockerte sich unsere Verbindung. Aber generell waren wir uns immer sehr nah. Es entstand zwischen uns ein Briefwechsel von solcher Intensität, wie es ihn heute wahrscheinlich kaum noch gibt.
Als ich dann im November 1942 nach München kam, lernte ich durch meinen Bruder die anderen Mitglieder der Weißen Rose persönlich kennen. Hans und Sophie Scholl, Alexander Schmorell, Christoph Probst und Professor Huber, ein Philosoph und älterer Berater, der das letzte Flugblatt entwarf und verbrei-

tete und deshalb auch sterben musste. Es wird Sie wundern, und auch ich bin immer wieder erstaunt, dass mein Bruder, der sehr stark männerbündisch orientiert war, der Meinung war, das alles sei nichts für Frauen! Damit muss ich leben, damit müssen Sie leben! Er hat, obwohl ich eng mit ihm zusammenlebte und alle anderen auch kennenlernte, in meiner Anwesenheit nie über Widerstandsaktivitäten gesprochen. Und vielleicht ist es, um auf unser Thema zu kommen, mein Trauma, dass er mich nicht für würdig befand, in die Aktionen eingeweiht zu werden. Und das, obwohl wir ständig darüber gesprochen haben, dass endlich etwas gegen diese Nazis geschehen muss. Es war Konsens zwischen uns und trotzdem hat er mir keine Aufgaben, wie beispielsweise Flugblätter verteilen, übertragen. Im Gegensatz zu Hans Scholl, der sowohl seine Schwester als auch seine Freundinnen miteinbezogen hat. "Das war nichts für dich," sagte er, als ich ihn im Gefängnis danach fragte. Obwohl sich dann herausstellte, dass es doch etwas für mich war! In einem geheimen Brief an mich, den er dem Gefängnisgeistlichen in Steno anvertraute, schrieb er beinahe testamentarisch:

> "Du sollst dazu bestimmt sein, mein Andenken und Wollen aufrechtzuerhalten! Sage allen meinen letzten Gruß, sie sollen weitertragen, was wir begonnen haben."

Und so fiel mir die Aufgabe zu, weder Mitwisser noch Mittäter, sondern, ich sage es mal so, Testamentvollstrecker zu werden. Und manchmal, wenn ich in Schulen über meinen Bruder spreche und etwas traurig scheine, sagen dann Fünfzehnjährige tröstend: "Ach, er wollte Sie bestimmt aufbewahren für später!" Nehmen wir an, dass es tatsächlich so war und ich diese Aufgabe habe. Dann war sie vielleicht sogar ein großer Pluspunkt, die Gnade meines Lebens.



Ich habe bald nach Kriegsende geheiratet und mit meinem Mann zusammen eine Internatsschule geleitet. Dadurch hatte ich, und das ist vielleicht eine Besonderheit, immer eine aufgeschlossene Gruppe junger Menschen um mich, die wissen wollten, was damals eigentlich passiert ist. Ich musste nicht durchs Land ziehen und sagen: "Hallo, hier bin ich, ich habe euch was zu erzählen!" Ich war in eine festgefügte, auch menschlich festgefügte Gemeinschaft eingebunden, die es mir leichter gemacht hat, mich selbst wieder zu finden. Ich habe mich durch die Tatsache, dass ich gleich wieder darüber gesprochen habe, frei gesprochen. Auch frei gesprochen für meine eigene Existenz. Das hat mir geholfen meine innere Stabilität wiederzufinden, um dann in Ruhe und sachlich mit jungen Menschen darüber zu sprechen. Vielleicht erinnern sich einige von Ihnen daran, dass das auch nach 1945 nicht ganz einfach war, denn es gab überall Stimmen, die sagten, wie konnten die bloß so etwas machen, das Vaterland verraten. Das gab es und gibt es übrigens auch heute noch!
Zu Erinnerungsarbeit, wenn ich diesen Begriff einfach mal so pauschal gebrauchen kann, gehört auch die Auseinandersetzung mit der eigenen Person. Ich habe mit meinem Bruder gelebt, wie Sie alle mit ihren Geschwistern gelebt haben, ohne je daran zu denken, alles was er sagte, tat oder nicht tat aufzuschreiben. Die Erinnerungsarbeit beinhaltet das schreckliche Ende meines Bruders – seine Hinrichtung. Er hat mit vollem Bewusstsein den Kampf gegen die Nazis aufgenommen und ich vergleiche dies mit dem, was ich selbst erlebt habe. Ich war nur drei Jahre jünger, aber wenn man jung ist, sind drei Jahre ein großer Unterschied. Ich muss aufpassen, ob nicht irgendwo die Erinnerung durch die historischen Ereignisse verstellt ist, die ich ja auch mitvollzogen habe. Meine Erinnerungsarbeit muss von mir selber ständig hin-

terfragt oder überprüft werden: War das denn so, hat sich die Geschichtsschreibung verändert? Hat sie mein Gedächtnis überlagert? Muss ich da etwas wegschaufeln, was man als Überlagerung bezeichnen könnte? Der nächste Schritt ist, dass ich darüber oft spreche, sprechen muss, ja sprechen will, auch meist zu Jugendlichen. Das ist natürlich eine große Hilfe. Und Sie kennen ja wahrscheinlich auch das Gedicht von Hans Sahl: "Wir sind die letzten, frag uns aus! Wir sind zuständig!" Und das ist ja vielleicht auch so eine Art Motto Ihrer Veranstaltung hier: Wir sind noch zuständig, vielleicht nicht mehr sehr lange, aber wir wollen das sein.
Wenn ich "Wir" sage, dann ist das die "Weiße Rose-Stiftung". Ich bin die zweite Vorsitzende dieser Stiftung, die 1987 gegründet wurde. Unser Bestreben ist es, zu informieren, aufmerksam zu machen. Das bedeutet, sich nicht einfach hinzustellen, sondern Konsequenzen daraus zu ziehen, zu überlegen, was muss ich, was muss jeder selber für sich tun, damit so etwas nie wieder passiert. Das ist natürlich nicht leicht, man kann auch nicht verlangen, dass alle Jugendlichen mir nun immer gebannt zuhören. Aber ich glaube doch, dass sich eine Ehrfurcht vor den Beteiligten oder Angehörigen entwickelt. Jedenfalls ist Zeitzeuge zu sein kein Job, das ist eine Verpflichtung und manchmal auch eine Last. Aber ich habe ja nicht nur mit Jugendlichen, sondern auch mit der älteren Generation oder der Vorgängergeneration zu tun. Ich habe damit zu tun, mit meinen Zeitgenossen umzugehen und wie auch schon Frau Lasker-Wallfisch zum Ausdruck brachte, hat es seit dem 8. Mai 1945 angeblich keine Nazis gegeben! Und dann wurde die Weiße Rose sehr leicht als Alibi benutzt: "Seht Ihr, so schlimm war das doch alles gar nicht, es gab doch immerhin Studenten, die aufgestanden sind." Aber meiner Meinung nach ist die Weiße Rose kein Beweis dafür, dass die Nazis doch nicht so

schlecht waren, sondern sie ist ein Beweis dafür, wie schlecht sie waren. "Wehe dem, der Helden brauchte", hat Brecht gesagt.

Fosieh Schamsawari

Seit fast zwanzig Jahren lebe ich in der Bundesrepublik Deutschland. 1981 habe ich "freiwillig" mein Heimatland, den Iran, verlassen. Diesen Entschluss zu fassen, hat in mir große Probleme und Konflikte ausgelöst. Ich musste auf vieles verzichten, denn ich musste mein Land, mein Zuhause, meine Familie und meine Freunde verlassen. Ich musste meine gute Stellung im Ministerium für Wissenschaft, Kultur und Bildung aufgeben. Das bedeutete, dass ich auf alles, was mir lieb und wertvoll war, verzichten und meine vertraute Umgebung aufgeben musste. Ich fand mich in einem fremden Land wieder, dessen Sprache ich weder kannte, noch sprechen konnte. Mir blieb aber keine andere Wahl: Die neue Situation und die neuen Lebensbedingungen in meiner Heimat waren für mich nicht vertretbar. Sie waren nicht mit meinen Wertvorstellungen zu vereinbaren.

Ich habe diese Entscheidung meine Heimat zu verlassen sowohl aus politischer als auch aus moralischer Überzeugung getroffen. Es war sehr schwierig, sich zu diesem Schritt zu entschließen. Um einen solch radikalen Schnitt im Leben zu machen, braucht man viel Mut und sehr konsequentes Handeln. Man muss alle Brücken hinter sich abbrechen, damit kein Zurück mehr möglich ist. Und erst nach lang andauernden Konflikten setzt man endlich seinen Entschluss in die Tat um. Aber damit ist ja noch längst nicht alles getan. Man ist voller Mut und Hoffnung, vielleicht spürt man auch etwas Erleichterung darüber, dass man alles hinter sich einigermaßen geschafft hat. Dabei scheint man hart geworden zu sein, hofft aber im Innersten, seine eigene Empfindsamkeit, das Verständnis, die Toleranz für andere Menschen und für sich selbst auf diesem Entwicklungsweg nicht verloren zu haben. Bei dieser



Entwicklung musste ich bald erkennen, dass dies nur der Anfang eines unendlich langen Labyrinths war, das zu komplizierten Konflikten führte. Ich fühlte mich zu der Zeit eingeschlossen in einem quälenden, unerträglichen, nicht enden wollenden Teufelskreis. Man ist nicht frei und unbefangen, denn man hat seine ganzen Konflikte von zu Hause mitgebracht: Die Angst nicht frei leben zu können, die Wut, die Verzweiflung, die Ohnmacht und man wird auch im neuen Land immer wieder mit diesen Problemen konfrontiert. Diese Probleme schienen unlösbar zu sein.

Bald stellt man fest, dass die große Hoffnung in den neuen Beginn sich als große Enttäuschung erweist. Man kommt nicht voran: Die vielen Behördengänge, der damit verbundene Papierkrieg, das hin und her, das alles ist eine Qual. Und am Ende hat man mit großer Mühe und unendlichem Zeitaufwand nur eine kurzbefristete Aufenthaltserlaubnis, aber keine Arbeitserlaubnis erhalten. Mit großer Enttäuschung stellt man spätestens zu diesem Zeitpunkt fest, dass man zwar weggekommen, aber immer noch nicht angekommen ist.

Hier muss ich hinzufügen, dass die Entscheidung nach Deutschland zu gehen, durchaus eine bedachte Entscheidung war. Denn mein Mann lebte hier bereits seit vielen Jahren, er hatte hier studiert und viele Freunde gewonnen. Deutschland war für ihn zu einer zweiten Heimat geworden. Somit war ich nicht allein, mit all meinen Ängsten und Konflikten. Er konnte mir immer wieder helfen und mich in vielen Dingen unterstützen. Außerdem waren Kultur und Gesellschaftsform dieses Landes für mich auch nicht so unbekannt und ich war durchaus in der Lage mich anzupassen. Trotzdem, man ist in einem fremden Land, man spricht die Sprache nicht und man hat keinerlei Sicherheit, denn man hat ja weder eine Arbeits- noch eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis.

Nach jahrelanger Berufstätigkeit ist man plötzlich arbeitslos und gerade in einer Situation, in der man am dringendesten eine Beschäftigung bräuchte. Denn eine Beschäftigung in dieser sowohl psychologisch als auch existentiell schwierigen Zeit würde so sehr helfen! So sitzt man in der Falle! Man stellt fest, dass man einen sehr hohen Preis für die Entscheidung, die man getroffen hat, zahlen muss. Ich hatte mir alles doch nicht so schwer und kompliziert vorgestellt! Schock und Trauma saßen tief und schwer in Körper und Seele. Man hat Existenzangst – man ist verzweifelt. Solche Lebensbedingungen sind keine ideale Basis für die Bewältigung und Verarbeitung von Konflikten und die dadurch ausgelösten Traumata.
Der neue Anfang schien mir unmöglich zu sein. Aber man muss sich durchkämpfen, durch die Behörden und vor allen Dingen muss man stark gegen die eigenen inneren Schwächen ankämpfen. Man muss versuchen, die alten mitgebrachten Konflikte zu bewältigen und eine Möglichkeit zu finden, mit den sich neu ergebenden Konflikten zurechtzukommen, d. h. sich zu arrangieren.
Zu dieser Zeit fasste ich den Entschluss, konsequent die Sprache des Landes zu erlernen. Für mich war das einer der wichtigsten Schritte für einen neuen Anfang. Denn ich bin der Meinung, ohne Sprache ist man nicht nur verloren, nein, man hat auch keine Chance, sich zu integrieren, sich mit der Kultur des Landes befassen zu können und die Menschen kennen zu lernen.
Man versucht, sich Schritt für Schritt mit der neuen Situation auseinanderzusetzen und anzufreunden. Man versucht, trotz der Probleme, denen man ständig ausgesetzt ist, und der Depressionen, die auftreten, sein selbst erwähltes Schicksal zu akzeptieren und zu bewältigen. Manchmal wird man müde, man möchte nicht mehr kämpfen – aber man findet immer wieder Kraft, indem man an das Schicksal von tausend anderen Frauen und Männern

denkt, die ähnliche Situationen durchleben. Auch sie wollten sich nicht brechen und unterdrücken lassen. Auch sie wollten frei sein. Auch sie wollten in Würde und mit Selbstbestimmungsrecht leben. Ein Leben ohne Würde und Selbstbestimmungsrecht wäre für mich kein Leben.
Ich kann heute mit Sicherheit sagen, dass ich jederzeit wieder diesen Entschluss fassen und diese Entscheidung treffen würde. Obwohl ich davon überzeugt bin, dass ich die Konflikte, die sich für mich ergeben haben, noch immer nicht vollkommen bewältigt habe. Tief in mir ruht eine Zerrissenheit, die mich noch immer beschäftigt, dennoch spüre ich eine große Hoffnung, und wie Hesse schrieb "... jedem Anfang wohnt ein Zauber inne...".
Zum Schluss möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass wir bei allen Schwierigkeiten und Problemen immer wieder von sehr lieben Freunden und auch von Menschen, die wir inzwischen kennen gelernt hatten, unterstützt wurden, die immer bereit waren uns zu helfen. Und das ist in der heutigen Zeit nicht selbstverständlich. Diesen wunderbaren Menschen fühle ich mich nach wie vor sehr verbunden, in Liebe und Dankbarkeit.

Enisa Ceric

Was uns 1992 angetan wurde, ist schlimm und unfassbar. Wir muslimischen, bosnischen Menschen haben erlebt, was Willkür, Terror und Mord bedeuten. Wir kennen Hass und Erniedrigung. Wir haben alles verloren: unsere Heimat, unsere Persönlichkeit und unsere Menschenwürde.

Sie alle haben anhand verschiedener Berichte erfahren, dass in Bosnien ethnische Säuberungen und Vertreibungen stattgefunden haben, dass es dort Konzentrations- und Vernichtgungslager gab. Aber sie können nicht wissen, wie es ist, Leichen von massakrierten Menschen zu sehen; wie tief es eine Mutter schmerzt zu sehen, wie siebzehnjährige Kinder ermordet werden. Sie können nicht wissen, wie sehr sich eine Frau schämt, vergewaltigt worden zu sein; sie wissen auch nicht, wie ein Vater leidet, der zusehen muss, wie die eigene Tochter vergewaltigt wird. Sie haben nicht auf der Erde geschlafen wie wir. Sie haben weder Läuse noch Diphterie gehabt. Sie haben nicht die Wunden von geschlagenen Menschen gesehen – Wunden aus denen Würmer herauskriechen! Sie haben nicht die Schreie gehört, wenn Menschen nachts geschlagen oder Mädchen brutal vergewaltigt wurden.

All das haben wir erlebt und müssen trotzdem weiterleben. Es wird gesagt, man solle neu beginnen, aber für uns gibt es keinen Neubeginn. Jeder muss selbst mit der Vergangenheit fertig werden. Wir können diese Bilder nicht vergessen, egal, ob wir schlafen oder arbeiten, sie sind immer da. Wer vom eigenen Volk so brutal verrraten wurde, hat kein Vertrauen mehr und fühlt sich von Gott und den Menschen verlassen. Unweigerlich stellt man sich die Frage, wozu man noch leben soll und was einen noch erwartet!

Nach dem Schock der Vertreibung sind wir, auf der Suche nach Frieden, Geborgenheit und Stabilität, nach Deutschland gekommen. Wir waren glücklich, überlebt zu haben. Dann kamen die Jahre der Ungewissheit, und wir sagten uns, wir müssen unserer Kinder wegen weiterleben. Sie sollen sich eine eigene Zukunft aufbauen können, sie sollen ohne Hass leben; sie sollen anständige Menschen werden. Wir waren froh, dass unsere Kinder in Deutschland in einem demokratischen Land aufwachsen und Schulen besuchen können.

Als wir in Deutschland ankamen, war mein Mann schwer krank und lag die ersten vier Monate nur im Bett. Er wog nur noch 38 Kilo und hatte viele körperliche und seelische Wunden, weswegen er nicht arbeiten gehen konnte. Um die Familie zu versorgen, habe ich dann mit letzter Kraft Arbeit gesucht und diese in einem Altersheim gefunden. Obwohl ich kein einziges Wort Deutsch konnte, haben sie mich aufgenommen. Nach vier Monaten hat mein Mann als Bauarbeiter in einer Firma eine Arbeit gefunden. Wir waren sehr glücklich, arbeiten zu können, da wir niemandem zur Last fallen wollten.

Nach ein paar Jahren sollten die Flüchtlinge laut Gesetz in ihre Heimat zurückkehren. Wir empfanden das als eine zweite Vertreibung. Wohin sollten wir gehen? Etwa in den Teil des Landes, der von den Serben ethnisch gesäubert worden war? Wo die Mörder als Sieger frei herumlaufen und regieren? Dorthin wollten und konnten wir nicht gehen! Aber es gibt Menschen, die mehr machen als nur ihre Pflicht. Menschen, die uns in der schwierigen Situation nicht alleine gelassen haben. Mit Hilfe des Beratungszentrums für Flüchtlinge und vieler deutscher Freunde haben wir dann eine Aufenthaltsbefugnis bekommen. Daraufhin haben wir uns gesagt, dass wir jetzt die Möglichkeit haben, hier

unsere Zukunft aufzubauen. Aber schwer traumatisierte Leute werden ihr Trauma nie los.
Meinem Mann ging es sehr schlecht: Er hatte jede Nacht Alpträume. Mein jüngster Sohn sollte zu dieser Zeit eine Ausbildung beginnen. Ich schlug ihm vor Krankenpfleger zu werden, weil das ein humanitärer Beruf ist, indem er für Menschen da sein kann. Daraufhin hat er sich in einem christlichen Krankenhaus beworben, bekam aber eine Absage. Sie sagten ihm, dass sie keine Muslime ausbilden. Darauf antwortete mein Sohn, dass er aus einem Land kommt, in dem wegen Religion Krieg geführt wurde und dass er mit Religion nichts mehr zu tun haben will. Die Sekretärin meinte dann, er solle zum Pfarrer gehen und sich taufen lassen, danach würde er eine Ausbildungsplatz bekommen. Daraufhin habe ich persönlich mit unserem Pfarrer gesprochen und ihm gesagt, dass wir hier, in einem demokratischen Land, noch mal wegen unserer Religion ausgegrenzt werden! Mein Sohn hat dann jedoch zum Glück einen Ausbildungsplatz im städtischen Klinikum bekommen. Er wird dieses Jahr mit seiner Ausbildung fertig. Mein ältester Sohn beendet dieses Jahr sein Elektrotechnik Studium hier in Karlsruhe. Ich selbst arbeite zur Zeit im Krankenhaus als Krankenschwester und bin sehr zufrieden mit dieser Arbeit.
Äußerlich erscheint also alles gut und schön. Innerlich aber fühlt jeder sich einsam, weil er mit niemand über das Geschehene spricht, um die anderen nicht mit der eigenen Geschichte zu belasten. Man schluchzt in sich hinein und hofft, dass die eigenen Kinder nie erleben müssen, was wir erlebt haben. Nach acht Jahren wurde mein Mann aufgrund seiner traumatischen Erlebnisse leider arbeitsunfähig.
Was uns passiert ist, zeigt, dass Europa und die Welt nichts aus dem Zweiten Weltkrieg gelernt haben. Europa hat jahrelang zu-

gesehen und nicht reagiert. Sie haben gesagt, es sei ein Bürgerkrieg, in den man nicht von außen eingreifen könne! Wir sind Deutschland und seinen Bewohnern sehr dankbar für die Gastfreundschaft, die sie vielen Flüchtlingen während des Krieges entgegengebracht haben. Nach vier Jahren in der Bundesrepublik ist die Mehrzahl zurückgekehrt, wenn auch nicht alle freiwillig. Viele Überlebende sind in andere Länder Europas oder nach Amerika und Australien gegangen, wo sie eine neue Heimat gefunden haben. Viel sind schon gestorben, andere sind noch heute schwer traumatisiert. Sie träumen immer noch schlecht, wachen nachts auf und haben Angst. Sie sind auf den Beistand und die Hilfe von Psychologen und Ärzten angewiesen. Die Welt kann Kriege führen, aber sie kann die seelischen und köperlichen Wunden der Menschen nicht wieder gut machen. Wir sind in unserer Heimat unendlich gedemütigt und nicht als Menschen betrachtet worden. Ich hoffe, dass wir mit Hilfe unserer deutschen Freunde unsere Menschenwürde wieder gewinnen und unser zerstörtes Selbstwertgefühl heilen können.

Klaus Borchert

Auf die Eingangsfrage, wie es in den USA um die Akzeptanz von ethnischen Minderheiten vor dem 11. September bestellt war, lässt sich folgendes sagen: Es kommt darauf an, von welchen Minoritäten Sie sprechen und wie lange diese bereits in den USA leben. Wenn Sie von Antisemitsmus sprechen, muss ich leider sagen, dass dieser in den USA sehr stark vorhanden ist. Nach außen hin, d. h. international, tritt er wahrscheinlich nicht so in Erscheinung. In der Presse wird er kaum berücksichtigt, aber er ist nach wie vor vorhanden und heute stärker, als noch vor zehn Jahren. Ich kann das, glaube ich, beurteilen, da meine Frau und mein jüngster Sohn jüdisch sind. Ich erlebe den Antisemitismus zwar nicht am eigenen Leib, aber im Bekanntenkreis wird sehr viel darüber diskutiert. Zudem bin ich Mitglied einer jüdischen Gemeinde. Juden stellen in den USA eine gewisse Elite dar, wodurch teilweise Neid ensteht. Neid ist vielleicht nicht ganz das richtige Wort. Lassen sie es mich so ausdrücken, die Juden bilden in unserer Kleinstadt eine intellektuelle Gruppe; das schafft irgendwie Grenzen. Da ich selbst so mittendrin lebe, kann ich es schwer artikulieren.

Im allgemeinen werden ethnische Gruppen grundsätzlich akzeptiert. Ich will dabei nicht unbedingt sagen, dass sie alle willkommen sind. Es kommt wirklich drauf an und einige sind den Leuten zu exotisch. In den letzten Monaten hatten Orte und Städte mit großem arabischem Bevölkerungssteil leider ihre Probleme. Das ging bis dahin, dass Personen von Flügen ausgeschlossen wurden, oder die Piloten sich weigerten, sie zu transportieren. Ich muss gestehen, ich kann mich dabei nicht ausschließen. Ich hatte ein ungutes Gefühl, wenn zwei, drei arabisch aussehende jüngere

Leute ins Flugzeug kamen, es ist dumm, aber es ist diese Beklommenheit, die sich leider nicht vermeiden lässt.

Ich war am 11. September in meinem Büro im 103. Stockwerk und habe auch den ersten Anprall auf den Südturm gesehen; der Südturm ist der Turm, der als zweites in Mitleidenschaft gezogen wurde. Morgens telefoniere ich meist als Erstes mit Deutschland, der Schweiz oder Skandinavien und sehe dabei aus dem Fenster. Daher habe ich alles zufälligerweise miterlebt. Am Nachmittag desselben Tages habe ich im Appartement meines Freundes eine Email an einen Kollegen in Deutschland geschrieben, die einen Eindruck davon vermittelt, was sich an diesem Tag abgespielt hat:

> "Lieber Gilbert,
> ich bin am Leben und einer der Glücklichen, die dem Inferno entkommen sind. Als wir heute um viertel vor neun telefonierten, raste das erste Flugzeug ein paar Stockwerke unter mir in den benachbarten Tower. Es war ein Albtraum, der Wirklichkeit wurde! Nachdem ich auflegte, liefen wir zu den Aufzügen, die hoffnungslos überfüllt waren, darauf begannen wir, das heißt, die meisten meiner Kollegen, das Treppenhaus vom 103. Stockwerk runterzulaufen. Nach ca. zehn Minuten kam eine Lautsprecherdurchsage, dass unser Tower nicht in Mitleidenschaft gezogen worden sei, sicher sei und wir im Gebäude bleiben könnten, aber auch gehen könnten, wenn wir dies wollten. Nach weiteren fünf Minuten, gegen neun Uhr, erlebten wir dann im Treppenhaus eine Erschütterung, die viele zur Seite warf. Sie stellte sich später für uns als der Anprall des zweiten Flugzeuges, dieses mal in unseren Tower, heraus. Die Hitze, die weinenden Frauen und die drohende Panik waren schlimm! Als wir nach einer guten halben Stunde ganz unten ankamen, und über den Seitenausgang aus dem Gebäude dirigiert wurden, wurde uns das wahre Ausmaß der Katastrophe erst bewusst. Die meisten Leute begannen einen Marsch in Richtung uptown,

> da U-Bahn, Busse und Fähre nicht mehr benutzt werden konnten. Ca. 400 Meter vom World Trade Center entfernt, sah ich dann unseren vierhundert Meter hohen Turm einstürzen. Ein entsetzliches Bild, das für eine Weile den Himmel dort unten verdunkelte! Von Tower eins, der zuerst getroffen worden war, sah man inzwischen, wie sich Menschen aus Verzweiflung aus den geborstenen Fenstern stürzten. Wenig später brach auch dieses Gebäude total zusammen. Ich habe daraufhin gegen dreizehn Uhr zu Fuß und das letzte Stück mit dem Bus das Appartement eines Freundes in der 89. Strasse erreicht, von wo ich jetzt diesen Bericht schreibe. Heute werde ich kaum noch aus Manhattan raus und nach Hause kommen. Die Tunnel sind bisher noch alle gesperrt, wodurch auch der Busverkehr nach New Jersey lahmgelegt ist.
> Ich kann nur hoffen und beten, dass möglichst viele meiner Kollegen gleich zu Beginn den Abstieg begonnen und damit überlebt haben. Morgen werde ich versuche mit verschiedenen Leuten Kontakt aufzunehmen. Susan, meine Frau, rief mich eben an und teilte mir mit, dass mein Kollege Barbin es auch geschafft hat.
> Ich kann es immer noch nicht fassen, dass die Twin Towers und mein Büro nicht mehr existieren. Ich halte immer noch nach den Rauchschwaden Ausschau, die bis hier in der 89. Strasse zu sehen sind. Es ist wie ein noch mal geschenktes Leben [...]"

Später stellte sich heraus, dass zweihundert meiner Kollegen ums Leben kamen. Entweder gingen sie zu spät los oder sind nur ein Stück weit zu Fuß gelaufen und haben dann versucht, die Expressaufzüge im 78. Stock wiederzubekommen. Vermutlich mussten sie dort warten und dann kam schon der Einschlag des zweiten Flugzeuges! Statistisch gesehen sind nur 20 Prozent dabei umgekommen, das hört sich natürlich gut an. Aber diese 20 Prozent wiegen schwer, weil darunter auch drei oder vier meiner Kollegen waren, mit denen ich tagtäglich zusammengearbeitet habe. Darüber hinwegzukommen ist schwer und dauert sehr

lange.
Ein Problem stellte auch die Kommunikation dar. Nach den ersten zwanzig Minuten wurde jegliche Kommunikation mit dem Handy unmöglich, und es gab eigentlich keine Möglichkeit zu Hause anzurufen, um zu sagen: "Ich habe es geschafft, ich bin draußen!" In der Zwischenzeit versuchte meine Familie aus Deutschland etwas über mich in Erfahrung zu bringen und rief meine Frau in New Jersey an. Und obwohl die Nachrichten schon um die ganze Welt gingen, wusste sie nichts über meinen Verbleib. Es dauerte etwa 1 ½ Stunden bis ich dann Gelegenheit hatte, zu Hause anzurufen!
Am nächsten Tag kam ich nach Hause, das Wiedersehen mit der Familie war sehr schön. Dem folgten dann endlose Trauergottesdienste, da jeder Kollege und jeder Mitarbeiter seinen eigenen Trauergottesdienst hatte. Zu vielen bin ich gegangen, das hat es besonders hart gemacht. Auf der einen Seite die Trauer, aber auch Schuldgefühle. Hätte ich nicht noch den einen oder anderen an die Hand nehmen können, an die Hand nehmen müssen und mit runternehmen? Es sind Menschen einfach verschwunden. Kollegen, die vor mir mit dem Abstieg begannen, sind verschwunden. Niemand weiß, wo sie geblieben sind. Eventuell haben sie, wie vorhin schon erwähnt, doch noch irgendwo versucht den Aufzug zu erwischen, und sind dann beim zweiten Einschlag verbrannt! Gerade die Ungewissheit ist entsetzlich! Wo die Leute sind. Sind sie überhaupt wirklich tot? Inzwischen gibt es keine Zweifel mehr daran, aber diese Ungewissheit hat uns lange sehr zu schaffen gemacht! Zu dieser Zeit haben wir sehr viel miteinander telefoniert. Manchmal fing es mit zehn Personen an und steigerte sich bis zu hundert. Das ist mit der Konferenzschaltung, die man in den USA leicht machen kann, kein Problem. Und ei-

gentlich ging es immer um dieselbe Frage: "Hast du diesen und jenen gesehen? Was ist aus dem geworden?" Das ging anfänglich alle zwei, drei Tage so.
Das hat sehr geholfen, muss ich sagen. Das darüber Sprechen, das Austauschen gemeinsamer Erlebnisse. Gerade das Berichten können, hat mir sehr geholfen alles zu verarbeiten. Das wurde mir auch bewusst, als ich einen Reporter der Zeitschrift "Stern" bei mir hatte. Eigentlich wollte ich keine Interviews. Der war aber unheimlich nett und sensibel und nahm sich viel Zeit. Er kam zu mir nach Hause und verbrachte ein ganzes Wochenende bei uns. So konnte ich innerhalb meiner eigenen vier Wände, in meiner Sprache über das Geschehene sprechen. Das war sehr heilsam, eine sehr gute Erfahrung!
In New York hat sich sehr viel wieder normalisiert. Aber es ist nicht mehr so wie es war, und das wird es auch nicht mehr werden! Wir haben uns immer wie auf einer großen Insel gefühlt! Das lag wohl auch daran, dass die USA eigentlich nie von außen angegriffen worden sind. Dieses Gefühl ist vorbei.
Bis letzten Dienstag hatte sich vieles normalisiert. Dann, wie sie vielleicht auch mitbekommen haben, gab es wieder Anschlagsdrohungen. Dadurch haben wir gemerkt, wie dünnhäutig wir noch sind. Am nächsten Tag kamen etwa zehn Prozent meiner Kollegen nicht zur Arbeit. Das große Bus Terminal in New York, wo auch ich ankomme, wurde geräumt, weil irgend jemand ein verdächtiges Paket sah. Polizisten standen wieder an jeder Ecke, auch in den U-Bahnen. Wir hatten alle ein sehr ungutes Gefühl und es kamen viele Dinge wieder hoch. Wenn man in New Jersey lebt, muss man, um nach Hause zu kommen, durch lange Tunnel fahren. Es ist jedesmal wieder das Bangen, hoffentlich ist kein Stau da, sodass wir da unten stehen bleiben. Da kommen einem alle möglichen Gedanken. Sollte noch einmal etwas passieren,

was könnte es diesesmal sein? Etwas Sensationelleres. Wäre nicht ein Tunnel das ideale Ziel für Terroristen?
Es sind immer noch, das möchte ich auch noch sagen, eine Menge Leute in psychischer Behandlung. Bei uns in der Firma sind es, schätze ich noch 20 %. Amerikaner begeben sich viel schneller in Behandlung und lassen sich in dieser Beziehung helfen. Auf der positiven Seite muss ich sagen, dass sich für mich durch das Erlebnis die Wertung zwischen Karriere, Beruf und Privatleben verschoben hat. Ich arbeite weniger an den Abenden, weniger Nachtarbeit und nicht mehr am Wochenende. Die Beziehungen zu meinem jüngsten Sohn und zu meiner Frau sind intensiver geworden. Wir denken mehr darüber nach, was wir tun und wie wir es zusammen tun können.
Bei der Diskussion Denkmal, Mahnmal oder Wiederaufbau stehe ich beidem sehr positiv gegenüber. Ich finde allerdings nicht, dass die beiden Türme wieder so errichtet werden sollen, wie sie ursprünglich waren. In Planung sind ja vier Türme mit fünfzig Stockwerken, ob das allerdings so einen Unterschied macht, möchte ich bezweifeln. Meiner Ansicht nach sollte an dieser Stelle wieder etwas gebaut werden, auch mit einem Mahnmal bin ich sehr einverstanden. Nur möchte ich nicht mehr im fünfzigsten oder hundertsten Stock arbeiten — eigentlich nicht mal mehr über dem sechsten!

Die Autorinnen und Autoren

Franz Ansprenger

war bis zu seiner Emeritierung 1992 im Fachbereich Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin tätig und baute dort die "Arbeitsstelle Politik Afrikas" auf.

Publikationen u.a.:

Geschichte Afrikas. 2. Aufl., München 2004.
Politische Geschichte Afrikas im 20. Jahrhundert. 3. Aufl., München 1999.

Klaus Borchert

lebt nach verschiedenen mehrjährigen Auslandsaufenthalten in den USA und Südamerika seit 1995 in Upper Montclair/New Jersey. Seit 1977 ist er für eine amerikanische Versicherungsgesellschaft tätig, die ihren Sitz bis zum 11. September 2001 in Tower 2 des World Trade Centers hatte.

Enisa Ceric

lebte bis 1972 in Banja Luka (Bosnien). Während des Balkankrieges wurde ihre Familie auseinandergerissen. Frau Ceric wurde mit ihrem jüngsten Sohn in das Lager Trnopolje und ihr Mann in das KZ Omarska deportiert. Ende 1992 gelang ihr die Ausreise nach Deutschland.

Angela Genger

ist seit 1988 Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf und führt seit einigen Jahren Interviews mit Verfolgten, vorwiegend jüdischen Emigranten und Überlebenden aus Essen und Düsseldorf.

Publikationen u.a.:



Der 10. November 1938 in Düsseldorf. Eine Text-Collage. Audio-CD, Düsseldorf 1998.
Durch unsere Herzen ziehen die Jahrtausende: Briefe 1933-1942, Düsseldorf 1988.

Hermann Glaser

war u.a. Schul- und Kulturdezernent der Stadt Nürnberg, Honorarprofessor an der TU Berlin und weiteren in- und ausländischen Universitäten. Er hatte 1996/97 die Stiftungsgastprofessur der L-Bank am Interfakultativen Institut für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe (TH) inne.

Publikationen u.a.:
Kleine deutsche Kulturgeschichte von 1945 bis heute. Eine west-östliche Erzählung, Frankfurt am Main 2004.
Die Mauer fiel, die Mauer steht. Ein deutsches Lesebuch 1989-99, München 1999.
Die Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. 3 Bände, München 1990.

Christian Hacke

ist seit 2000 als Professor für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte an der Universität Bonn tätig. Er ist u.a. Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn und des Committee on Atlantic Studies in Washington D.C.

Publikationen u.a.:
Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: Weltmacht wider Willen? München 2002.
Zur Weltmacht verdammt: Die amerikanische Außenpolitik von J.F. Kennedy bis G.W. Bush. München 2002.

Anneliese Knoop-Graf

ist seit 1987 zweite Vorsitzende der Weiße-Rose-Stiftung e.V. in

München. 1943 wurde ihr Bruder Willi Graf wegen der Mitgliedschaft in der Widerstandsgruppe "Weiße Rose" von der Gestapo verhaftet. In Vorträgen und Seminaren zeigt sie Hintergründe und Motive des studentischen Widerstandes auf.

Publikationen u.a.:
Willi Graf. Briefe und Aufzeichnungen. Frankfurt 1994.
Jeder Einzelne trägt die ganze Verantwortung – Willi Graf und die Weiße Rose. München 1991.

Anita Lasker-Wallfisch

wurde aufgrund ihrer jüdischen Herkunft und wegen Passfälschungen 1943 in das KZ Auschwitz deportiert. 1946 siedelte sie nach England über und war Mitbegründerin des English Chamber Orchestra, dem sie nach wie vor als Cellistin angehört.

Publikationen u.a.:
Ihr sollt die Wahrheit erben. Die Cellistin von Auschwitz. Erinnerungen. Reinbek bei Hamburg 2000.

Heidi Meier-Menzel

ist zweite Vorsitzende der Christlich-Islamischen Gesellschaft in Karlsruhe. Sie betreut ehrenamtlich traumatisierte Kriegsflüchtlinge aus Bosnien und dem Kosovo in Zusammenarbeit mit dem Verein "Freunde für Fremde" in Karlsruhe. In Sarajewo und Mostar arbeitet sie mit der "Gesellschaft für bedrohte Völker", sowie mit "Merhamet" und dem UNHCR zusammen.

Publikationen u.a.:
Christlich-Muslimische Ehen und Familien, Frankfurt am Main 2003.

Gregor Paul

ist apl. Professor für Philosophie an der Universität Karlsruhe, Wissenschaftlicher Berater des Hauses der Japanischen Kultur in



Düsseldorf und Präsident der Deutschen China-Gesellschaft. In Japan und China war er als Lektor tätig und hatte Gastprofessuren inne.

Publikationen u. a.:
Die Ontologisierung der Ethik: Fundamentale Probleme idealistischer und neokonfuzianischer (Li xue) Philosophie, in: Dialektik, 2/1996.
Philosophie in Japan. Von den Anfängen bis zur Heian-Zeit, München 1993.
Aspects of Confucianism: A Study of the Relationship Between Rationality and Humaneness, Frankfurt am Main/New York 1990.

Caroline Y. Robertson-von Trotha

ist Gründungsmitglied und Direktorin des Zentrums für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe (TH). Sie ist unter anderem Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Kulturwissenschaft und Kuratoriumsmitglied des Instituts für Kulturpolitik der kulturpolitischen Gesellschaft.

Publikationen u.a.:
(Hrsg.): Der Perfekte Mensch. Baden-Baden 2003.
Periskop: Interkulturelle Kompetenz in der Patchwork-Gesellschaft. Europäische Integration zwischen individueller Identität und gesellschaftlichem Konsens. In: Hünnekens, Ludger/ Winzen, Matthias (Hrsg.) Dissimile – Prospektionen: Junge europäische Kunst. Band 2. Baden-Baden 2003.

Fosieh Schamsawari

ist gebürtige Iranerin und lebt seit 1981 in Deutschland. Sie unterstützt deutsch-persische Beziehungen, besonders den Kulturaustausch unter Studierenden und Absolventen und engagiert sich für deutsch-persische Kulturprojekte.

Peter Steinbach

ist seit 2001 Ordinarius des Instituts für Geschichte an der Universität Karlsruhe. Seit 1983 ist Prof. Steinbach wissenschaftlicher Leiter der ständigen Ausstellung "Widerstand gegen den Nationalsozialismus" und leitet die "Gedenkstätte Deutscher Widerstand" in Berlin.

Publikationen u.a.:
Der 20. Juli 1944, München 2004.
(mit Johannes Tuchel): Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur, Berlin 2004.
(mit Gerd R. Ueberschär): Für ein anderes Deutschland, Frankfurt/Main 2004.

Patrick W. Syring

ist Konsul der USA in Frankfurt/Main. Seit 1982 ist er im Auswärtigen Dienst für die USA tätig; unter anderem in Surinam, den Niederlanden, Brasilien, Argentinien und dem Libanon. Seit 1999 ist er Deputy Chief der Consular Section und Chief der Visa Branch beim US-Generalkonsulat in Frankfurt/Main.

Hans Vorländer

ist seit 1993 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Dresden (TH) sowie seit1997 Gastprofessor am Inter-University Center, Dubrovnik. Er ist Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der Bundeszentrale für politische Bildung und der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft.

Publikationen u.a.:
Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien, München 2003.
The Idea of a European Constitution - Some Considerations on Political and Cultural Prerequisites, in: Newsletter of the Israeli Association for the Study of European Integration, No. 7, January 2000.



Jürgen Wilhelm
war stellvertretender Referatsleiter der Abteilung für Außen- und Sicherheitspolitik im Bundeskanzleramt. Er ist seit 1998 Geschäftsführer des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) und seit 2000 Vorsitzender der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit.